

Inhalt

Vorbemerkung: Ukraine und Corona

Rainer Werning

„ ...wenn der US-Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt

Über die imperialen Bestrebungen der USA	6
1. Vorbemerkung	6
2. Expansion und koloniale Begehrlichkeiten in Südostasien	9
3. Übergang von der hemisphärischen Hegemonie zum globalen Imperialismus	14
4. „Neue Weltordnung“ als Präludium	18
5. Erstes Kriegsziel nach 9/11: Afghanistan	26
6. Deutschlands Kriegsteilnahme	29
7. Schluss: „Vestigia terrent“ oder: Was nun?	35

Heiner Karuscheit

Über Marxismus, die Ökonomie der Zeit und Warenproduktion im Sozialismus

1. Der Begriff vom Kapital	39
2. Die Planwirtschaft der DDR	42
3. Ökonomiedebatten	45
4. Für eine freie Assoziation der Produzenten	49

Heiner Karuscheit

Das Ende des DDR-Sozialismus

Alfred Schröder

Corona-Politik und die Schande der Linken

Fritz Gött

Interessante wissenschaftliche Neuerscheinungen

Vorbemerkung: Ukraine und Corona

Die Vorbemerkung der Redaktion ist diesmal länger als üblich, weil wir aus aktuellen Gründen darin sowohl zur Ukraine-Krise als auch zur Corona-Politik Stellung beziehen.

Die Krise um die Ukraine hat fast vergessen lassen, dass die Bundeswehr erst im August letzten Jahres im Schlepptau der US-Truppen fluchtartig Afghanistan verlassen hat, wo sie fast 20 Jahre lang Krieg an der Seite der NATO-Vormacht geführt hatte. Aus diesem Anlass drucken die AzD einen Artikel von Rainer Werning über die imperialen Bestrebungen der USA ab, der zuerst im Internet auf den NachDenkSeiten erschienen ist: „...wenn der US-Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt“. Der Autor gibt in dem Beitrag einen kenntnisreichen Überblick über die Geschichte der US-imperialistischen Politik seit Ende des 19. Jahrhunderts.

Im Oktober 2021 veröffentlicht, konnten darin die auf Afghanistan folgenden Aktivitäten der Vereinigten Staaten in der Ukraine-Krise noch nicht beleuchtet werden. Um sich auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren, hatte Trump in seiner Präsidentschaft versucht, das Verhältnis zu Russland zu verbessern, bis hin zur Infragestellung der NATO. Im Gleichtakt mit den US-Demokraten veranstalteten daraufhin sämtliche Anhänger der atlantischen Orientierung in Deutschland, sekundiert mit Ignoranz und Ideologie von der Linken, eine vierjährige Kampagne gegen Trump als Populisten und Feind der Demokratie.

Anders als Trump hat die Biden-Administration wieder angefangen, Russland als Feindbild aufzubauen und zu diesem Zweck den Konflikt um die Ukraine angeheizt, anstatt den legitimen Wunsch Moskaus nach Sicherheitsgarantien gegenüber der Einkreisung durch das westliche Militärbündnis zu respektieren.

Biden hat mehrfach versichert, dass die USA wegen der Ukraine keinen Krieg mit Russland führen würden, was glaubhaft ist, weil das eigentliche Ziel darin besteht, Deutschland und die Europäische Union von einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung an Russland abzuhalten.

Die Politik, Russland und die Europäer zu entzweien, ist nicht zuletzt der Dollarpolitik und den Interessen der Wall Street geschuldet, mit der Biden und die Demokratische Partei eng verbunden sind. Da die US-Ökonomie seit langem gegenüber der Konkurrenz zurückgeblieben ist, müssen die USA unbedingt den Dollar als Weltreservewährung erhalten, denn nur so lassen sich die rasant wachsenden Staatsschulden und insbesondere die Rüstungsausgaben finanzieren, die zur militärischen Sicherung der Vormachtstellung erforderlich sind. Nachdem Russland die Weltmarktabhängigkeit vom US-Dollar seit Jahren zurückgefahren hat und andere Staaten dasselbe Ziel

Vorbemerkung: Ukraine und Corona

verfolgen, ist Washington umso mehr darauf angewiesen, Europa an seiner Seite zu halten, um die Dollarhegemonie zu verteidigen. Es fragt sich nur, wie lange der weltgrößte Schuldnerstaat in der Lage ist, die Überdehnung seiner Kräfte durchzuhalten.

Auf der anderen Seite ist Russland mittlerweile in die Ukraine einmarschiert und hat Putin die Eigenstaatlichkeit der Ukraine in Frage gestellt, die er als ein Kunstprodukt Lenins bezeichnet.

In der Tat haben die Bolschewiki im Oktober 1917 nicht nur die soziale Revolution des Proletariats zum Sieg geführt, sondern haben sich auch an die Lösung der nationalen Frage im Interesse der vom Zarismus unterdrückten Völkerschaften gemacht. Die Sowjetverfassung von 1924 erkannte außer Russland selber sieben weiteren Unionsrepubliken von der Ukraine bis zu Armenien eine eigene Staatlichkeit und Souveränitätsrechte einschließlich des Rechts auf Sezession zu.

Das 1991 neu entstandene Russland hat nicht nur sozial den Übergang zu einem ungezügelt Kapitalismus vollzogen - es geht auch in der nationalen Frage hinter die Oktoberrevolution zurück und vertritt den von den Bolschewiki bekämpften großrussischen Nationalismus und Chauvinismus.

Wie muss sich die Linke unter diesen Umständen zu dem Krieg stellen? Die auf den Friedensdemonstrationen vorherrschende Forderung nach „Solidarität mit der Ukraine“ negiert, dass die Ukraine sich aktiv an der US-amerikanischen Einkreisungspolitik beteiligt und so dazu beigetragen hat, Russland in den Krieg zu treiben. „Solidarität mit der Ukraine“ – das ist die „Friedensparole“ der Nato.

Vor allem aber war und ist die gegen Russland wie gegen Europa gerichtete US-Politik nur möglich, weil und so lange das Nato-Mitglied Deutschland mitmacht. Seit der Blockbildung Ende der 40er/ Anfang der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist (West-) Deutschland der maßgebliche Stützpfeiler der US-Dominanz über den alten Kontinent. Der erste Staatenkrieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg war der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der Nato gegen Serbien 1999, den Deutschland unter dem grünen Außenminister Fischer mitgeführt hat.

Deshalb kann der Kampf um den Frieden nur dann glaubwürdig geführt werden, wenn statt der Parole „Solidarität mit der Ukraine“ und noch vor der Forderung „Russland raus aus der Ukraine“ die Forderung „*Deutschland raus aus der Nato*“ ins Zentrum gestellt wird.

Die Bundestagswahl vom September letzten Jahres hat den Zerfall der Parteiendemokratie fortgesetzt. Besonders markant war diesmal der Absturz der langjährigen Staatspartei der Republik, der Union, auf nur noch 24% der Stimmen.

Vorbemerkung

In der Vorbemerkung zur AzD 92 wurden die damaligen Corona-Protteste in einen Zusammenhang mit der Erosion der ideologischen Hegemonie der bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Gesellschaft gestellt. Die Corona-Politik der staatstragenden Parteien einschließlich der Links-Partei führte mit dem Infektionsschutzgesetz zu einem Abbau von bürgerlichen Grundrechten. Zu nennen sind dabei vor allem das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Zur Meinungsfreiheit ist zu sagen, dass parteiübergreifend vor allem eine Verengung der gesellschaftlichen Diskussion auf eine staatlich opportune Hoheitsmeinung hergestellt wurde, indem nur die Wissenschaftler(innen) eine breitere Öffentlichkeit erhalten, die mit dem Regierungskurs konform sind. Die Aussagen kritischer Wissenschaftler und Untersuchungen befinden sich demgegenüber in einer Nischenposition, eine Auseinandersetzung mit ihnen findet öffentlich so gut wie nicht statt. Dieser Meinungshoheit folgen auch die Mainstreammedien, die offiziöse Deutung der Coronaereignisse wird nach, auch in anderen Zusammenhängen bekanntem Muster, als alternativlos dargestellt. Demonstrationen werden in den meisten Medien außerdem durch die pauschale Verurteilung der Demonstranten als Anhänger von Verschwörungstheorien und Rechten ideologisch bekämpft, obwohl bekannt ist, dass die Demonstranten aus dem gesamten bürgerlichen Spektrum stammen.

Unter Bezug auf die Pandemie wurde eine Art Notstandsregierung aus Bundesministerien und den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzt. Staatliche Behörden wie das RKI und das PEI erhielten quasi Exekutivfunktionen. Leidtragende der verordneten Einschränkungen sind zum Beispiel mittelständische Handelsunternehmen, während der für seine Niedriglöhne bekannte Onlinehandel profitiert. Der Hauptgewinner ist die Pharmaindustrie, für die sich die Bundesregierung auch gegen Forderungen nach weltweiter Freigabe des Patentrechts der Coronaimpfstoffe einsetzte. Zudem wird die Durchsetzung einer Coronaimpfungspflicht trotz Untersuchungen über zahlreiche Impfdurchbrüche bei zwei- und dreifach Geimpften weiterverfolgt, obwohl sich inzwischen immer deutlicher die Frage nach der Wirksamkeit der bisher angewandten Impfstoffe und der Impfstoffstrategie stellt. Im europäischen Ausland wird teilweise deutlich anders gehandelt, ebenfalls beraten von Wissenschaftlern.

Eine weitere Begleiterscheinung der Coronamaßnahmen sind die immer wieder aufkommenden Diskussionen über Lockerungen im Datenschutz - insbesondere auch Auskunftspflichten von Arbeitnehmern gegenüber dem Arbeitgeber - und aktuell die Diskussion über eine Einführung eines zentralen Impfreisters. Besonders betroffen von den Corona-Einschränkungen war die werktätige Bevölkerung durch Kurzarbeit, aber auch durch Schließungen von Kitas und Schulen. Die unvorhersehbaren zeitweiligen und teils länger andauernden Schließungen von Kitas und Schulen führten in den Familien zu einem erhöhten Betreuungsaufwand für Kinder. Wie eine neue WSI-Studie zeigt, ging das zulasten der Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit reduzierten oder ganz aufgaben. Auch haben die Kontaktbeschränkungen bei Kindern, Jugendlichen, Altersheimbewohnern, Krankenhauspatienten und vielen anderen psychische Belastungen hervorgerufen. Aufgrund steigender Inflation fand im Jahr 2021 ein Reallohnabbau

Vorbemerkung: Ukraine und Corona

statt, die Inflation wurde unter anderem durch die stark steigende, mit der Pandemie begründeten Staatsverschuldung angeheizt.

Abschließend kommen wir zu einem besonderen politischen Thema. Die Linke, von der sogenannten „Antifa“ über DKP, MLPD, Rotfuchs bis hin zur Mehrheit in der Linkspartei, hat die Regierungspolitik nicht nur mitgetragen, sondern sogar wiederholt weitergehende Einschränkungen der Bürgerrechte gefordert. Die Linke positioniert sich in weiten Teilen gegen die Protestbewegung zur Aufhebung der Coronamaßnahmen. Diese ist gegenwärtig noch überwiegend bürgerlich-demokratisch, ihre Forderungen gegen freiheitseinschränkende Maßnahmen sind fortschrittlich. Da die AfD als einzige parlamentarische Partei die Corona- Protestbewegung unterstützt, ebnet eine Linke, die nicht zu einer Mitwirkung an den Protesten bereit ist, der AfD den Weg zu größerem politischem Einfluss.

In seinem Kommentar zur Corona-Politik attackiert Alfred Schröder insbesondere die Linke, die sich als Antreiberin der demokratie- und massenfeindlichen Politik von Regierung und Medien und offensive Gegnerin der Protestbewegung betätigt hat.

In Fortsetzung der Debatte zum gescheiterten Sozialismus hat H.Karuscheit eine Antwort auf Djahovs Beitrag in den AzD 93 zur Warenproduktion im Sozialismus verfasst. Als Ergänzung drucken wir das Referat ab, das er Anfang Februar d.J. auf einer Veranstaltung des Marx-Engels-Zentrums in Berlin zu diesem Thema gehalten hat.

Abschließend stellt F.Gött einige wissenschaftliche Neuerscheinungen vor.

*Noch eine Anmerkung: da die AzD in großen Abständen erscheinen und die Behandlung politischer Themen nicht im Zentrum der Zeitschrift steht, verschickt die Redaktion per Mail unregelmäßig **Infobriefe** mit Beiträgen zu politischen Fragen aus der deutschen und internationalen Presse. Wer daran Interesse hat, kann uns die Mail-Adresse geben und wird in den Verteiler aufgenommen.*

Rainer Werning

**„ ...wenn der US-Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt“ -
Über die imperialen Bestrebungen der USA**

(Zuerst veröffentlicht auf den NachDenkSeiten am 24. Oktober 2021)

Kein anderes Land hat den Lauf der Weltgeschichte in den vergangenen mehr als 100 Jahren so stark geprägt wie die USA. Vor dem Hintergrund des gescheiterten Afghanistankrieges werden in diesem Artikel die imperialen Bestrebungen der Vereinigten Staaten in dieser Zeit detailliert dargestellt. Ein Essay und Plädoyer wider die Amnesie – präziser: gegen ein (politisch erwünschtes oder gewolltes) *Vergessen-Machen*.

Grauensvoll-surreale Bilder, die wir nie vergessen werden! Mit dem siegreichen Einzug der Taliban in Afghanistans Hauptstadt Kabul Mitte August hatten gleichzeitig zahlreiche Afghanen signalisiert, ihrer Heimat schnellstmöglich den Rücken zu kehren – aus Furcht vor Vergeltung, Rache der Sieger oder einfach nur, um ihr nacktes (Über-)Leben im Ausland zu sichern. Dermaßen verzweifelt waren in Windeseile auf das Kabuler Flughafengelände gehastete Landsleute, dass sie versuchten, sich an Reifen und Ladeluken bereits von den Pisten abhebender Frachtmaschinen der US-Luftwaffe zu klammern. Und dabei den Tod fanden – entweder von den Riesenrädern zermalmt oder „abgestoßen“, als kurz nach dem Start die Fahrwerke der Maschinen zuklappten. Im Gegensatz dazu nahmen sich die Bilder der buchstäblich in letzter Minute Geretteten auf dem US-Botschaftsgelände in Südvietnams früherer Hauptstadt Saigon Ende April 1975 nachgerade als profane Wallfahrtsprozession aus.

Knapp einen Monat später dann die großen Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestages der Terroranschläge in New York und Washington, die dreitausend Menschenleben forderten. 9/11, der 9. September 2001, ist seit zwei Dekaden zur Chiffre für einen neuen Zeitabschnitt in der Geschichte mitsamt eines gleichzeitig entfesselten „Krieges gegen den Terror(ismus)“ geworden, dessen Ende meine Generation – die um 1950 Geborenen – womöglich nicht mehr erleben wird. Wer heute in aufwändigen Gedenkfeiern die eigenen Opfer beklagt, es gleichzeitig jedoch unterlässt, an die Hunderttausende von namenlosen „Kollateralschäden“ dieses Krieges gebührend zu erinnern, sollte solch hehren Worte wie „freedom & democracy“, „westliche Wertegemeinschaft“ und „regelbasierte und verlässliche internationale Ordnung als Grundlage friedlicher Beziehungen zwischen Staaten“ tunlichst hurtig aus seinem Vokabular tilgen.

1. Vorbemerkung

Im Sinne eben einer solchen Amnesie markiert der Machtwechsel in Kabul Mitte August 2021 – abwechselnd als „Katastrophe“, „Debakel“ und „verheerende Niederlage der von den USA geführten westlichen Wertegemeinschaft“ kategorisiert – eine Zäsur, die sich eigentlich vorzüglich dazu eignete, innezuhalten und mit Bedacht zumindest den imperialen Kriegslogiken der vergangenen 130 Jahre nachzuspüren. Immerhin waren es um 1894/95 die drei „Spätzünder“ unter den Kolonialmächten – das Deutsche und das Japanische Kaiserreich sowie die ebenfalls nach fremden Märkten

... wenn der US-Adler

gierenden USA – die eigene hegemoniale Ambitionen hegten und entsprechende militärische Feldzüge in Afrika beziehungsweise in Ost- und Südostasien inszenierten. Während sich mit Blick auf Ostasien Japan in zwei siegreichen Feldzügen gegen China (1894/95) und das zaristische Russland (1904/05) als dortige Regionalmacht etablierte, war in den USA eine erbittert geführte Debatte darüber in vollem Gange, ob Washington sich ebenfalls außerhalb US-amerikanischer Grenzen (militärisch) engagieren sollte. Die damals zentrale Frage lautete: Sollen die Amerikaner Kolonien erobern oder sich mit ihrem eigenen großen Land zufriedengeben?

„Wir müssen unserem Blut gehorchen und neue Märkte und wenn nötig neue Gebiete in Besitz nehmen.“ So lautete das Credo der Befürworter der Kolonialpolitik, während die Gegner für außenpolitische Zurückhaltung plädierten. Zu Letzteren gehörte u.a. Samuel Langhorne Clemens, uns besser bekannt als Mark Twain, Autor solcher Bestseller wie „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“ und „Tom Sawyers Abenteuer.“

Als Journalisten von dem 65-jährigen Erfolgsautor und Schriftsteller wissen wollten, ob er tatsächlich Antiimperialist sei, antwortete er: „Sie fragen mich, was Imperialismus bedeutet. Ich genieße nicht den Vorteil, genau zu wissen, ob sich unser Volk über den gesamten Globus ausbreiten will. Strebte es danach, würde ich das sehr bedauern. Ich hingegen meine, es ist weder klug noch eine notwendige Entwicklung, in China oder in anderen Ländern, in denen wir nichts zu suchen haben und die uns nicht gehören, Flagge zu zeigen.“

Mark Twain zählte als scharfzüngiger Gegner US-amerikanischer Kolonialpolitik zu den berühmtesten Persönlichkeiten der in den USA selbst rührigen *Antiimperialistischen Liga der Vereinigten Staaten von Amerika*, als deren Vizepräsident er immerhin von 1901 bis zu seinem Tode 1910 fungierte.¹

„Remember the Maine!“ – Schlachtruf der Imperialisten

Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Siedler nach blutiger Unterjochung verschiedener Stämme sogenannter *Native Americans* bis an die Westküste vorgedrungen. Seit etwa 1890 wurde es laut um den Stillen Ozean. Die Weite dieses größten Weltmeeres beflügelte weitschweifende, zunehmend hitzigere Debatten: Sollten

¹ Die in Opposition zum US-Kolonialismus Mitte 1898 gegründete *Anti-Imperialist League of the United States of America* hatte etwa 30.000 Mitglieder. Ihre prominentesten Vertreter waren: Jane Addams (Sozialreformerin, Pazifistin, Friedensnobelpreisträgerin 1931), Carl Schurz (Politiker, Senator 1869-1875, US-Innenminister 1877-1881), Mark Twain (1835-1910), William James (Psychologe und Philosoph), Samuel Gompers (Gewerkschaftsführer), Andrew Carnegie (Industrieller). Sie beriefen sich u.a. auf John Quincy Adams (US-Präsident von 1825 bis 1829), der 1821 als *Secretary of State* (Außenminister) die denkwürdige Erklärung abgegeben hatte: „Überall, wo die Fahne der Freiheit und Unabhängigkeit entrollt wurde, wird Amerikas Herz, ihr Segen und ihre Gebete sein. Aber sie geht nicht ins Ausland auf der Suche nach Ungeheuern, um diese zu vernichten (...) Die Grundmaximen ihrer Politik würden sich unmerklich von der Freiheit zur Gewalt wandeln (...) Sie könnte zur Diktatorin der Welt werden; sie wäre nicht länger mehr die Herrscherin ihres eigenen Geistes.“ (eigene Übersetzung: RW) – Näheres siehe: hmongwiki.de/wiki/American_Anti-Imperialist_League

die Amerikaner dieses Meer – mit Berufung auf den Herrn – zur amerikanischen See machen? Diese Streitfrage spaltete die Vereinigten Staaten in sogenannte „Isolationisten“ und „Interventionisten“ oder auch „Imperialisten“. Erstere meinten, die USA genügten sich selbst und ihr Territorium stelle einen ausreichend großen Binnenmarkt dar. Die Befürworter eines Imperialismus waren Leute höchst unterschiedlicher Provenienz – Geistliche, Politiker, Geschäftsleute und auch Intellektuelle – die im Wettstreit mit den europäischen Kolonialmächten ja nicht zu kurz kommen wollten.

Der US-amerikanische Historiker Richard Hofstadter hatte in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Politik und Gedankenwelt in den Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts analysiert und gezeigt, wie sehr die amerikanische Politik von einem unerschütterlichen Sendungsbewusstsein bestimmt wurde. Hofstadter, Professor an der Columbia University in New York, beschrieb die tiefe psychische Krise und Zerrissenheit, die das Land seit 1890 erfassten, als die Expansion der Binnengrenzen abgeschlossen war. In jenen Tagen trieb Politiker, Intellektuelle und Geschäftsleute gleichermaßen die Angst um, nun buchstäblich an ihre eigenen Grenzen gestoßen zu sein.

Der Drang in den „Wilden Westen“ beruhte auf der ungestümen wirtschaftlichen Entwicklung an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Die Industrialisierung beschleunigte die Konzentration und Expansion von Kapital, das nun lukrative Anlagemöglichkeiten und neue – notfalls auch fremde – Märkte suchte. Stellvertretend für die Imperialisten hatte Theodore Roosevelt, noch bevor er 1901 Präsident wurde, offen erklärt: „Ein gerechter Krieg ist für die Seele des Menschen besser als der Frieden im größten Wohlstand.“

Der einzige ernstzunehmende Konkurrent der aufstrebenden Vereinigten Staaten war Spanien, das sich seit dem 16. Jahrhundert nebst Portugal als europäischer Global Player in Südamerika, in der Karibik und in den Philippinen als Kolonialmacht etabliert hatte. Um 1900 jedoch war Spaniens Imperium bereits beträchtlich geschrumpft, frühere Kolonien wie Mexiko und Argentinien längst unabhängig. Lediglich Puerto Rico, Kuba, die Insel Guam und die Philippinen befanden sich noch in spanischem Besitz. Doch auch in diesen Regionen schwächten antikoloniale Revolten die einst sieggewohnten Konquistadoren; die Herrschaft brutaler Militärs und raffgieriger Mönchsorden wankte, zudem war die spanische Flotte hoffnungslos veraltet. So wunderte es nicht, dass die von den USA sozusagen vor ihrer Haustür gesuchte Konfrontation mit dem iberischen Rivalen – der Spanisch-Amerikanische Krieg – nicht einmal vier Monate dauerte.

Am 15. Februar 1898 erhitzte ein ungeheuerlicher Vorgang in den Gewässern vor der kubanischen Hauptstadt Havanna die Gemüter in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische Kriegsschiff *USS Maine* flog buchstäblich in die Luft. Für amerikanische Militärs und Politiker stand außer Frage: Die Spanier hatten einen Sabotageakt verübt. Jedenfalls lieferte das Schicksal der *Maine* den Vorwand, endlich gegen die spanische Kolonialmacht loszuschlagen. „Remember the Maine!“ – „Erinnert Euch

... wenn der US-Adler

an die Maine!“ – wurde zum gängigen Schlachtruf der Interventionisten.² Innerhalb weniger Wochen erlangten US-amerikanische Marineverbände und Bodentruppen die Oberhoheit über Kuba und verleibten sich Puerto Rico ein. Später dann annektierten sie im Pazifik das bis dahin unabhängige, von 1891 bis 1893 von der letzten Königin Lili‘uokalani regierte Königreich Hawaii sowie die spanischen Outposts Guam und die Philippinen. Die Hoffnungen der antispanischen Revolutionäre, die mächtigen USA stünden ihnen in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zur Seite, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten avancierten selbst zur Kolonialmacht.

2. Expansion und koloniale Begehrlichkeiten in Südostasien oder: „Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermessliche Märkte“

Ein glühender Befürworter des Imperialismus war der aus dem Bundesstaat Indiana stammende junge Senator Albert Jeremiah Beveridge. Seine politische Karriere verdankte er feurigen Plädoyers für die Annexion der Philippinen. Am 9. Januar 1900 präzierte der Republikaner sein Weltbild in einer Rede vor dem US-Kongress: „Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermesslichen Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“³[3]

Imperialisten wie Senator Beveridge interessierte nicht, dass der philippinische General und Revolutionär Emilio Aguinaldo bereits am 12. Juni 1898 die erste Republik Asiens ausgerufen hatte. Pech für die Filipinos; diese Unabhängigkeit war kurzlebig, weil sie in ein politisches Machtvakuum fiel. Die Fernostflotte der U.S. Navy hatte zwar einige Wochen zuvor binnen weniger Stunden des 1. Mai 1898 die maroden spanischen Kriegsschiffe in der Manila-Bucht außer Gefecht gesetzt. Doch erst Ende Juni betraten US-amerikanische GIs philippinischen Boden – faktisch also ein

² Der vollständige Schlachtruf lautete „*Remember the Maine, to Hell with Spain!*“ – „*Erinnert Euch an die Maine, zur Hölle mit Spanien!*“ Der sogenannte „Maine-Zwischenfall“ gab den USA jedenfalls den Anlass zum Krieg gegen Spanien. Je nach politischer Ausrichtung gab es seinerzeit in den USA, in Spanien und auf Kuba unterschiedliche Theorien für die Explosionsursache:

- Die *Maine* sei von den Spaniern torpediert worden, um die Kooperation zwischen der Unabhängigkeitsbewegung und den USA zu stören.
- Die *Maine* sei von der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung torpediert worden, um die USA zu einem Krieg mit Spanien zu provozieren.
- Die *Maine* sei durch einen Heizkesselbrand, der auf das Munitionsdepot übergriff, explodiert.
- Die *Maine* sei auf Befehl der US-Regierung gesprengt worden, um einen Vorwand für den Krieg mit Spanien zu haben.

Nach jetzigem Stand der Dinge war ein unentdeckter Schwelbrand in einem der Kohlenbunker, was schließlich zu einer spontanen Selbstentzündung der Kohle führte, für die Katastrophe verantwortlich. Dieser Brand erhitzte den daneben liegenden Munitionsbunker dermaßen stark, dass sich das dort lagernde Schwarzpulver entzündete und die dort ebenfalls deponierten Granaten zur Explosion brachte. – Näheres siehe: [de.wikipedia.org/wiki/USS_Maine_\(ACR-1\)](https://de.wikipedia.org/wiki/USS_Maine_(ACR-1))

³ US-Senator Albert J. Beveridge on American Imperialism: www.norton.com/college/history/ralph/workbook/ralprs30.htm

unabhängiges Land. Auf der Friedenskonferenz in Paris wurde im Dezember 1898 vereinbart, dass Washington den Spaniern als Trostpreis für den Verlust der Philippinen 20 Millionen Dollar zahlte. Wenige Wochen zuvor hatte der damalige US-Präsident William McKinley in einer Ansprache an eine Gruppe protestantischer Geistlicher begründet, warum sich die USA der philippinischen Inseln bemächtigen.

„In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wusste ich nichts mit ihnen anzufangen. Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir: Erstens, dass wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten – das wäre feige und unehrenhaft; Zweitens, dass wir sie nicht Frankreich oder Deutschland – unseren Handelsrivalen im Osten – übergeben konnten – das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend; Drittens, dass uns nichts übrigblieb, als sie zu übernehmen und mit der Gnade Gottes das Allerbeste für sie zu tun, unsere Mitmenschen, für die Christus auch gestorben ist. Und dann ging ich zu Bett und schlief gut.“

Mit dieser Offenbarung – einer Mischung aus imperialem Sendungsbewusstsein, Rassismus und Überlegenheitswahn – leugnete der Präsident schlichtweg die knapp 350-jährige Kolonialherrschaft des christlichen Spanien. Geleugnet wurden auch eigene imperialistische Interessen; diese wurden fortan verbrämt als *benevolent assimilation*. Zu dieser „wohlwollenden Assimilierung“ gehörte, dass die neuen Besatzer in den Philippinen das amerikanische Englisch als Amtssprache im Bildungs-, Geschäfts- und Verwaltungsbereich durchsetzten. Außerdem bauten die US-Militärs dort die größten Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten auf und schufen unter dem Befehl ihres Generals Arthur MacArthur eine philippinische Armee. Die allerdings hatte sich damit zu begnügen, für die US-Streitmacht im Lande Hilfsdienste als Späher, Träger oder Informanten zu leisten.

Die US-amerikanischen Militärs betraten im Sommer 1898 ein unabhängiges Land, die erste freie Republik Asiens. Die Bevölkerung leistete auch den neuen Kolonialherren erbitterten Widerstand. Um diesen zu brechen, begannen amerikanische Truppen mit der sogenannten „Befriedung“ der Inseln: Die Folge war der Amerikanisch-Philippinische Krieg. Er begann im Februar 1899 und endete nach der offiziellen Geschichtsschreibung dreieinhalb Jahre später. Im Süden der Philippinen, in der Sulu-See und auf der Insel Mindanao, deren Bevölkerung vorwiegend muslimisch war und die die Spanier abschätzig „Moros“ genannt hatten, dauerte die amerikanische „Befriedung“ allerdings bis 1916.

Manifester Rassismus im Schatten militärischer „Pazifizierung“

Im Jahresbericht 1903 des US-Divisionskommandeurs Generalmajor George W. Davis hieß es beispielsweise: „Es wird notwendig sein, nahezu sämtliche Bräuche auszumerzen, welche bislang das Leben der Moros auszeichneten. Solange der Mohammedanismus vorherrscht, kann der angelsächsischen Zivilisation nur mühsam der Weg geebnet werden.“

... wenn der US-Adler

Während des Amerikanisch-Philippinischen Krieges erprobte die neue Kolonialmacht erstmalig sämtliche Methoden der „*Counterinsurgency*“ („Aufstandsbekämpfung“ oder „Aufruhrbekämpfung“), die in späteren Kriegen in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha sowie im Irak und in Afghanistan „verfeinert“ wurden – von Nahrungsmittelblockaden bis hin zum *strategic hamletting*, der Errichtung sogenannter „strategischer Weiler“. Dadurch sollten die Außenkontakte von Menschen in einer bestimmten Region eingeschränkt beziehungsweise genau überwacht werden. Zu diesem Zweck wurde das Gebiet streng patrouilliert, mit Stacheldraht umzäunt und die Bevölkerung angewiesen, eine Seitenwand ihrer – meist aus Bambus oder Nipa gefertigten – Häuser zu entfernen, um diese „durchsichtig“ zu machen. Ziel war es, die Zivilbevölkerung von potenziellen „Aufführern“ und „Banditen/Dieben“ (*ladrones*) oder „Aufständischen“ (*insurrectos*) zu trennen. Später nannte man dies: „der Guerilla das Wasser abgraben“ und heute wird von „terroristischen Akten“ beziehungsweise der Vorbereitung solcher Akte gesprochen. Zur Abschreckung und um den Widerstand der Filipinos zu brechen, erließ die Kolonialverwaltung besondere Gesetze, um auch das Hissen der früheren Nationalflagge und das Singen patriotischer Lieder zu unterbinden. Zuwiderhandlungen wurden schwer bestraft.

Auf dem Höhepunkt des Amerikanisch-Philippinischen Krieges – im Jahre 1900 – entstand in Manila der *Military Order of the Carabao* (Militärische Orden des Wasserbüffels), ein martialischer Klub von Offizieren der US-Armee, Marine und des *Marines Corps* sowie akkreditierter US-amerikanischer Kriegskorrespondenten. [Erst später wurde die Mitgliedschaft in diesem Orden gelockert beziehungsweise erweitert, so dass ihm auch Veteranen anderer US-Militärinterventionen in Asien, im Indischen Ozean und Pazifik beitreten konnten.] Vor allem Kriegsgegner und -kritiker im In- wie Ausland hatte der *Military Order of the Carabao* im Visier. Gegen sie zog er schonungslos vom Leder, vor allem während seiner ausufernden Jahresfeiern, kurz „*wallows*“ genannt. [„Wallow“ hat zweierlei Bedeutung: Es kann „weiden“, „grasen“ oder auch „sich (im Dreck/in brackigem Wasser) suhlen“ meinen.] Auf ihnen grölte man zur Melodie von *Marching Through Georgia* ein eigens komponiertes „Soldatenlied“ mit folgendem Text, wobei man alternierend statt „Filipinos“ auch „*insurrectos*“ (Aufständische) oder „*ladrones*“ (Diebe) verwendete:

„Damn, damn, damn the Filipinos (*insurrectos*),
 Cross-eyed kakiack *ladrones*!
 Underneath the starry flag
 Civilize ‘em with a Krag,⁴
 And return us to our own beloved homes!“

In dem bis dato größten und gleichzeitig bestdokumentierten Kolonialmassaker in Südostasien wurde die damalige zwischen sechs und sechseinhalb Millionen Einwohner zählende Bevölkerung der Philippinen buchstäblich dezimiert. Andere Quellen sprechen sogar von annähernd einer Million Opfern unter der Zivilbevölkerung. Es war

⁴ Das *Krag-Jørgensen* war das zu der Zeit modernste Mehrladegewehr, das hauptsächlich in Norwegen, Dänemark und in den USA genutzt wurde – Näheres siehe: de.wikipedia.org/wiki/Krag-J%C3%B8rgensen

der erste Guerillakrieg in Asien, in den insgesamt etwa 150.000 GIs der US-amerikanischen Streitkräfte verstrickt waren und in dem auch über 4.200 Mann ihrer Truppen getötet wurden. Im besonders „unruhigen Süden“ des Archipels gingen Generäle wie Leonard Wood und John Joseph Pershing als „Schlächter der Moros“ in die Annalen ein. Sie waren für Massaker verantwortlich, denen vor allem die Zivilbevölkerung auf der Insel Jolo zum Opfer fiel.⁵

Es waren der „Philippinen-Feldzug“ im Allgemeinen und die gewaltsame Unterwerfung des „unruhigen Südens“ im Besonderen (den zu erobern es selbst der langwährenden Kolonialmacht Spanien verwehrt blieb), die auch und gerade den Nährboden für die Herausbildung eines betont *anti-asiatischen* Rassismus bildeten. So ward im Zuge der großen kapitalistischen Inwertsetzung des philippinischen Archipels durch den US-Imperialismus und im Umgang mit den kolonialen Untertanen der zutiefst pejorative Begriff „*Gook*“ geprägt. Ursprünglich von den GIs verwendet, um auf Prostituierte zu verweisen, wurde der Begriff schon bald abschätzig für feindliche Soldaten verwandt und avancierte schließlich zum Inbegriff des „schlitzäugigen, hinterhältigen und schmierigen Asiaten“. Kein Wunder, dass US-amerikanische Soldaten später im Koreakrieg (1950-53) den Begriff wiederbelebten. Doch erst während des Vietnamkriegs (1965-75), der in Vietnam selbst der Amerikanische Krieg genannt wird, wurde „*Gook*“ in Verbindung mit „*Vietcong*“ (herabsetzend für „vietnamesischer Kommunist“) umgangssprachlich „hoffähig“. Auf subtilere Weise erlebt der Begriff gegenwärtig eine „Renaissance“, was das neuerkorene „westliche“ Feindbild China im Rahmen der sogenannten „Indo-Pazifik-Strategie“ betrifft.

Berichte über das Gemetzel in den Philippinen machten auch Schlagzeilen in der US-Presse. Vor allem waren es Kommandanten wie Jacob H. Smith, die Empörung auslösten. Dieser Befehlshaber, der den Spitznamen „Bloody Jake“ – „Blutiger Jakob“ – trug, hatte auf der zentralphilippinischen Insel Samar unter anderem den Tagesbefehl ausgegeben: „Plündern, morden und niederbrennen sollt Ihr. Je mehr Ihr das tut, desto größer wird mein Wohlgefallen sein.“ Was den Industriellen Andrew Carnegie, wie Twain ein weiteres prominentes Mitglied der Antiimperialistischen Liga, sarkastisch an Präsident McKinleys Versprechen erinnern ließ, die Filipinos emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren: „Über 8.000 von ihnen sind bereits vollständig zivilisiert und in den Himmel geschickt worden.“

In den USA selbst war diese Art der Außenpolitik heftig umstritten. Im Sommer 1899 veröffentlichte der Publizist George Ade in der Wochenzeitschrift *Chicago Record* seine *Stories of Benevolent Assimilation*. In diesen Geschichten persiflierte er seine sendungsbewussten und kriegsbegeisterten Landsleute. Er mokierte sich darüber, dass diese den Filipinos unbedingt mit Löffel und Gabel Essmanieren beibringen

⁵ Offensichtlich wussten die späteren NATO-Strategen um die Durchschlagskraft Pershings; Ende der 1970er Jahre diente der General als Namensgeber jener Raketen, die, zusammen mit Cruise Missiles, zur sogenannten „Nachrüstung“ in Westeuropa disloziert wurden, um einer angeblichen Bedrohung seitens der Sowjetunion zu widerstehen. Während des Ersten Weltkriegs war Pershing Oberkommandierender des sogenannten US-Expeditionskorps in Europa.

... wenn der US-Adler

wollten, sie mit klobigen, lächerlich wirkenden Möbelstücken beglückten und sie die Absurdität lehrten, in der tropischen Hitze Korsetts zu tragen.

Scharfe politische Proteste gegen den Krieg in den Philippinen hagelte es auch seitens der Antiimperialistischen Liga. Ihr Vizepräsident Mark Twain begründete seine Kritik mit den Worten: „Noch vor einem Jahr war ich kein Antiimperialist. Ich dachte, es sei eine großartige Sache, den Filipinos ein großes Stück an Freiheit zu geben. Heute allerdings glaube ich, es ist besser, dass die Filipinos sich selbst darum kümmern.“

Anfangs hatte Mark Twain den Amerikanisch-Spanischen Krieg begrüßt, versprach er sich doch von ihm Hilfe für die kubanischen Revolutionäre in ihrem Kampf gegen die verhassten Spanier. Später aber fand die amerikanische Kriegführung in den Philippinen in Twain einen unerbittlichen Gegner. Mit ätzender Kritik attackierte er diesen Waffengang, der außerhalb der USA die Werte zerstörte, die in den Staaten selbst als unantastbar und sakrosankt galten. Im *New York Herald* (Ausgabe vom 15. Oktober 1900) schrieb Mark Twain über den Friedensvertrag von Paris, durch dessen Kolonialschacher die Philippinen als ehemalige spanische Kolonie in amerikanisches „Eigentum“ übergegangen waren:

„Sehr sorgfältig habe ich den Vertrag von Paris gelesen und ich erkannte, dass wir keineswegs beabsichtigen, die Philippinen zu befreien, sondern deren Bevölkerung zu unterwerfen. Wir gingen dorthin, um zu erobern, nicht, um zu erlösen. Wie ich es sehe, sollte es unsere Freude und unsere Pflicht sein, die Bevölkerung zu befreien und sie ihre Probleme auf ihre eigene Art lösen zu lassen. Ich bin dagegen, dass der Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt.“

Es war das historische Verdienst der Antiimperialistischen Liga der Vereinigten Staaten von Amerika, die eigene Bevölkerung über die Geschehnisse in Amerikas junger Kolonie in Asien umfassend informiert zu haben. Vor allem der prominenteste Vertreter der Liga, Mark Twain, galt im letzten Jahrzehnt seines Lebens als einflussreichster Antiimperialist. Nicht nur in Zeitungsartikeln, auch in seiner Autobiographie ging der berühmte Schriftsteller hart mit den Imperialisten unter seinen Landsleuten ins Gericht. „Der Wahlspruch unseres Landes ist, ‚In God we trust‘, und jedes Mal, wenn wir dieses schöne Wort auf einer Dollarmünze lesen, scheint es, als bebte und winselte es vor Rührung. Das ist unser öffentliches Motto. Unser privates ist offenbar: ‚Wenn der Angelsachse etwas haben will, nimmt er sich‘ s einfach.“

Dass der Autor des „Huckleberry Finn“ so vehement gegen die politische Führung seines Landes opponierte, war seinen – letztlich mächtigeren – Gegnern ein Dorn im Auge. Diese setzten nach dem Tod des begnadeten Schriftstellers und glühenden Demokraten alles daran, die letzte Dekade seines Schaffens im kollektiven Gedächtnis seiner breiten Leserschaft und Bewunderer zu tilgen. Die meisten Biographien über Mark Twain klammern seine aktive Zeit in der Liga bis heute einfach aus. Weilte er noch heute unter uns, hätte er als selbsterklärter Antiimperialist verdammt schlechte Karten und könnte überaus froh sein, als Schriftsteller und streitbarer Publizist nicht öffentlich verschwiegen oder unzeremoniell mit dem Bannfluch geächtet und zensiert zu werden.

Erst im Sommer 1946 gewährten die USA den Philippinen die formale Unabhängigkeit, wenngleich sie gleichzeitig qua vertraglichem Regelwerk ihre Machtprärogativen wahrten. Auch fürderhin diente der Inselstaat aufgrund der dort größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents befindlichen US-Militärstützpunkte, *Subic Naval Base* und *Clark Air Field*, als operativer Dreh- und Angelpunkt der Aggressionskriege Washingtons gegen Vietnam, Laos und Kambodscha. Bis zum heutigen Tag genießen dort GIs im Rahmen des *Erweiterten Verteidigungsabkommens (EDCA)* zwischen Manila und Washington das Privileg, auf Rotationsbasis die Militäreinrichtungen der *Armed Forces of the Philippines (AFP)* zu nutzen, während knapp 28.500 Soldaten allein im benachbarten Klientelstaat Südkorea stationiert bleiben – von weiteren US-Truppenkontingenten auf Okinawa und in Japan ganz zu schweigen.

3. „Übergang von der hemisphärischen Hegemonie zum globalen Imperium“

Dem Kulturwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Nordamerika, Michael Hochgeschwender, ist zuzustimmen, wenn er konstatiert: „In der Zeit zwischen 1890 und 1920 (...) vollzog sich ein Übergang von der hemisphärischen Hegemonie zum globalen Imperium. Die sozioökonomischen und ideellen Elemente waren zu dieser Zeit schon festgefügt, die kulturellen Faktoren kamen allmählich hinzu und wurden im Laufe der folgenden Jahrzehnte noch ausgebaut. Auf der machtpolitischen Ebene wurde dieser Übergang an mehreren Beispielen sichtbar: dem amerikanisch-spanischen Krieg von 1898, der endgültig den Eintritt der USA in die Welt der imperialistischen Mächte markierte, dem großen Realignment mit Großbritannien um 1900, ihrer Rolle in der Chinapolitik um 1900 unter dem Stichwort *open door* sowie der Tatsache, dass die europäischen Mächte die USA auf der Konferenz von Algeciras 1906⁶ als Schiedsrichter akzeptierten. Dieser Prozess vollzog sich allerdings nicht ohne Zwischenschritte. Waren die USA bereits um 1900 als regionales oder hemisphärisches Imperium und aktive Kolonialmacht vollständig in das System der europäischen Großmächte eingebettet, so folgte der Schritt zur globalen Großmacht im Kontext des Ersten Weltkrieges. Selbst die anschließende Phase des so genannten Isolationismus änderte an diesem Faktum wenig. (...) Sicher ist allerdings, dass die militärische Macht der USA, die in unseren Tagen den wohl imposantesten Bereich amerikanischer imperialer Politik ausmacht, erst mit dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Kalten Krieg zu einer Schlüsselkategorie des amerikanischen Herrschaftsanspruchs mutierte.“

Sachlich und ruhig verkündete US-Präsident Harry S. Truman am 6. August 1945 im Radio die Nachricht, die USA hätten soeben eine Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima abgeworfen. Nachdem Mitte Juli 1945 erstmals eine Atombombe im Südwesten der Vereinigten Staaten erfolgreich getestet worden war, hatte sich die US-Regierung für den Einsatz ebendieser Waffe entschieden. Sie wollte Japan nicht nur zur schnellen Kapitulation zwingen, sondern auch und gerade gegenüber ihrem ärgsten

⁶ Auf der Konferenz von Algeciras 1906 ging es u.a. um die Wahrung kolonialer Besitzansprüche seitens Frankreichs und Spaniens und das Vereiteln deutscher Interessen in Nordwestafrika – Näheres siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Algeciras-Konferenz>

... wenn der US-Adler

Rivalen, der Sowjetunion, Macht und technische Überlegenheit demonstrieren und Stalin vor eigenen weltpolitischen Machtansprüchen warnen. In einer Rede am 9. August 1945 sagte dann Präsident Truman, er danke Gott dafür, dass die USA im Besitz der Bombe seien und nicht andere Länder. Gleichzeitig betonte er, dass ein Land freier Bürger jeder Diktatur überlegen sei.

Nach nicht einmal zwei Jahren nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg hatte sich zwischen den Verbündeten von einst – den USA und der Sowjetunion – ein tiefer Graben aufgetan, der auf Dauer die kategorische Trennlinie zwischen der „freien Welt“ und dem Kommunismus sowie die Partitur des Kalten Krieges bilden sollte. Als die Sowjetunion im Jahre 1947 versuchte, ihren Einflussbereich in Südosteuropa und dem Nahen Osten – namentlich in Griechenland, in der Türkei sowie im Iran – zu erweitern, veranlasste das Washington, im Gegenzug seinen weltweiten Hegemonialanspruch doktrinär festzuschreiben. „Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt.“

So lautete denn auch einer der Kernsätze anlässlich einer Rede von Präsident Truman vor dem US-Kongress am 12. März 1947, mit der er die fortan nach ihm benannte Doktrin verkündete. Integrale Bestandteile dieser auf Führungsposition bedachten Außenpolitik waren das *European Recovery Program*, der sogenannte *Marshallplan*, mit dem 16 westeuropäische Staaten finanziell beim Wiederaufbau nach dem Krieg unterstützt wurden, sowie verstärkte Militäreinsätze und der Aufbau eines weltumspannenden Netzes von US-Militärbasen.

Ausgerechnet **Korea** – von 1910 bis 1945 japanische Kolonie – geriet aufgrund seiner exponierten geostrategischen Lage in Ostasien als erstes Land in den Strudel des beginnenden Kalten Krieges und der West-Ost-Blockkonfrontation. Bereits vor der Kapitulation Japans hatten sich die USA und die Sowjetunion darauf verständigt, Korea in zwei Besatzungszonen aufzuteilen und einstweilen treuhänderisch zu verwalten. Nördlich des 38. Breitengrads hatte die Rote Armee das Sagen und stützte durch ihre Präsenz die antijapanischen Partisanenverbände des späteren Präsidenten Kim Il-Sung. Im südlichen Teil landeten US-amerikanische Militärverbände an, die dem konservativen Politiker Rhee Syngman zur Macht verhelfen.

Im Nachbarland China zeichnete sich bereits ein Sieg der von Mao Tse-tung geführten Kommunistischen Partei ab. So wurde die koreanische Halbinsel zum konfliktträchtigsten Schauplatz der West-Ost-Konfrontation. Mitte August 1948 konstituierte sich im Süden der Halbinsel mit Washingtons Hilfe die Republik Korea. Drei Wochen später zog der Norden nach und rief – mit sowjetischer Unterstützung – die Demokratische Volksrepublik Korea aus. Damit war die Teilung des Landes besiegelt. Doch keine der beteiligten Parteien wollte dies als endgültig hinnehmen.

Es kam zum Krieg, der drei Jahre dauerte. Über eine Million Zivilisten im Norden und Süden wurden getötet. Laut Angaben der Vereinten Nationen kamen außerdem eine Million Soldaten aus Nordkorea und China sowie 250.000 aus Südkorea und knapp 55.000 US-amerikanische GIs ums Leben. Bis heute ist und bleibt Korea durch

eine 240 Kilometer lange, sogenannte „entmilitarisierte Zone“ geteilt. Eine Verharmlosung ohnegleichen: Denn tatsächlich stehen sich dort eine Million Soldaten gegenüber, darunter im Süden ein Kontingent von reichlich 28.000 GIs. Und es ist im Rahmen des seit Ende der 1970er Jahre existierenden *Combined Forces Command (CFC)* der Befehlshaber der dort stationierten US-Soldaten (seit dem 2. Juli 2021 General Paul J. LaCamera), der im Kriegsfall ebenfalls das Oberkommando über die südkoreanischen Streitkräfte ausübte, eine Funktion, die am präzisesten als neuzeitliche Version eines Prokonsuls zu kennzeichnen wäre.

Antikommunismus als martialische Staatsdoktrin oder: „Mit Blick auf Vietnam haben wir uns geirrt, schrecklich geirrt.“

Um angeblich eine Machtübernahme der Kommunisten in Südvietnam Mitte der 1960er Jahre zu verhindern, bombardierten US-Streitkräfte das bereits am 2. September 1945 unabhängig gewordene Nordvietnam und auch den Süden des Landes. Die Hintergründe dieses mörderischen Zerstörungswerks kamen 1971 ans Licht: in der Sonntagsausgabe der *New York Times* vom 13. Juni. In ihr erschien der erste Teil einer Serie über die sogenannten *Pentagon-Papiere*. Ihre Veröffentlichung erschütterte die Regierung des amtierenden US-Präsidenten Richard Nixon in ihren Grundfesten. Die Pentagon-Papiere waren von Nixons Verteidigungsminister Robert McNamara in Auftrag gegeben worden. Es handelte sich dabei um streng geheime Dokumente zur amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In ihnen kam eine Haltung zum Ausdruck, die der Politiker J. William Fulbright als Kreuzzugsdenken bezeichnete. In seinem 1966 erschienenem Buch „Die Arroganz der Macht“ schrieb Fulbright, damals Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats:

„Macht verwechselt sich mit Tugend und neigt auch dazu, sich für allmächtig zu halten. Erfüllt von ihrer Mission, glaubt eine große Nation leicht, sie habe nicht nur die Pflicht, sondern auch die Möglichkeiten, den Willen Gottes zu tun. Gott werde doch gewiss nicht seinem auserwählten Bevollmächtigten das Schwert verweigern.“ Mit Blick auf den Krieg in Vietnam und den mörderischen Kampf gegen die dort für Freiheit und Unabhängigkeit eintretende Vietminh schrieb Senator Fulbright: „Wenn wir den Kommunismus als böse Philosophie sehen, so blicken wir durch ein verzerrendes Prisma, durch das wir eher Projektionen unserer eigenen Ansichten wahrnehmen, als das, was in Wirklichkeit da ist. Wenn wir durch dieses Prisma blicken, dann sehen wir die Vietcong, die Dorfältesten die Kehlen durchschneiden, als grausame Mörder; die amerikanischen Piloten aber, die Frauen und Kinder mit Napalm anzünden, sehen wir als tapfere Freiheitskämpfer (...)“

Die Pentagon-Papiere bewiesen, dass die USA den Krieg in *Vietnam* systematisch auf die neutralen Nachbarländer Laos und Kambodscha ausweiteten; die Regierung in Washington wollte den Nachschub für nordvietnamesische Truppen unterbinden und verhindern, dass auch diese Länder kommunistisch würden.

Eine ganze Region wurde jahrelang mit Krieg überzogen, einzig und allein, um die US-amerikanische – auch ökonomische – Vorherrschaft durchzusetzen. Während der

ehemalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara später wenigstens einsah, er habe sich in der Vietnam-Politik – so wörtlich – „geirrt, schrecklich geirrt“, betrieb der Außenminister Henry Alfred Kissinger auch nach der schmachvollen Niederlage der USA in Vietnam im Jahre 1975 unbekümmert eine Politik, die die *International Herald Tribune* als „Kissingerschen Realismus“ charakterisierte. Dazu gehörte auch, dass Washington in Lateinamerika US-freundlichen Diktatoren zur Macht verhalf und sie stützte, wie etwa Augusto Pinochet in Chile, Rafael Videla in Argentinien, Hugo Banzer in Bolivien. Die Vereinigten Staaten, die nach dem Ende der Hitler-Diktatur Westdeutschland dabei geholfen hatten, eine Demokratie aufzubauen, handelten hier knallhart gemäß der Devise: Lieber eine Militär-Diktatur als ein sozialistisches Regime.

Ähnlich wie in Lateinamerika verhielten sich die USA in Indonesien. Es ist eine enge Komplizenschaft zwischen dem indonesischen Diktator Suharto und Washington durch Dokumente belegt, die das *National Security Archive* der George Washington University veröffentlichte. Indonesiens starker Mann, Ex-General Suharto, putschte sich im Oktober 1965 an die Macht und errichtete ein militärisches Terrorregime. Sein Vorgänger, der charismatische Staatsgründer Ahmed Sukarno, war nicht nur ein vehementer Befürworter der sogenannten Bewegung der blockfreien Länder. Sukarno distanzierte sich auch schrittweise vom Westen und galt dort fortan als Sicherheitsrisiko.

Suhartos drakonischem Regime fiel bereits bis Ende 1966 mindestens eine halbe Million Menschen zum Opfer, andere Quellen sprechen von weit über eine Million Getöteter. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, übermittelte der damalige US-Botschafter in Jakarta, Marshall Green, den indonesischen Sicherheitskräften Namenslisten von führenden Kadern der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI), die ermordet werden sollten. Über die Exekutionen wurde akribisch Buch geführt. Im Hintergrund dieser Amtshilfe aus Washington bei den Massakern in Indonesien 1965/66 standen handfeste Wirtschaftsinteressen der USA. Indonesien war schließlich das größte und bevölkerungsreichste Land Südostasiens. Es sollte unbedingt in den Einflussbereich des Westens gelangen, ohne dass man ein zweites Vietnam riskierte. Das erforderte die – notfalls auch physische – Liquidierung der PKI, die damals nach der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU die weltweit drittgrößte kommunistische Partei war.

Heute ist die Region Südostasien aus der Sicht der US-amerikanischen Militärs und außenpolitischen Strategen eine „neue Zufluchtsstätte für Terroristen“. So wurden denn unmittelbar nach 9/11 die Philippinen offiziell als „zweite Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ deklariert – eine Steilvorlage für die jeweiligen Präsidenten des Landes, Opposition und Dissens als „terroristisch“ zu denunzieren und entsprechend harsch zu agieren. Erklärtes Ziel der Regierungen in Washington und Manila ist ferner die Zerstörung der durch Kidnapping und Lösegelderpressung medial bekannt gewordenen Gruppe der „Abu Sayyaf“ (Vater des Scharfrichters). Strategisch geht es um mehr: In der an Rohstoffen überaus reichen Region Südostasien, wo gleichzeitig der weltweit größte Teil der Muslime lebt (Indonesien, Malaysia, Brunei, Südthailand & Südphilippinen), sollen tatsächliche oder vermeintliche Ableger des Al-Qaida-Netzwerks zerstört werden. Gegenwärtig bildet die Region Indo-Pazifik

überdies erklärtermaßen den Hauptfokus der US-amerikanischen und NATO-Militärstrategie.

4. „Neue Weltordnung“ als Präludium des (endlosen) „Krieges gegen den Terror(ismus)“

„Aus diesen schwierigen Zeiten kann (...) eine neue Weltordnung hervorgehen: Eine neue Ära, freier von der Bedrohung durch Terror, stärker in der Durchsetzung von Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Nationen der Welt im Osten und Westen, Norden und Süden prosperieren und in Harmonie leben können. (...) Heute kämpft diese neue Welt, um geboren zu werden, eine Welt, die völlig verschieden ist von der, die wir kannten. Eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes das Faustrecht ersetzt (...) eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert.“

Mit diesen Worten verkündete der frühere US-Präsident George Herbert Walker Bush am 11. September 1990 die sogenannte *Neue Weltordnung* – auf den Tag genau elf Jahre vor den Terroranschlägen gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. Kurz zuvor hatte ein anderer US-Amerikaner einen weit-aus weniger publicityträchtigen Auftritt. Am 30. August 1990 wagte es der damals 22-jährige Marinekorporal Jeff Paterson, seinem obersten Landesvater und Kriegsherrn öffentlich den Gehorsam aufzukündigen. Paterson weigerte sich, in ein Flugzeug mit dem Ziel Saudi-Arabien einzusteigen. Er war der erste Soldat, der während des Aufmarsches von US-Truppen am Golf den Kriegsdienst verweigerte, also noch zu einer Zeit, bevor die USA im Januar 1991 den Bombenkrieg gegen Irak begannen. Paterson begründete seinen mutigen Schritt mit den Worten:

„Als Dienst habender Korporal der US-Marine wurde ich im August 1990 in den Nahen Osten beordert – der Golfkrieg stand unmittelbar bevor. Vier Jahre zuvor – ich dachte, ich wüsste mit meinem Leben nichts Besseres anzufangen – hatte ich mich in der Rekrutierungsstelle von Salinas in Kalifornien gemeldet und den Militärbeamten gesagt, sie sollten mich dorthin schicken, wo ich am meisten gebraucht werde. (...) Vielleicht würde ich noch heute so wie die jungen Menschen denken, die sich gegenwärtig von der Armee anheuern lassen, wenn ich nicht vier Jahre im Marine-Infanteriekorps zugebracht hätte. Die meiste Zeit übte meine Einheit den Kampf gegen Bauern, die es wagten, ‚amerikanischen Interessen‘ in ihrer Heimat entgegenzutreten – speziell in Nicaragua, El Salvador, Guatemala. Ich habe schreckliche Armut in den Philippinen gesehen, von der US-Regierung subventionierte Prostituiertenringe für die Truppen in Südkorea und ungehemmten Rassismus gegenüber der Bevölkerung auf Okinawa und in Japan. Mit dieser Wirklichkeit konfrontiert, habe ich den Prozess meiner persönlichen Ent-Amerikanisierung begonnen.“

Die Neue Weltordnung, die Präsident Bush Senior ausmalte, sollte die Schwachen schützen und das „Gleichgewicht des Schreckens“ beenden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren viereinhalb Jahrzehnte vom Kalten Krieg und der Konfrontation zwischen West und Ost geprägt. Beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, drückten ihren jeweiligen Einflussphären den Stempel auf und ließen – wie in

... wenn der US-Adler

Mosambik, Angola oder Afghanistan – notfalls blutige Stellvertreterkriege führen. Die Machtbalance funktionierte, solange beide Seiten stillschweigend die Regel befolgten, nicht im Revier des Anderen zu wildern. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der realsozialistischen Regime änderte die Situation. Die USA wähten sich nunmehr als unanfechtbare Weltmacht Nummer Eins. Für zahlreiche Politiker, Publizisten und Akademiker im Westen ein Grund zum Jubeln. Stellvertretend für diese triumphalistische Grundhaltung frohlockte beispielsweise John Lewis Gaddis, Geschichtsprofessor an der Yale University und Autor zahlreicher Publikationen über die Ära des Kalten Krieges:

„Zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren stellt keine Großmacht oder Machtgruppe mehr eine eindeutige Gefahr dar für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.“ Um diesen Sieg dauerhaft auskosten zu können, arbeiteten Militärstrategen und Politiker in Washington umgehend Pläne aus, wie dieser Erfolg zu sichern sei. Schon 1991 veröffentlichte die Regierung von Bush Senior ihren „*Base Force Review*“. Im Kern beinhaltete dieses Strategiepapier Folgendes: Galt bis dahin das „Anderthalb-Kriege-Konzept“, das neben einem größeren Konflikt mit der Sowjetunion oder der Volksrepublik China eine begrenzte Militäroperation als machbar in Betracht zog, sollten fortan zwei größere regionale Konflikte – notfalls gleichzeitig – führbar sein. Bis zum Ende von Präsident Bill Clintons Amtszeit Anfang 2001 blieb diese Strategie gültig. Das änderte sich unter seinem Nachfolger. Den Gegnern der Vereinigten Staaten schrieb US-Präsident George W. Bush, der Sohn des Architekten der *Neuen Weltordnung*, in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2001 ins Stammbuch:

„Die Feinde unserer Freiheit und unseres Landes sollten sich nicht täuschen. Amerika wird sich weiter in der Welt engagieren, freiwillig und aus historischen Gründen (...) Ohne Arroganz werden wir uns entschlossen zeigen. Wir werden Aggression und bösen Absichten mit Entschiedenheit und Stärke begegnen. Allen Nationen gegenüber werden wir für die Werte eintreten, die unsere Nation geschaffen hat. Während des vergangenen Jahrhunderts war Amerikas Glaube an Freiheit und Demokratie ein Fels in der Brandung. Nun ist er ein Samenkorn im Wind, das in vielen Nationen Wurzeln fasst.“

Dann fanden ausgerechnet in „Gottes eigenem Land“, als das sich die USA gern bezeichnen, die Anschläge vom 11. September 2001 statt. In das Entsetzen über diese Terrorakte mischten sich tiefe Trauer, Rache- und Vergeltungsgelüste sowie nachdenkliche Stimmen. In einem Kommentar, der auch in mehreren westeuropäischen Zeitungen erschien, meldete sich unter anderem der bekannte uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano zu Wort:

„Die Geißel der Welt nennt sich nun Usama bin Laden. Die CIA hatte ihm alles beigebracht, was er in Sachen Terrorismus wissen musste: Bin Laden, geliebt und bewaffnet von der Regierung der USA, war früher einer der wichtigsten ‚Freiheitskämpfer‘ gegen den Kommunismus in Afghanistan. Bush Vater war Vizepräsident, als Präsident Ronald Reagan sagte, diese Helden seien ‚das moralische Äquivalent der Gründerväter Amerikas‘. Hollywood stimmte mit dem Weißen Haus überein. Damals wurde

Rambo 3 gedreht – die afghanischen Muslime waren die Guten. Jetzt, dreizehn Jahre später, in Zeiten von Bush Sohn, sind sie die bösesten Bösen.“

Als eine der vehementesten Kritikerinnen gegen Bushs Kriegskurs erwies sich Cynthia McKinney. Die demokratische Abgeordnete aus Georgia forderte im Kongress, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dieser solle klären, inwieweit Vater und Sohn Bush von der Katastrophe am 11. September profitiert hätten. George Bush Senior habe nämlich, so McKinney, für Public-Relations-Auftritte für den weltweit größten Vermögensverwalter *Carlyle* fürstliche Honorare eingestrichen. Und mit Carlyle habe es eine besondere Bewandnis. Die streitbare Cynthia McKinney begründete ihre Anfrage mit dem Hinweis auf Bushs weit verzweigte Geschäftsverbindungen, die bis nach Saudi-Arabien reichten:

„Es ist doch bekannt, dass der Vater des Präsidenten durch seine Beteiligung am Carlyle-Konzern Geschäftsinteressen mit der Baufirma der Familie Usama bin Laden teilte und bei Rüstungsfirmen engagiert ist, deren Aktienkurse seit dem 11. September dramatisch gestiegen sind.“ Dieser Vorwurf brachte den konservativ-republikanischen Journalisten Jonah Goldberg zur Weißglut. In einer Talkshow beschimpfte er Frau McKinney: „Sie sind so dumm wie Kristallsalz und so ekelerregend wie Arafats seit drei Wochen nicht gewechselte Unterhosen.“

Ähnlichen Angriffen, sogar handfesten Attacken sah sich auch die US-Kongressabgeordnete Barbara Lee ausgesetzt. 1999 votierte sie gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien und stimmte als Einzige im Kongress gegen Präsident Bush, als dieser dann später gegen Afghanistan losschlug. Im Land „der Freiheit und Demokratie“ stand Frau Lee nach Morddrohungen unter Polizeischutz. In Europa ehrte der „Verein Aachener Bürgerpreis“ die beherzte Bürgerrechtlerin Anfang September 2002 mit dem *Aachener Friedenspreis*. McKinney und Lee zählten zu einer Minderheit, die im politischen Washington den Hasstiraden erzürnter Medienleute und evangelikaler Prediger überlassen wurden und ausgesetzt waren, denen es oblag, sie schließlich matt zu setzen.

„ ... ohne Scham die Regeln der Weltordnung festlegen und durchsetzen.“

Im Frühjahr 1991 publizierte der einflussreiche US-amerikanische Politikberater Charles Krauthammer in der vom *Council on Foreign Relations (CFR)* herausgegebenen Zeitschrift *Foreign Affairs* einen Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel „Das unipolare Moment“. Darin hieß es: „Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit (...) ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen.“

Diese Regeln schrieb elf Jahre später nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der neue Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fest. Vor Offizieren an der National Defense University in Washington verknüpfte Rumsfeld am 31. Januar 2002 die Neue Weltordnung mit der neuen Militärdoktrin seines Landes. Bei ihm war jetzt nicht mehr wie zehn Jahre zuvor von zwei „Konflikten“ oder Kriegen die Rede, sondern von vier: „Wir müssen jetzt handeln, um auf vier größeren Kriegsschauplätzen die Fähigkeit zur Abschreckung zu erreichen. Wir müssen in der Lage sein, zwei Aggressoren gleichzeitig zu besiegen, und dabei die Möglichkeit haben, eine groß angelegte Gegenoffensive

... wenn der US-Adler

zu starten und die Hauptstadt eines Feindes zu besetzen, um dort ein neues Regime zu installieren.“

Wenig später, im Februar 2002, unterrichtete Rumsfeld den Kongress, seine Regierung werde den Feldzug zur Terrorismusbekämpfung allein in Afghanistan bis mindestens Oktober 2003 weiterführen. Zugleich lehnte Rumsfeld jedoch die Unterstützung der USA für eine erweiterte UN-Friedenstruppe ab, weil – so der Verteidigungsminister wörtlich: „*eine US-Beteiligung finanziell wie personell auf Kosten der amerikanischen Kriegsanstrengungen gehen (würde).*“

Mit Beginn des Afghanistan-Krieges werteten der Wirtschaftswissenschaftler Marc W. Herold von der University of New Hampshire und sein Team akribisch sämtliche Berichte von Hilfsorganisationen und Journalisten in Afghanistan aus. Das Ergebnis war niederschmetternd – bereits bis Ende Juni 2002 waren etwa 3.500 zivile Kriegsopfer zu beklagen. Geradezu perfide sei es gewesen, während der ersten Welle von Luftangriffen gegen Afghanistan schwere Bomben abgeworfen zu haben und sodann gelben Minen gelbe Nahrungsmittelpakete folgen zu lassen.

Selig S. Harrison, Direktor des Nationalen Sicherheitsprogramms am regierungsunabhängigen *Center for International Policy* in Washington, beschrieb die Wirkung dieser abgeworfenen CBU-87-Clusterbomben so: „Die CBU-87 ist eine (...) ‚Mutterbombe‘, die 202 Minibomben freisetzt, von denen jede an einem kleinen Fallschirm hängt. Diese kleinen Bomben verteilen sich über eine Fläche, die zwei bis drei Fußballfeldern entspricht. Jeder B-1-Bomber kann dreißig solcher CBU-87-Clusterbomben tragen. Bis Ende Januar 2002 hatte die US-Luftwaffe etwa 600 von ihnen über Afghanistan abgeworfen. Obwohl die Minibomben eigentlich bei der Landung explodieren sollen, kommt es in mindestens fünf Prozent der Fälle nicht dazu. Das bedeutet nach Einschätzung von Experten, dass noch etwa 6.000 nicht explodierte Bomben in der Gegend herumliegen könnten, wo sie genauso gefährlich sind wie Landminen.“

„Wertlose Opfer“ & „ultra-wertvolle Opfer“

Es waren tickende Zeitbomben, die auch nach den Bombenstopps ein normales Leben der afghanischen Zivilbevölkerung zunichtemachten. Aus Furcht vor Explosionen mussten Felder brach liegen, Ernten blieben aus. Schlimmer noch: Täglich wurden wahllos Menschen getötet und verstümmelt. Vor allem Kinder und Jugendliche, die unbedacht mit diesen teuflischen Minibomben in Berührung kamen. Waren den USA *diese* Opfer gleichgültig? Offensichtlich ja; in einer vergleichbaren Situation – bei den Auswirkungen des Irak-Embargos nämlich – äußerte sich mit Madeleine Albright eine hochrangige Regierungsvertreterin zum Thema. Am 12. Mai 1996 fragte Moderatorin Lesley Stahl in der Fernsehshow ‚60 Minutes‘ Frau Albright:

„Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder wegen der Sanktionen gegen den Irak gestorben sind. Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und – sagen Sie; ist es den Preis wert?“ Darauf erklärte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen und spätere Außenministerin: „Ich glaube, das ist eine sehr schwierige Entscheidung, aber der Preis? – Wir glauben, es ist den Preis wert.“ Dieser ungeheuerliche Satz wurde in den führenden Medien der Vereinigten Staaten kaum zitiert. Es gab

keinen Aufschrei, nicht einmal einen Einwand. Meinungsäußerungen wie die des emeritierten Wirtschaftswissenschaftlers Edward S. Herman waren eher selten:

„Das zeigt die Arbeit eines souveränen Propaganda-Systems. Die US-Regierung findet, dass der Massentod von irakischen Kindern ‚es wert‘ ist. Die Medien lassen das Schicksal dieser ‚wertlosen Opfer‘ im schwarzen Loch verschwinden und erlauben dadurch die unbehinderte Fortführung dieser Politik. Sind die Vereinigten Staaten selbst das Opfer des Terrorismus, tritt der umgekehrte Prozess in Kraft: Bei diesen ‚ultra-wertvollen‘ Opfern inszenieren die Medien deren Leiden und Tod ausführlich und interessieren sich nicht für die tieferen Gründe, sondern nur dafür, ‚wer‘ es getan hat.“ Herman fügte hinzu: „Unermüdlich rühren die Medienkonzerne die Kriegstrommel (...). Und sie werden Zeitungen verkaufen, ihre Quoten erhöhen, das ‚nationale Interesse‘ unterstützen, und den Rechten beweisen, dass sie echte Amerikaner sind.“

Dazu einige Kostproben aus den Medien wenige Tage nach dem 11. September. Im *Wall Street Journal* vom 9. Oktober 2001 schrieb der Wirtschaftshistoriker Paul Johnson in einem Leitartikel: „Die Antwort auf Terrorismus? Kolonialismus!“. Martin Wolf von der *Financial Times* forderte einen Tag später: „Es braucht einen neuen Imperialismus“. In der *Washington Post* hieß es am 29. Oktober 2001: „Wenn wir Afghanistan stabilisieren wollen, müssen wir unsere postkolonialen Institutionen – die UNO, die Weltbank, Hilfsagenturen wie das Rote Kreuz – mit neuer imperialer Energie aufladen.“

Der damalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz empfahl am 14. September 2001 in der *Washington Post* gar, „ganze Staaten, die den Terrorismus fördern, auszulöschen!“.

US-Präsident George W. Bush, laut Verfassung gleichzeitig auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte seines Landes, bezog nun auch den „*first strike*“, den „Erstschlag“, in die nach ihm benannte Doktrin ein. Offiziell verkündete er sie am 2. Juni 2002 in der renommierten US-Militärakademie *West Point*. Vor etwa eintausend West-Point-Absolventen erklärte der Präsident in überzeugtem Brustton: „Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewonnen. Wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen. (...) Wir Amerikaner sind bereit, wo immer nötig, mit Präventivschlägen unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen.“

In West Point sprach Präsident Bush auch von der Bereitschaft seines Landes, den „Krieg gegen den Terror“ in bis zu 60 Ländern zu führen. Davon müssten sich einige, so Bush, auf „Nachhilfeunterricht“ aus den USA einstellen: „Einige Länder bedürfen besonderer militärischer Ausbildung, um den Terrorismus zu bekämpfen, und wir werden diese anbieten. Andere Staaten widersetzen sich dem Terror, aber sie tolerieren den Hass, der zu Terror führt, und das muss sich ändern.“

Seit 9/11 wurde das Wort „Terror“ dehnbare als jemals zuvor. Aus einst geschätzten Freiheitskämpfern wurden „Terroristen“ und ebenso verwandelten sich „Terroristen“ über Nacht zu gefeierten Widerstandskämpfern oder respektierten Staatsmännern.

... wenn der US-Adler

„Terror“ wurde zur Metapher in einer Welt, in der Washington beides gleichzeitig sein wollte – deren Nutznießer und ordnendes beziehungsweise unipolares Zentrum.

Terror, den sie meinen

Innenpolitisch schürte die Terror-Debatte Ängste, mit denen die Gegner dieser Politik kleingehalten wurden. Marianne Brün, Tochter des Schauspielers und Regisseurs Fritz Kortner, lebte seit Jahrzehnten in den USA. Sie schilderte, wie sich das innenpolitische Klima seit dem 11. September 2001 änderte: „Mit dem ‚Patriot Act‘ versucht man jetzt wieder, eine Art McCarthyismus, eine Hetzjagd auf vermeintliche Linke wie in den fünfziger Jahren, einzuführen. Innerhalb der Regierung, im Fernsehen und auch in der Filmindustrie gelingt das auf erschreckende Weise. Mit Hilfe einer extrem rechten akademischen Organisation, unter der Führung von Lynne Cheney, der Frau des Vizepräsidenten, hat es auch schon Professoren getroffen. Studenten werden von Frau Cheneys Organisation ermuntert, ihre Professoren anzuzeigen. Im Gegenangriff haben inzwischen einige Professoren – auf lustige Weise – sich selbst angezeigt.“

Seit dem 11. September wurde in den USA auch öffentlich über eine Einschränkung des universell gültigen Verbots von Folter diskutiert. Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, kritisierte in diesem Zusammenhang: „Seit Beginn der Terrorismusbekämpfung werden in den USA fundamentale internationale Menschenrechtsstandards zunehmend missachtet. Neue Sicherheitsgesetze und -erlasse erlauben die wochenlange Inhaftierung von ausländischen Staatsbürgern, die der Terrorismusunterstützung verdächtigt werden, ohne Anklageerhebung. Über 1.200 Menschen wurden aufgrund dieser Gesetze festgenommen.“

Bedenklich, so Barbara Lochbihler, sei insbesondere eine Verfügung von Präsident Bush Junior gewesen, wonach „terrorismusverdächtige Ausländer nunmehr vor eigens eingerichtete Militärtribunale gestellt werden (können), die geheim verhandeln, die die Todesstrafe verhängen dürfen und Berufungen nicht zulassen, somit also in keiner Weise den Grundsätzen fairer Gerichtsverfahren entsprechen.“

Internationalen Rechtsstandards wollte sich die Bush-Administration auch an anderer Stelle nicht unterordnen. Seit dem 1. Juli 2002 trat nach langen, zähen Verhandlungen das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes offiziell in Kraft. Ab Anfang 2003 verfolgt dieser im niederländischen Den Haag domizilierte Gerichtshof Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dies allerdings nur dann, wenn sich die nationalen Gerichte in den Ländern, aus denen die potentiellen Angeklagten stammen, als unfähig oder als nicht willens erweisen, sie zu ahnden. Selbst diese Regelung ging der Bush-Regierung zu weit. Auf ihren massiven Druck hin knickte der Weltsicherheitsrat am 12. Juli 2002 ein und stimmte einer begrenzten, ein Jahr lang geltenden Immunität für US-Bürger in UN-Einsätzen zu. Washington graut(e) vor dem Gedanken, US-Staatsbürger könnten im Ausland vor Gericht zitiert werden, und es befürchtet(e) politisch motivierte Verfahren.

In den Jahren 1990 und 1991 hatte George Bush Senior verkündet, er wolle eine Welt, in der die Nationen in Harmonie leben können, in der das Gesetz und nicht das Faustrecht herrsche. Und zehn Jahre später versprach sein Sohn, die USA würden

„entschlossen handeln, aber ohne Arroganz“. In der Realität aber stieß die Regierung in Washington auch befreundete Staaten seit Jahren immer wieder vor den Kopf, wobei George Bush Junior US-Interessen noch rücksichtsloser vertrat als sein Vorgänger Bill Clinton. So stornierte Washington die Zahlung von 24 Millionen Dollar an den Bevölkerungsfonds der UN, weil damit angeblich die Abtreibungspolitik in China gefördert werde. George Bush sorgte auch dafür, dass leitende UN- Mitarbeiter abberufen wurden, weil sie ihm nicht USA-freundlich genug waren. Dazu gehörte beispielsweise Robert Watson, Vorsitzender des UNO-Wissenschaftsrates zum Klimawandel. Die Ölfirma Exxon-Mobil intervenierte im Weißen Haus und erreichte, dass Watson gehen musste. Für William Schulz, Direktor der US-amerikanischen Sektion von Amnesty International, war das „ein neuer Tiefpunkt in Sachen Isolationismus und Sonderstellung.“ Die *Süddeutsche Zeitung* zitierte in diesem Zusammenhang einen EU-Diplomaten mit den Worten: „Früher hatten wir es mit kommunistischen Apparatschiks zu tun und heute mit unilateralen Überzeugungstätern.“

„Die normalen Regeln sind außer Kraft gesetzt“, so kritisierte der frühere Marinekorporal Jeff Paterson die Politik seines Heimatlandes. Wie 1990, als er mit 22 Jahren den Kriegsdienst verweigerte und seinen aufsehenerregenden Schritt öffentlich begründete, ist er elf Jahre später wieder an die Öffentlichkeit getreten. Als Aktivist der US-amerikanischen Antikriegsbewegung verfasste er kurz nach dem 11. September 2001 einen Appell „*An Soldaten, zukünftige Soldaten und die übrige Jugend*“. Darin hieß es: „Während wir trauern, kündigen sie bereits an, die normalen Regeln gelten nicht mehr – was heißt: jetzt ist die Zeit gekommen, um abzurechnen – sie verkünden auch: ‚Die Nation ist geeint, wir haben einen Blankoscheck für unser Handeln‘ – was heißt: abweichende Meinungen werden ignoriert oder unterdrückt, je nach Bedarf.“

Jeff Paterson schloss seinen Appell mit den Worten: „Weniger denn je sind die Leute auf dieser Welt vor den USA sicher, und die Menschen in den USA selber sind vor den USA nicht sicher.“

Ramboisierung des Rechtssystems

Mit Hilfe des kurz nach 9/11 verabschiedeten *Patriot Act* und der *Authorization for Use of Military Force of 2001 (AUMF)* war der Präsident der USA in die Lage versetzt worden, fortan nach eigenem Ermessen militärische Gewalt gegen Länder einzusetzen, von denen die US-Exekutive in Washington vermutete, dass sie dem „internationalen Terror(ismus)“ als Basis dienen oder ihm Schützenhilfe leisten. Außerdem diente das erstgenannte Gesetz, der *Patriot Act*, zur systematischen Bespitzelung tatsächlicher oder vermeintlicher Regierungsgegner im Innern. Ganz zu schweigen von dem Gefangenenlager in Guantanamo auf Kuba und lange Zeit geheim gehaltenen Orten weltweit, wo verdächtige Personen fernab von Rechtsstaatlichkeit und eines funktionierenden Justizsystems systematisch Gewalt, Folter und Demütigungen aller Art ausgesetzt wurden und deren Peiniger auf je unterschiedliche Weise extraterritoriale Immunität genossen.

Bereits am 20. September forderte Präsident Bush die seit 1996 Kabul und große Teile Afghanistans beherrschenden Taliban ultimativ auf, die hinter den Anschlägen

... wenn der US-Adler

in New York und Washington vermuteten Drahtzieher von Al-Qaida unter Führung von Usama Bin Laden auszuliefern. Ohne gerichtsfeste Beweise vorgelegt und auf De-eskalation bedachte Vorschläge der Gegenseite angehört zu haben, die immerhin darauf hinausliefen, Bin Laden in einem anderen islamischen Land vor Gericht zu stellen, sofern die USA Beweise für seine Tatbeteiligung präsentierten, bekräftigte Bush sein Ultimatum mit der nicht verhandelbaren Forderung: „Die Taliban müssen handeln, und zwar sofort. Sie werden die Terroristen ausliefern oder sie werden ihr Schicksal teilen. (...) Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, aber er endet dort nicht. Er wird nicht enden, bevor jede Terroristengruppe mit globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist.“

In jenen Tagen schienen schnellstmögliche Rachegeleüste und Vergeltungsakte jedwedes politische und militärische Denken und Handeln zu dominieren, so dass Vieles für die These des Imperialismus-Forschers Atul Kohli spricht, wonach die Führungsriege um Bush buchstäblich in den Krieg „gepoltert“ ist. In einem Gespräch mit der in Zürich erscheinenden *WOZ* antwortete Kohli auf die Frage, ob nicht imperiale Kriege eigentlich stets von wirtschaftlichen Interessen angetrieben werden, wie folgt: „Nein, die US-Invasion in Afghanistan bildet eine der großen Ausnahmen. Die US-Invasion war nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und auf das Pentagon viel mehr ein Rachekrieg als ein Krieg der Gier. Es wäre dumm zu behaupten, dass der damalige Präsident George Bush das Land aus wirtschaftlichen Interessen angegriffen habe. Es gab auch ein Sicherheitsinteresse dahinter. Allerdings haben sich im Lauf der Besetzung wirtschaftliche Interessen entwickelt. (...) Usama Bin Laden und seine Leute, die die Anschläge geplant hatten, versteckten sich unter den Taliban in Afghanistan – auch wenn man lange debattieren kann, wie eng ihre Beziehung zu den Taliban wirklich war. Abgesehen vom Racheakt zielte der Krieg darauf ab, künftige Terroranschläge zu verhindern. Mit den Milliarden, die die USA für Afghanistan ausgaben, sind über die Zeit auch Profitinteressen entstanden. Das Geld floss in zahlreiche mit dem Krieg verbundene Industrien: in die Verteidigungsindustrie oder an private Sicherheitsfirmen, deren Mitarbeiter nun zu Tausenden aus Afghanistan abgezogen sind.“⁷

Die Ramboisierung des Rechts und das Außerkräftsetzen der Unschuldsvermutung durch putatives Töten qua gezielter Drohnenangriffe sind – wie namhafte Kritiker zu Recht urteilten – ein ungeschminkter Ausdruck von Staatsterrorismus. In diesem Zusammenhang wies Noam Chomsky in einem *3sat-Interview* im Jahre 2013 darauf hin, dass während der Amtszeit von Präsident Barack Obama jeden Dienstagmorgen, am sogenannten „Terror-Dienstag“, durch einen kleinen, erlesenen Kreis von Politikern und Militärs im Weißen Haus darüber befunden wurde, welche Opfer es als nächste „auszuschalten“ galt.

⁷ „Die USA haben Afghanistan nicht aus Gier angegriffen“ – Der Imperialismus-Forscher Atul Kohli, Professor an der Princeton University, im Gespräch mit der *WOZ*, in: *Die Wochenzeitung* (Zürich) Nr. 35/2021 vom 2. September 2021

5. Erstes Kriegsziel nach 9/11: Afghanistan – Binnenland, Durchgangslager, „Friedhof der Großmächte“

Eine konzise Kurzvorstellung dieses Landes liefert das *Landesinformationsportal Afghanistan* der *Akademie für Internationale Zusammenarbeit* (AIZ/Bonn-Röttgen – Stand: Dezember 2020), in dem es heißt: „Afghanistan kann als der Prototyp eines Durchgangslandes gelten. Seit frühgeschichtlicher Zeit kreuzen sich hier wie in kaum einem anderen Land der Erde die Wege der Völkerwanderungen, Eroberer, Händler und Missionare der unterschiedlichsten Religionen. Dabei war das Gebiet des heutigen Afghanistan die meiste Zeit zwischen zwei oder mehreren Herrschaftsbereichen umkämpft (z.B. zwischen den Gräko-Baktrern und dem indischen Maurya-Reich im 3. Jh. v. Chr. oder zwischen dem frühislamischen Kalifat der Omayyaden und den Gök-Türken im 8. Jh. n. Chr.) oder auch ganz Bestandteil eines größeren Reiches, dessen politischer und kultureller Schwerpunkt aber außerhalb Afghanistans lag (z.B. im altpersischen Achämenidenreich oder im mongolischen Weltreich unter Dschingis Khan und dessen Nachfolgern). Nur selten stellte Afghanistan selbst das Kernland einer Großmacht dar, vom neuzeitlichen afghanischen Königreich unter Ahmad Schah Durrani abgesehen am ehesten noch zur Zeit der Ghaznaviden (10./11. Jh. n. Chr.) und der Kuschan (ca. 50-250 n. Chr.).

Im Wesentlichen waren es zwei Faktoren, die die Geschichte Afghanistans bis in die jüngere Vergangenheit bestimmten: zum einen seine geographisch bedingte Rolle als Vermittler auf der Seidenstraße, dem West-Ost-Fernhandelsweg zwischen den Mittelmeerländern und China, zum anderen seine Lage an der südlichen Peripherie Zentralasiens, wo es mit seinen Wüsten und Gebirgen ein Hindernis für Eroberer mit Blick auf die Reichtümer Indiens darstellte. Letzterer Aspekt führte dazu, dass über 2000 Jahre hinweg Einfälle von iranischen, türkischen oder mongolischen Nomadenvölkern aus den zentralasiatischen Steppen eine ständige Bedrohung für die auf afghanischem Boden entstandenen Staatsgebilde darstellten.

Dies änderte sich erst mit Beginn der Neuzeit, als das Reiternomadentum auch in Zentralasien selbst zusehends gegenüber sesshafter Staatlichkeit unterlag und seine welt-historische Bedeutung einbüßte. Andererseits führte die (Wieder-)Entdeckung des Seeweges um Afrika herum nach Indien und bald darauf der Neuen Welt durch die Europäer zu einer rapiden Abnahme des Überlandhandels mit Indien und China auf den alten Karawanenrouten. Die Folge war eine zunehmende Verarmung der Region – als es den Paschtunen unter Ahmad Schah Durrani 1747 gelang, erstmals ein unabhängiges afghanisches Königreich zu etablieren, war der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang längst in vollem Gange. Im 19. und 20. Jahrhundert führte dann der weltpolitische Dualismus zwischen dem britischen Empire und Russland, deren Machtsphären in Zentralasien und dem Mittleren Osten aufeinanderstießen, zu langen Perioden politischer Instabilität und wirtschaftlich-kultureller Isolation in Afghanistan. Das ‚Great Game‘ um Afghanistan setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion fort und führte zur fortschreitenden Destabilisierung

... wenn der US-Adler

Afghanistans, die nach dem Sturz König Zahir Schahs im Jahr 1973 schließlich in eine Folge von Kriegen und Bürgerkriegen mündete.“⁸

Das Ineinandergreifen höchst komplexer und komplizierter Konstellationen und Probleme – u.a. Stadt-Land-Gefälle; Zentrum-Peripherie-Beziehungen sowie Beziehungen zwischen regionalen Zentren und regionalen Peripherien; Vielfalt ethnolinguistischer Stammes- und Clanstrukturen; Ressourcenkonflikte unterschiedlicher und häufig wechselnder Antagonisten – hat selbst in friedlichen Zeiten jedem (zivilen) ausländischen Betrachter viel Einfühlungsvermögen abverlangt, ein grundlegendes Verständnis der politischen, kulturellen und sozioökonomischen Gegebenheiten und Prozesse des Landes zu entwickeln. Für all jene, die sich dort militärisch engagierten, um sich als Eroberer, Besatzer oder Kolonialmacht zu etablieren oder im Namen „humanitärer Interventionen“ die Flagge zu hissen, wurde das Land am Hindukusch zum „Friedhof“. Aus entsprechenden geschichtlichen Erfahrungen – ob das nun Britannien, das zaristische Russland oder später auch die Truppen der sowjetischen Roten Armee unter Generalleutnant Boris W. Gromow betraf – hätte man lernen können. So man es denn gewollt hätte.

Unerhört & ungehört – frühe kritische Stimmen aus Wissenschaft und Entwicklungspolitik

„Die wesentliche Ursache für die starke lokale Verortung von Macht und Gewalt in Afghanistan liegt darin begründet, dass eine staatliche Durchdringung Afghanistans niemals stattfand, ein staatliches Gewaltmonopol fehlt und der Staat im besten Falle eine Ressource für lokale Eliten darstellt“ konstatierte der Friedens- und Konfliktforscher mit dem Regionalschwerpunkt Asien, Conrad Schetter. Gerade die Unterstellung, im Falle Afghanistans handele es sich um einen einheitlichen Zentralstaat, erwies sich als fatal und bot als falsche Prämisse zwangsläufig den Nährboden ebenso falscher Einschätzungen und Strategien. Schetter fährt fort: „Die afghanische Gesellschaft ist durch eine Reihe sich überlappender Solidaritätsbezüge geprägt: Dorfgemeinschaften, Clans, Stämme sowie religiös oder ethnisch definierte Gemeinschaften bilden die wichtigsten Identitäts- und Handlungsreferenzen. Diese vielgestaltigen, partikularistischen Gemeinschaftsorganisationen standen Staatsbildungsprozessen auf überlokaler Ebene stets entgegen. (...) Die Entwicklung des afghanischen Staats ist von Beginn an durch seine extreme Schwäche geprägt – vor allem, da ihm die wirtschaftlichen Ressourcen für einen selbst tragenden, etwa durch Steueraufkommen finanzierten Staatsbildungsprozess fehlten. Im Zuge des 20. Jahrhunderts entwickelte sich Afghanistan zu einem Rentierstaat, der finanziell von anderen Staaten (v. a. USA, Sowjetunion) abhängig war. Seit den 1950er Jahren stammten über 40 Prozent der Staatseinnahmen von auswärts, namentlich aus der Entwicklungshilfe. Die staatliche Politik bestand darin, die Beziehungen zwischen den verschiedenen lokalen Führern und der bürokratischen Elite Kabuls in ein Gleichgewicht zu bringen; Zuwendungen wurden

⁸ Leider ist diese Website seit Anfang 2021 für die Öffentlichkeit gesperrt und nur noch mit einem Passwort zugänglich.

klientelistisch verteilt und die Lokalpotentaten in ein System von Pfründen und Posten eingebunden.“

„Gleichzeitig stellte die Kluft zwischen Kabul und dem übrigen Land ein konstantes Spannungsfeld dar, das sich bis heute auf das politische Geschehen auswirkt. Dem Staat, der im urbanen Raum verankert war und der für eine politische Modernisierung eintrat, stand der ländliche Raum gegenüber, dessen traditionell segmentär organisierte Gesellschaft den von der Regierung ausgehenden Impulsen misstraute. (...) Die Machtergreifung der kommunistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistan im April 1978 führte zu einem offenen Bruch zwischen Staat und ländlicher Bevölkerung. Der Versuch der zahlenmäßig schwachen, überwiegend städtischen Parteimitglieder, dem System tribaler und lokaler Autonomien ein Ende zu bereiten und durch radikal umgesetzte Reformen im Eilverfahren einen modernen Staat zu kreieren, rief im ganzen Land Aufstände der lokalen Eliten hervor. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979 verschärfte sich dieser Konflikt weiter und beschränkte den Handlungsradius der Regierung auf Kabul und einige Provinzstädte. Eines der wesentlichen Ergebnisse der seit 1979 tobenden Kriege in Afghanistan ist, dass die embryonalen staatlichen Strukturen, die während des 20. Jahrhunderts zumindest in den Städten aufgebaut worden waren, auf allen Ebenen zerfielen.“⁹

Der Soziologe und Ethnologe Christian Sigrist, der intensive Feldforschungen in Afghanistan durchführte und im deutschsprachigen Raum einer der besten Landeskenner war, schrieb im Herbst 2009: „Nach dem 11. September 2001 verschärfen sich die Ultimaten. Nach der Verkündung der Operation Enduring Freedom als Krieg gegen den Terrorismus erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder eilfertig seine ‚uneingeschränkte Solidarität‘. Die Formulierung erinnert peinlich an entsprechende Bekenntnisse kommunistischer Satellitenregierungen an die Adresse Moskaus. Schröder setzte damit seine Unterordnung unter die US-Balkanstrategie aus dem Jahr 1999 fort. Auch mit seiner Unterstützung hat die NATO am 2. Oktober 2001 erstmalig in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall erklärt. Die US-Luftwaffe begann daraufhin mit britischer Unterstützung Luftangriffe auf afghanisches Territorium, obwohl bei den Angriffen vom 11. September kein einziger Afghane beteiligt war, da sich Bin Laden nur auf arabische Mitglieder von Al-Qaida verließ. Die Luftschläge ermöglichten den Truppen der Nordallianz eine von Massakern begleitete Offensive und, gegen die Absprache mit den USA, die Einnahme von Kabul. Der ehrgeizige Außenminister Joschka Fischer organisierte nach der anscheinenden Vernichtung des Talibanregimes eine Berliner Vorkonferenz, der die Konferenz auf dem Petersberg (27.11. bis 5.12. 2001) folgte. Unter den Auspizien der Vereinten Nationen wurden von den USA die Nordallianz als wichtigste politische Kraft und in der Interimsregierung der Alibi-Pashtune Hamid Karzai als Interimspräsident durchgesetzt. Zum Schutz dieser Institutionen sowie der geplanten loya jirga wurde vom Sicherheitsrat am 20.12.2001 die Errichtung der International Security Assistance Force (ISAF) beschlossen. Ein Vorauskommando der Bundeswehr wurde im gleichen Monat nach Afghanistan geschickt, u.a. auch das KSK (Kommando Spezial Kräfte). Die ISAF hatte zunächst die Aufgabe, Kabul und

⁹ Conrad Schetter * bpb.de/internationales/asien/afghanistan/48622/machtstrukturen

... wenn der US-Adler

Umgebung sowie die UN-Einrichtungen und die humanitäre Arbeit von NGOs zu sichern.“

Und Sigrist fuhr fort: „Das krasse Versagen der deutschen Einsatzführung bei der von ihr veranlassten Bombardierung von zwei Tanklastzügen in der Nacht zum 4. September 2009 bei Kunduz, bei der etwa 125 Tote, davon mindestens zwei Dutzend ‚Zivilisten‘ zu beklagen sind, erzwingt eine Revision der bisherigen auf Selbstschutz und technische Hilfe konzentrierten deutschen Strategie. Das Hinausschieben der Exit-Diskussion ist nicht länger vertretbar. Als Erstes müssten jetzt nach einer umfassenden Aufklärung des Bombardements von Taliban wie auch von arglosen Einheimischen Verhandlungen mit den betroffenen Familienverbänden über Wiedergutmachung und Versöhnung geführt werden. Das kann aber nur ein Anfang sein.

Zunächst muss die Illusion aufgegeben werden, die NATO könne den Afghanen durch den Aufbau einer Armee von 250.000 Mann und einer starken Polizei die Verantwortung für die Sicherheit des Landes übergeben. Die mittelfristig einzige realistische Möglichkeit besteht in der Übertragung von Sicherheitsaufgaben auf regionale Ordnungskräfte (Stammes- und städtische Milizen). (...)

Am 4.12.2002 behauptete Verteidigungsminister Struck in bodenloser Unkenntnis der regionalen Verhältnisse: ‚Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.‘ Dieser Satz ist so wahr wie Willy Brandts Diktum: ‚Die Freiheit Westberlins wird in Saigon verteidigt.‘ Durch den subalternen Einsatz der Bundeswehr ist das Gegenteil von Strucks Behauptung eingetreten. Jetzt mehren sich die Anzeichen für eine wachsende Bedrohung deutscher Ziele durch Islamisten.

Was aber schwerer wiegt, ist, dass die deutsche Politik die Chance vertan hat, durch militärische Abstinenz als Vermittler im Afghanistankonflikt wirken zu können. An diesem Versagen tragen die grünen Bellizisten eine erhebliche Mitschuld, auch wenn sie sich angesichts des jetzigen Desasters als Vertreter eines besonnenen Exits ausgeben.“¹⁰

6. Deutschlands Kriegsteilnahme oder: „An diesem Versagen tragen die grünen Bellizisten eine erhebliche Mitschuld“

In einem späteren Interview mit der Deutschen Presse-Agentur dpa erklärte Sigrist auf die Frage, ob eine von Deutschen ausgebildete afghanische Polizei Recht und Ordnung bringen kann: „Nein. Deutsche Polizeiausbilder haben es schon in den 1960er Jahren nicht geschafft, eine für zivile Konfliktlösung geeignete Polizei auf die Beine zu stellen. Die Folge war: 1965 wurde eine studentische Demonstration in Kabul, anstatt von der Polizei geregelt, vom Militär blutig niedergeschlagen. Bessere Aufbauhilfe wäre es, wenn Deutschland jungen Afghanen durch Stipendien ein Studium hierzulande ermöglichen würde.“

In demselben Interview skizzierte Sigrist auch seine Vorstellung einer regionalen Stabilisierung: „Ein zentralistischer Nationalstaat, wie ihn (der afghanische Präsident Hamid) Karzai, die USA und auch Deutschland für Afghanistan durchfechten wollen,

¹⁰ Christian Sigrist * ley.de/?article=GESCHICHTE_AFGHANISTANS-das_scheitern_der_deutschen_einsatzarmee

ist mit den Paschtunen nicht zu machen, allenfalls ein multi-ethnischer Föderalstaat. Eine Stabilisierung in der Region ist nur möglich, wenn Afghanistan und Pakistan eine föderale Allianz eingehen (...) und die ISAF (die Internationale Schutztruppe in Afghanistan) geordnet den Rückzug antritt.“¹¹ [5]

Über die vielfältigen virulenten und sich stetig verschlechternden Probleme im Lande äußerte sich beispielsweise der *Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)* stellvertretend für zahlreiche in Afghanistan tätige in- wie ausländische Nichtregierungsorganisationen bereits sehr früh. In einem am 2. Oktober 2007 veröffentlichten und in Bonn vorgestellten VENRO-Positionspapier hieß es u.a.:

„Eines der schwerwiegenden Probleme für die Arbeit der NRO resultiert aus dem Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit, das von der Bundesregierung und anderen Regierungen, die im Rahmen von ISAF und OEF engagiert sind, aktiv verfolgt wird. Die Bundesregierung betrachtet das Modell der ‚zivil-militärisch vernetzten Sicherheit‘ und die regionalen zivil-militärischen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams/PRTs) als ‚Erfolgsmodell‘ (...) Aus Sicht der NRO ist nicht nur die Tatsache problematisch, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zusehends in eine engmaschige Kooperation mit der Bundeswehr eintritt, z.B. im Rahmen der sogenannten ‚Provincial Development Funds‘, und dabei ihre Eigenständigkeit zu verlieren droht, sondern auch, dass das Militär, um die ‚Herzen und Köpfe‘ der Menschen zu gewinnen, immer mehr Aufgaben im Bereich Wiederaufbau und humanitärer Hilfe wahrnimmt. Aus der zivil-militärischen Vermischung ergeben sich für NRO, die sich um Neutralität bemühen, seit geraumer Zeit immer größere Gefährdungen. Einige NRO haben in den letzten Jahren ihre Hilfe in Afghanistan unter anderem mit dem Hinweis eingestellt, dass aufgrund der Instrumentalisierung des humanitären Mandats durch das Militär eine unabhängige Hilfe nicht mehr leistbar ist. (...)

In der afghanischen Bevölkerung wird der Kampf gegen den Terror, der von US-Streitkräften und ihrer Verbündeter unter dem Begriff ‚Operation Enduring Freedom‘ geführt wird, aufgrund der hohen zivilen Opferzahlen massiv abgelehnt. Auch bei den Einsätzen der NATO-geführten ISAF-Truppen, die sich immer mehr mit den Aktivitäten von OEF vermischen, werden in jüngster Zeit zunehmend Tote unter der Zivilbevölkerung als „Kollateralschäden“ [sic! – RW] und damit eine Verletzung des humanitären Völkerrechts in Kauf genommen. Der dadurch erlittene Vertrauensverlust bei der afghanischen Bevölkerung wiegt schwer.“

Zu diesem Themenkomplex merkte Peter Becker auf diesen Seiten kürzlich an: „Die Politisierung der humanitären Hilfe erodiere die eigenen Schutzmechanismen der Hilfsorganisationen. Vor allem weise das deutsche PRT den weitaus höchsten militärischen Anteil auf, obgleich es als einziges PRT unter ziviler Beteiligung geführt werde und sich am stärksten auf Aufgaben im zivilen Bereich konzentriere. Ein spezielles Problem liege darin, dass im Einsatzgebiet der Deutschen die größten Mohnanbau-

¹¹ Christian Sigrist * focus.de/politik/ausland/forscher-kein-friede-in-afghanistan-ohne-paschtunen-konflikte_id_1936084.html

... wenn der US-Adler

Gebiete Afghanistans lägen. Die deutsche Haltung dazu sei, dass die Bundeswehr Kundus sichern, die Warlords und deren Drogenhandel aber in Ruhe lassen solle.“¹²

„Gewaltmärkte“ sowie stets wechselnde Allianzen und Korruption in einem Rentierstaat & gescheiterte „Counterinsurgency“

Bernt Glatzer, ebenfalls Ethnologe und intimer Landeskenner Afghanistans, der wie Sigrist ausgedehnte Feldforschungen in dem Land durchführte, wies anlässlich einer Tagung in Berlin im Frühjahr 2006 auf weitere Kurzsichtigkeiten und Defizite im ausländischen Afghanistan-„Engagement“ hin: „Die internationale Zusammenarbeit in Afghanistan findet unter dem Paradigma des ‚Freien Marktes‘ statt. Dem liegt der Glaube an die Allmacht des Marktes zugrunde, der alles regle, auch wenn ein Staat kaum existiert. Mit diesem Konzept rannte man in Afghanistan offene Türen ein: Die afghanische Wirtschaft ist schon seit Jahrhunderten marktorientiert. In Bezug auf den Drogenhandel ist Afghanistan sogar als ein Meister der globalisierten freien Marktwirtschaft anzusehen. Die Betätigungsfelder der Kriegsfürsten und Milizenkommandanten sind regelrechte ‚Gewaltmärkte‘. Ihre Aktionen und Strategien können denn auch am besten marktwirtschaftlich analysiert werden. Allerdings ist die freie Marktwirtschaft in Afghanistan durch eine sehr ungleiche Entwicklung gekennzeichnet – sowohl regional als auch sozial. Das erzeugt Gewinner und Verlierer, wobei Letzter genannte das gesamte System in Frage stellen.“

Über die entsprechend verheerenden Auswirkungen einer solchen Politik – auch und gerade mit Blick auf demokratisch legitimierte Akteure und demokratische Prozesse beziehungsweise deren Initiierung – merkte Glatzer an: „Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt das Modernisierungskonzept ab, weil sie zum einen darin nicht vorfindet und es zum anderen nicht versteht. So wird es nur von den afghanischen Eliten mitgetragen. Ein weiteres Ziel der Modernisierung ist die Etablierung demokratisch legitimierter Institutionen, die die Entwicklung selbst in die Hand nehmen. Die sichtbare Präsenz ausländischer Modernisierer untergräbt dieses Vorhaben. So werden eher sie mit Aktivitäten in Verbindung gebracht als der afghanische Staat. Seine Handlungsmöglichkeiten werden somit überhaupt nicht wahrgenommen. Zudem entsteht bei der Bevölkerung der Eindruck eines ‚modernen‘ Kolonialismus. ‚Die Kuh, die ihre eigene Milch säuft‘ ist noch ein recht freundliches Bild, mit der die Akteure der internationalen Zusammenarbeit betitelt werden.

Bedenklicher dabei ist die Tendenz zu einem Rentierstaat. Das ist ein Staat, der von externer Finanzierung lebt. Er braucht zur Erwirtschaftung der von ihm benötigten Ressourcen seine eigene Bevölkerung nicht. Die Erfahrung zeigt, dass Rentierstaaten nur selten das Potenzial besitzen, auf eigene Füße zu kommen. Diese Entwicklung ist umso gefährlicher, da davon auszugehen ist, dass sich die internationale Gemeinschaft früher oder später aus Afghanistan zurückziehen wird. Was geschieht dann? In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Kontrolle. Gemäß dem allgemeinen

¹² Peter Becker: Die gescheiterte Afghanistan-Mission und die Folgerungen für die Parlamentsbeteiligung – 13. Okt. 2021 * nachdenkseiten.de/?p=76917

Grundsatz ‚wer zahlt kontrolliert‘ wird das Parlament zu hübschem Dekor. Die Kontrolle obliegt jedoch den Gebern. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess.“¹³

Und wo weder eine genuine Partizipation derjenigen garantiert ist, in deren Namen vermeintlich „Entwicklungsvorhaben“ begründet werden, noch demokratisch legitimierte Führungspersönlichkeiten in Erscheinung treten, ist jedwedes Unterfangen von Besatzern, „die Hirne und Herzen der Bevölkerung zu gewinnen“, nolens volens zum Scheitern verurteilt. Dazu merkte 2009 der Politikwissenschaftler und Konfliktforscher Jochen Hippler an: *„Afghanistan ist heute die Nagelprobe für die Fähigkeit der Allianz – und der Streitkräfte ihrer wichtigsten Mitgliedsländer –, sich an die Bedingungen der neuen Einsatzformen zivilmilitärischer Interventionen konzeptionell anzupassen. Eine zweite Herausforderung westlicher Friedens- und Sicherheitspolitik besteht gegenwärtig darin zu lernen, dass Zurückhaltung und Selbstbeschränkung bei militärischen Einsätzen häufig klüger sind, als mit geringer konzeptioneller Klarheit ihre militärische Übermacht dort zum Tragen bringen zu wollen, wo Gewaltkonflikte vor allem politische, ökonomische und gesellschaftliche Reformen erfordern.“*¹⁴

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen „Eliteoffizier“ par excellence. So jedenfalls wählte sich eine Zeitlang Mr. David Howell Petraeus. Ein Mann, der vor allem während der achtjährigen Amtszeit von US-Präsident George W. Bush (Januar 2001 bis Januar 2009) eine glanzvolle Karriere hinlegte – vom gefeierten „Counterinsurgency“-Strategen im Irak, über den Posten des ISAF-Kommandeurs in Afghanistan bis hin zum Direktor der CIA von 2011 bis 2012. In beiden genannten Ländern ist der Name Petraeus bis heute untrennbar verbunden mit der Ausweitung von Bombenangriffen der US-Luftwaffe, die jeweils einen hohen Blutzoll unter der Zivilbevölkerung forderten.

Exgeneral David H. Petraeus wurde bis 2012 vor allem von den US-amerikanischen Leitmedien als Darling unter den Militärs über den grünen Klee gelobt. Bis er wegen einer Affäre mit Paula Broadwell, einer früheren Reserveoffizierin und Biographin des Generals, strauchelte. Petraeus hatte der Dame darüber hinaus Zugang zu vertraulichen Akten und E-Mails verschafft, was ihm nach einem Schuldeingeständnis im April 2015 eine Geldstrafe von 100.000 Dollar und eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung einbrachte. Peanuts für den einstigen Viersternegeneral, der ohnehin seit Mai 2013 in der milliardenschweren Investmentfirma Kohlberg, Kravis Roberts & Co. den dort für ihn maßgeschneiderten Job eines Vorsitzenden des *KKR Global Institute* innehat. Seine „Expertise“ diente der General auch noch Bushs Nachfolger, Präsident Barack Obama,

¹³ Bernt Glatzer: Entwicklungspolitische Diskussionstage 2006. Afghanistan: Entwicklungszusammenarbeit unter Extrembedingungen – Ansprüche, Konzepte und Realität. Dokumentation der Veranstaltung vom 5. April 2006 in Berlin * sle-berlin.de/files/sle/EPDT/2006/EPDT2006_Afghanistan.pdf [hier: S. 5f.]

¹⁴ Jochen Hippler * sicherheit-und-frieden.nomos.de/fileadmin/suf/doc/SuF_09_01.pdf [hier: S. 23]

... wenn der US-Adler

an, dem er allen Ernstes empfahl, in Syrien mit Unterstützung Al-Qaidas gegen den IS vorzugehen.¹⁵

Wer mit jedem Flugzeug- oder Drohnen-Einsatz wissentlich und willentlich weitere „Kollateralschäden“ in Kauf nimmt und in nächtlichen Militäroperationen wie Räuber und Diebe wahllos in Privatquartiere eindringt – zudem mit Hilfe eigens rekrutierter und ausgebildeter „nationaler“ Vasallen, die vielfach noch von ihren eigenen korrupten Vorgesetzten um ihren Sold geprellt wurden – muss sich nicht wundern, dass solche Personen von der Bevölkerung im jeweiligen „Operationsgebiet“ als das wahrgenommen werden, was sie schlichtweg sind – Eindringlinge und Besatzer! Wenn sodann als Gegenreaktion eben diese Bevölkerung nurmehr aus dem Fadenkreuz von Gewehren oder schweren Geschützen wahrgenommen wird, ist spätestens der Zeitpunkt gekommen, wo keinerlei Unterscheidung mehr zwischen Freund und Feind möglich ist. Eine Situation, die GIs während des Vietnamkrieges am häufigsten beklagt hatten.

„ ... dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist“ oder Der Fall Köhler

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler hatte 2010 auf der Rückreise aus Shanghai einen Zwischenstopp in Camp Marmal¹⁶ eingelegt, dem Feldlager der Bundeswehr im afghanischen Mazar-i-Sharif. Es war eine Zeit, da nach dem verheerenden „Kunduz-Zwischenfall“¹⁷ stationierte deutsche Soldaten im Lande immer häufiger in Gefechte verwickelt waren, und es galt, an der „Heimatfront“ für notwendigen

¹⁵ An Anlehnung an das vom US-amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills verfasste und im Jahre 1956 veröffentlichte Buch „The Power Elite“ (deutsch: „Die amerikanische Elite: Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten“), in dem dieser den Aufstieg des Militärs beziehungsweise die Errichtung eines „military establishment“ nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschrieb, prägte US-Präsident Dwight D. Eisenhower zu Beginn der 1960er Jahre den Begriff des „militärisch-industriellen Komplexes“ (MIK). Dieser MIK, dessen Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Wissenschaft seitdem immer dominanter wurde, ist sechs Jahrzehnte später längst um spezialisierte Unternehmen aus den Bereichen IT, Überwachung/Nachrichtendienste, Logistik und „Sicherheitsverwahrung“ (geheime Folterzentren und Gefängnisse in Regie staatlicher Subunternehmer) signifikant erweitert worden.

¹⁶ Camp Marmal – Wikipedia * [e.wikipedia.org/wiki/Camp_Marmal](https://de.wikipedia.org/wiki/Camp_Marmal)

¹⁷ Näheres dazu siehe in: Luftangriff bei Kundus – Wikipedia * [e.wikipedia.org/wiki/Luftangriff_bei_Kundus](https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriff_bei_Kundus) / Georg Klein (General) – Wikipedia * [e.wikipedia.org/wiki/Georg_Klein_\(General\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Klein_(General)) / Außenpolitik: Helmut Schmidt kritisiert Afghanistan-Einsatz | ZEIT ONLINE * [zeit.de/politik/deutschland/2009-09/schmidt-afghanistan?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-09/schmidt-afghanistan?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F) / Rechtsprechung: 3 BJs 6/10 – dejure.org * [ejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Text=3%20BJs%206/10](https://www.dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Text=3%20BJs%206/10) / 2010.02.01. Spiegel II.pdf – Dokument 159.pdf * [server.bundestag.de/btd/17/CD07400/Dokumente/Dokument%20159.pdf](https://www.server.bundestag.de/btd/17/CD07400/Dokumente/Dokument%20159.pdf) / Kunduz-Bombardement: Ein deutsches Verbrechen – DER SPIEGEL * [spiegel.de/spiegel/kunduz-bombardement-ein-deutsches-verbrechen-a-1115445.html](https://www.spiegel.de/spiegel/kunduz-bombardement-ein-deutsches-verbrechen-a-1115445.html) / WP4_2011_final091211.DOC – wp4_2011_final.pdf * [uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/fachbereiche/fb6/fb6/Forschung/ZERP/PDF/Arbeitspapiere/wp4_2011_final.pdf](https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/fachbereiche/fb6/fb6/Forschung/ZERP/PDF/Arbeitspapiere/wp4_2011_final.pdf) & Kritik von BGH-Richtern: Muss der Fall Kundus neu bewertet werden? | tagesschau.de * <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-luftangriff-kundus-101.html> – Als einer der Ersten hatte der Dipl.-Math. Wolf Göhring aus Bonn bereits am 5. September 2009 bei der Staatsanwaltschaft Bonn eine Strafanzeige wegen Mordes und Beihilfe zu Mord gegen Oberst Klein et al. eingereicht.

Rückhalt zu sorgen. Köhler vor der Truppe in Camp Marmal: „Ich verspreche Ihnen, ich werde alles tun, was ich kann, damit in Deutschland gewürdigt wird, was Sie in Afghanistan leisten.“

In einem Interview mit dem Bundespräsidenten, das *Deutschlandradio Kultur* am 22. Mai 2010 um kurz vor acht Uhr ausstrahlte, äußerte sich Köhler nochmals zum Zweck seiner Kurzvisite am Hindukusch, um sodann, neben „Respekt und Anerkennung“ für die dort dienenden Bundeswehrsoldaten einzufordern, zu erklären: „Aus meiner Einschätzung ist es wirklich so: Wir kämpfen dort auch für unsere Sicherheit in Deutschland, wir kämpfen dort im Bündnis mit Alliierten auf der Basis eines Mandats der Vereinten Nationen. Alles das heißt, wir haben Verantwortung. Ich finde es in Ordnung, wenn in Deutschland darüber immer wieder auch skeptisch mit Fragezeichen diskutiert wird. Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden, und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“

Der Bundespräsident befand sich wegen seiner letzten Sentenzen offensichtlich auf dem Holzweg. Bereits wenige Tage später, am 31. Mai 2010, trat er vor die Presse: „Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten – mit sofortiger Wirkung.“ Das „Ungeheuerliche“ bestand darin, dass Köhler öffentlich ausgesprochen hatte, was tunlichst unter der politischen Bettdecke hätte bleiben sollen – dass nämlich die BRD auch und gerade im Ausland knallharte – zuvörderst wirtschaftliche – Interessen verfolgt. Bereits in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 26. November 1992 sowie im Bundeswehr-„Weißbuch“ von 2006 war nachzulesen, dass sich die künftige Verteidigungspolitik „von vitalen Sicherheitsinteressen leiten“ lässt, was die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ betrifft. Die „Sicherheitspolitik Deutschlands“ werde von „dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren“. Dazu gehöre, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern“. Deutschland habe „ein elementares Interesse“ an „einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“.

Déjà-vu oder einst „Tor zum Osten“, heute neue Indo-Pazifik-Leitlinien

Vor reichlich 120 Jahren beanspruchten die sich von einer hemisphärischen Macht zum globalen Imperium mausernden Vereinigten Staaten von Amerika gleichzeitig mit der gewaltsamen Inbesitznahme der Philippinen im Zuge des Amerikanisch-Spanischen Krieges ihren Anspruch darauf, das „Tor zum Osten“ weit aufgestoßen und unmittelbar vor der chinesischen Haustür Fuß gefasst zu haben. Mit der erklärten Aussicht auf das Erschließen der „schier unermesslichen Märkte“ Chinas. Wenngleich die revolutionären Erschütterungen und Umwälzungen „im Reich der Mitte“ diese Pläne durchkreuzten, beanspruchte Washington dennoch während seiner Kolonialherrschaft

... wenn der US-Adler

über die Philippinen (1898 bis 1946) und der kurz darauf einsetzenden Ära des Kalten Krieges das Südchinesische Meer quasi als eines seiner „Hoheitsgewässer“. Eine strategisch überaus bedeutsame Schifffahrtsroute, über die seit Jahrhunderten ein beträchtlicher Teil des internationalen Waren- und Güterverkehrs abgewickelt wurde.

Am 2. September 2020 verabschiedete die Bundesregierung die Indo-Pazifik-Leitlinien und legte damit den neuen Rahmen der deutschen Indo-Pazifik-Politik fest. Die Strategie fußt auf der Erkenntnis, dass die Region in den vergangenen Jahren wesentlich an Bedeutung gewonnen hat. Die Stabilität in der Region ist für die deutsche Sicherheit und Wohlstand angesichts der engen Verflechtungen wichtig: „Als offene, global ausgerichtete Volkswirtschaft sind für Deutschland freie Seehandelswege und maritime Sicherheit von vitaler Bedeutung. Über 20 Prozent des deutschen Handelsaustausches findet im indo-pazifischen Raum statt. Das deutsche Handelsvolumen mit der Region hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelt. Bezogen auf Schiffseigentum und wirtschaftliche Nutzung („Beneficial Ownership“) belegt die deutsche Handelsflotte weltweit Platz 5.“

„Auch vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Bundesregierung, ihr sicherheitspolitisches Engagement im indo-pazifischen Raum in der gesamten Bandbreite einschließlich des maritimen Bereichs auszuweiten. Deutschland ist 2020 dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien von 1976 (Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia) beigetreten. Damit hat sich die Bundesregierung zu einer friedlichen Konfliktlösung und dem Dialog in Südostasien verpflichtet.“

„Die Mehrzahl der Staaten des Indo-Pazifiks weist ein hohes Maß an innerer Stabilität auf. Gleichwohl gibt es eine Reihe regionaler sicherheitspolitischer Risiken und Bedrohungen. Dazu gehören u. a. das nordkoreanische Nuklearwaffen- und Raketenprogramm, ungelöste Territorialfragen sowohl zu Land als auch zu See, Konflikte um natürliche Ressourcen und die sich verschärfenden Gegensätze zwischen China und den USA.“

„Die Konflikte spiegeln sich in steigenden Verteidigungsausgaben in der Region wider – von 2010 bis 2019 um über 50 Prozent, allein im Fall Chinas um 85 Prozent.“¹⁸

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde deshalb die Zusammenarbeit mit der Region in verschiedenen Bereichen vorangetrieben. Zudem setzte sich Deutschland aktiv dafür ein, dass auch auf europäischer Ebene die Indo-Pazifik-Politik in den Fokus rückt, u.a. durch die Formulierung einer eigenen Indo-Pazifik-Strategie. Mit Australien und Japan fanden zudem sicherheits- und außenpolitische Konsultationen statt. Als „aktiven Beitrag zur Stärkung der internationalen Ordnung“ befindet sich aktuell die Fregatte „Bayern“ in australischen Gewässern, um von da aus Japan anzusteuern.¹⁹

¹⁸ Siehe ausführlich in: Leitlinien zum Indo-Pazifik – 200901-indo-pazifik-leitlinien-1-data.pdf * auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien-1-data.pdf [Stand: August 2020 – hier: S. 35] – Siehe dazu ferner: Indo-Pacific Deterrence and the Quad in 2030 > Air University (AU) > Journal of Indo-Pacific Affairs Article Display * airuniversity.af.edu/JIPA/Display/Article/2486944/indo-pacific-deterrence-and-the-quad-in-2030/

¹⁹ Deutsches Kriegsschiff: Fregatte Bayern ankert in Australien * az.net/aktuell/politik/ausland/deutsches-kriegsschiff-fregatte-bayern-ankert-in-australien-

7. Schluss: „Vestigia terrent“ („Die Spuren schrecken ab“) oder: Was nun?

Welche (zumindest vorläufigen) Schlussfolgerungen sind aus alledem zu ziehen?

- Nach dem großen Aufschrei in der zweiten Augushälfte über die Rückkehr der Taliban, dem sich ganz im Sinne eifernder Wendehälse plötzlich auch jene Mainstream-Medien anschlossen, die jahrelang steißtrommelnd für den Krieg am Hindukusch plädiert hatten, ist zumindest ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss einzusetzen, der gegenüber der Öffentlichkeit klipp und klar erklärt, welches Ursachenbündel für das Afghanistan-Debakel und den Tod der 59 Bundeswehrsoldaten verantwortlich war. Ob ein solcher Ausschuss zeitnah seine Arbeit beginnen kann, ist allerdings fraglich. Da dürften sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der LINKEN – füglich Gründe haben, dessen Aufarbeitung hinauszuzögern, zu erschweren oder ein (End-)Ergebnis zu hintertreiben.
- Angesichts des Mitte Oktober vor dem Berliner Reichstagsgebäude inszenierten Großen Zapfenstreichs im Gedenken an den „Afghanistan-Einsatz“ der Bundeswehr und zeitgleich vom Verteidigungsministerium geschalteter Anzeigen mit der Überschrift „Ihr habt Deutschland alle Ehre gemacht“ in mehreren überregionalen Tageszeitungen ist da allerdings größte Skepsis ob einer „Aufarbeitung vergangener Fehler und Versäumnisse“ angebracht.²⁰ Den Tod von 59 Bundeswehrsoldaten während ihres Einsatzes in Afghanistan zu betrauern, gleichzeitig aber über die gewaltige Zahl von zivilen Opfern sowie die angerichteten Verwüstungen und Leiden in Afghanistan zu schweigen, entsprach einem obszönen Schauspiel, das einer post-mortalen Verhöhnung aller Opfer gleichkam.
- Für die bundesdeutsche Friedensbewegung dürfte das Afghanistan-Debakel im Verbund mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und Linken eine Steilvorlage bieten, auf künftigen Treffen, Konferenzen, Symposien und von ihr initiierten Kampagnen alternative friedens- und entwicklungspolitische Zielsetzungen lautstark vorzutragen. Dazu zählen beispielsweise die strikte Zurückweisung, künftig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben, generell weiterhin gegen Bundeswehreinsätze im Ausland zu opponieren und für die Auflösung der NATO als ebenso anachronistischem wie untauglichem Instrument von Konflikt„lösungen“ einzutreten.
- Ignacio Ramonet, von 1991 bis März 2008 Direktor der in Paris erscheinenden Monatszeitung für internationale Politik *Le Monde diplomatique*, sprach in diesem Zusammenhang zu Recht von EU-„Vasallen“ an der Seite der kriegführenden USA anstelle von Verbündeten.

17559102.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 & China begründet Absage an Fregatte Bayern mit mangelndem Vertrauen * faz.net/aktuell/politik/ausland/china-begrundet-absage-an-fregatte-bayern-mit-mangelndem-vertrauen-17541862.html

²⁰ Gedenkakt zum Afghanistan-Einsatz: Dank an die Soldaten – Kritik an den Erwartungen | tagesschau.de * [tagesschau.de * tagesschau.de/inland/bundeswehr-afghanistan-183.html](http://tagesschau.de/inland/bundeswehr-afghanistan-183.html)

... wenn der US-Adler

- Während der letzten Bundestagswahl ließ ausgerechnet die Partei *DIE LINKE* eben solche zentralen Interventionspunkte selbst unberücksichtigt – gewiss *eine* Erklärung für ihr desolates Abschneiden bei diesem Urnengang. Künftig könnte sie, nicht zuletzt um das eigene Profil zu schärfen, mit Blick auf eingeforderte erhöhte „Sicherheitsvorkehrungen“ im internationalen Maßstab strikt auf zivile Sektorhilfen (beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft/Ernährung, (Aus-)Bildung, Gesundheit/Soziales, Kommunikation/Infrastruktur) insistieren und sich dafür stark machen, vergleichbar dem früheren OSZE-Prozess²¹ ähnliche diplomatisch-politisch erfolgverheißende Methoden regionaler Konfliktdeeskalation auf die Agenda zu setzen. Was seit Jahren u.a. ebenso dringlich wie sinnig der geschätzte Kollege Mohssen Massarrat, emeritierter Sozialwissenschaftler und Konfliktforscher der Universität Osnabrück, befürwortet.

- Es sind ja nicht nur mit Blick auf Afghanistan gargantueske Schäden und Leiden zu beklagen. Weitere Länder wie Irak, Syrien, in gewissem Sinne Iran sowie Libyen und zuletzt Jemen bilden die Kette eines herbeigebombten Unheils, die im Zuge des „Krieges gegen den Terror(ismus)“ im Nahen und Mittleren Osten geschmiedet wurde.²²

- Nach Afghanistan tut sich bereits in der von allen Beteiligten nicht eindeutig definierten „Indo-Pazifik-Region“ ein neuer Herd mit reichlich und langfristig wirkendem Konfliktpotenzial auf – Ausdruck eines verschärften innerimperialistischen Ringens um die Vorherrschaft in dieser politisch, wirtschaftlich und militärisch so überaus sensiblen Region. Aus Sicht des „Westens“ steht neben Russophobie ein Eindämmen des Einflusses seitens der VR China im Vordergrund, wo u.a. eine weitere „humanitäre Intervention“ im chinesischen „Wilden Westen“ – im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang – zum „Schutz einer bedrängten Minderheit“ vom Zaun gebrochen werden könnte. Auf Taiwan ist bereits seit gut einem Jahr ein US-amerikanisches Team von Militär-„ausbildern“ präsent.²³

- Für sogenannte „*Whistleblowers*“ – trefflicher wäre es, in diesem Zusammenhang von Aufklärern in bestem Wortsinn zu sprechen – wie Julian Assange, Edward Snowden, Daniel Hale und andere böte sich eine breitestmöglich angelegte Kampagne an, um deren Freilassung (beziehungsweise im Falle von Snowden eine volle Rehabilitierung) zu erwirken. Dies müsste unmittelbar mit der Forderung nach

²¹ OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa | OSCE * [osce.org/de](https://www.osce.org/de)

²² Costs of War Project * watson.brown.edu/costsofwar/ & Papers – 2021 – United States Counterterrorism Operations 2018-2020 | Costs of War * watson.brown.edu/costsofwar/papers/2021/USCounterterrorismOperations

²³ Secret group of US military trainers has been in Taiwan for at least a year | Taiwan | The Guardian * theguardian.com/world/2021/oct/07/taiwan-us-military-trainers-china & Kendall presents unsparing blueprint for confronting China, other threats > U.S. Air Force * [af.mil/News/Article-Display/Article/2781521/kendall-presents-unsparing-blueprint-for-confronting-china-other-threats/](https://www.af.mil/News/Article-Display/Article/2781521/kendall-presents-unsparing-blueprint-for-confronting-china-other-threats/) / Do You Want a New Cold War? – Antiwar.com * antiwar.com/david-vine/2021/10/21/do-you-want-a-new-cold-war/ / Biden’s Ambassador to China Nominee Says Beijing Is the ‘Greatest Threat’ to the US and the ‘Democratic World’ – News From Antiwar.com * antiwar.com/2021/10/20/bidens-ambassador-to-china-nominee-says-beijing-is-the-greatest-threat-to-the-us-and-the-democratic-world

Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo auf Kuba einhergehen. Es ist und bleibt ein ebenso skandalöser wie unerträglicher Zustand, dass die o.g. Personen seit Jahren drangsaliert, verfolgt, gar mit Morddrohungen überzogen werden, während einflussreiche Marketender des Todes und Apologeten von Folter und „Verschwindenlassen“ unbehelligt von jedweder Strafjustiz – vielfach in hochdotierten Positionen im MIK – ihr Leben genießen.

Dieser Essay ist drei langjährigen Freunden und warmherzigen Genossen gewidmet, die – leider zu früh verstorben – als Soziologen und Ethnologen u.a. zu den tiefsten Kennern Afghanistans und Zentralasiens im deutschsprachigen Raum gehörten: Prof. Dr. Christian Sigrist, Dr. Bernt Glatzer und Dr. Hermann-Josef Wald. Zeit ihres Lebens wandten sie sich gegen eine gewaltsame Intervention in Afghanistan und setzten sich aufgrund ihrer umfangreichen Feldforschungen vor Ort strikt für Zivilität und ein vertieftes solidarisches deutsch-afghanisches Verständnis ein.

Eine umfangreiche Liste mit wichtigen Quellen, Literaturhinweisen und weiterführender Lektüre [findet sich hier: http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/211029-R-Werning-NDS_Afghanistan-Teil-2.pdf](http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/211029-R-Werning-NDS_Afghanistan-Teil-2.pdf)

Heiner Karuscheit

Über Marxismus, die Ökonomie der Zeit und Warenproduktion im Sozialismus

Die in den vorigen AzD abgedruckten Diskussionsbeiträge, die sich mit der Frage nach dem Scheitern des Sozialismus auseinandersetzen, geben Gelegenheit, einige der angesprochenen Probleme zu vertiefen. Dabei geht es vorrangig um die Frage nach der Warenproduktion im Sozialismus, die aktuell in der Linken vor allem mit Blick auf die VR China diskutiert wird.

Wenn man sich näher damit beschäftigt, stößt man auf ein tiefergehendes Problem, das den Stellenwert der politischen Ökonomie im Marxismus berührt und letzten Endes in die Frage nach der Essenz der revolutionären Theorie mündet. Beginnen wir, um das zu erläutern, mit dem Begriff vom Kapital, in dem sich das Wesen nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch des Marxismus verbirgt.

1. Der Begriff vom Kapital

In seinem Beitrag über „Sozialismus und Kapital“ kann Sava Djahov mit der Trennung zwischen einfacher (hauptsächlich von Handwerkern und Bauern verrichteter) und kapitalistischer (auf Lohnarbeit beruhender) Warenproduktion nicht viel anfangen. Er schreibt dazu, dass es seit langem nicht nur die einfache Warenproduktion gibt, sondern: „Auch Kapital im Sinne von akkumulierter und vergegenständlichter Arbeitskraft (<tote Arbeit>) gibt es schon seit der Steinzeit.“ (AzD 93, S. 5)

Gegenstände, in denen Arbeitskraft vergegenständlicht ist und die zur Herstellung weiterer Gegenstände dienen (*Produktionsmittel*), gibt es in der Tat seit der Steinzeit: jeder Faustkeil, der zur Herstellung von Pfeilspitzen genutzt wird, stellt ein solches Produktionsmittel dar. Aber damit ist dieser Gegenstand noch kein „Kapital“ – wenigstens nicht, wenn man diesen Begriff in wissenschaftlichem Sinn benutzt, sondern wird dazu nur unter bestimmten historischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

Das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis

„Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist ... Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Es ist ein historisches Produktionsverhältnis.“²⁴ Diese schon früh in der Schrift *Lohnarbeit und Kapital* niedergelegte Erkenntnis brachte Marx in seinem ökonomischen Hauptwerk unter Zitierung des Engländers Wakefield auf den Nenner, dass „*das Kapital nicht eine*

²⁴ MEW 6, S. 407f

*Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“.*²⁵

Geschichtlich kann das Kapital daher nur zusammen mit seinem Widerpart, der freien Lohnarbeit, entstehen. Erst die massenhafte Existenz freier Lohnarbeiter – frei von eigenen Produktionsmitteln wie von feudalen, personalen Bindungen – schafft die Voraussetzung, damit Geldkapital zu produktivem, mehrwertheckenden Kapital, dh. zu Kapital im eigentlichen Sinn, werden kann, und das ist in Europa erst am Ausgang des Mittelalters der Fall.

Aus der elementaren Bestimmung als gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen ergibt sich bereits auf abstrakter Ebene, dass der *Marxismus wesentlich nicht als ökonomische Theorie zu begreifen ist, sondern als eine Theorie der Gesellschaft. Es ist die Gesellschaft bzw. es sind die sie konstituierenden Klassen, aus deren Verhältnis zueinander die Produktionsweise des Kapitals hervorgeht.*

Das bedeutet außerdem, dass die Geschichte sich nicht aus der Abfolge ökonomischer Etappen erklären lässt, wie das etwa die Theorie des Monopolkapitals-Imperialismus für die neuere Geschichte nahegelegt hat, sondern in erster Linie eine *Geschichte von Klassenkämpfen* ist, wie Marx und Engels es im Kommunistischen Manifest formulierten.

Kapital und Krise

Da das Kapital nicht als solches existiert, sondern nur in Form vieler Kapitale, in deren Konkurrenz sich seine innere Natur realisiert, stellt sich erst beim Verkauf auf dem Markt heraus, welche Ware die jeweils erforderliche gesellschaftliche Durchschnittsarbeit repräsentiert und welche Waren demgegenüber überflüssige Arbeit enthalten.

Getrieben durch den Zwang zur Verwertung des Werts erwachsen aus der Konkurrenz der Kapitale periodisch wiederkehrende Überproduktionskrisen, die ihr jeweiliges Ende erst finden, wenn genügend Kapital vernichtet worden ist. Die Krisen können in Reichweite und Verlauf variieren und durch politische Eingriffe beeinflusst, aber nicht aufgehoben werden. Seit die US-Regierung Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit der Golddeckung des Dollars das System von Bretton Woods beendete, hat das Gold aufgehört, als allgemeines Maß der Werte zu dienen und existiert kein materieller Fixpunkt für das globale Währungssystem mehr. Ohne Bindung an das Gold konnten die Notenbanken seither nach Belieben Geld emittieren, haben sich die Finanzmärkte von der Produktionswirtschaft entkoppelt und ist seit der Finanzkrise 2008 die Staatsschuld in einem Umfang gewachsen, dass das zinstragende Kapital seine produktive Grundlage um ein Vielfaches übersteigt. Die nächste Krise wird umso

²⁵ MEW 23, S. 793; Hervorhebung von mir; HK

Marxismus und Ökonomie der Zeit

mehr zu bereinigen haben, damit an ihrem Ende der Akkumulationsprozess wieder in Gang kommen kann.

Will der Mensch das blinde Wirken der ökonomischen Gesetze aufheben und die Bedingungen seines Daseins selber gestalten, muss die Gesellschaft die Herrschaft über die Produktion übernehmen und diese ihren Bedürfnissen entsprechend planmäßig organisieren. Dafür ist Voraussetzung die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. „die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches“, wie Marx am Ende des „Kapitals“ bemerkte.

Gesellschaftliche Produktion und die Ökonomie der Zeit

Im „Anti-Dühring“ schrieb Engels zu diesem Übergang: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. ... Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten >Werts<“.

Was Engels hier benennt, ist der Umgang mit der „Ökonomie der Zeit“, die ein selbstverständlicher Maßstab nicht nur der gemeinschaftlichen Produktion freiwillig assoziierter Produzenten ist, sondern jedweder Ökonomie überhaupt, was Marx in die Worte fasste: „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion.“²⁶

²⁶ Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 105

2. Die Planwirtschaft der DDR

Inwiefern war nun die Planwirtschaft der DDR in der Lage, die „Ökonomie der Zeit“ zu realisieren? Anders, als Engels im „Anti-Dühring“ meinte, war es nicht gerade einfach, die erforderlichen Berechnungen vorzunehmen, um die in der Produktion aufgewendete Arbeit nach Qualität und Quantität zu veranschlagen. Doch letztendlich war die Staatliche Plankommission der DDR (SPK) immer besser dazu in der Lage und wurde zum zentralen Planungs- und Steuerungsinstrument der staatlichen Wirtschaft.²⁷ Sie hatte „den Zugang zu allen Primärdaten ... das war kein Problem. (...) Insofern war das Datennetz schon ordentlich aufgebaut. (...) Wir wussten schon, was in der Wirtschaft los war.“²⁸

Aufgrund der gemessenen Arbeitsaufwendungen hatte sie den Überblick, wo und in welchem Umfang die im Endverkauf verlangten Verbraucherpreise nicht der Realität entsprachen, sondern vom Staat künstlich niedrig gehalten wurden. So war bekannt, wie rasant der Anteil der Subventionen an den verbrauchswirksamen Ausgaben der Bevölkerung anstieg, nämlich von 10% (1971) über 16% (1982) auf knapp 22% (1988).²⁹ Dabei waren die Mietpreisstützungen in diesen Berechnungen noch gar nicht enthalten.

Das Problem lag also nicht in dem vorhandenen Zahlenmaterial, sondern in dem Umgang der Politik damit, weshalb die Ökonomie der Zeit missachtet, Statistiken geschönt und Informationen gefiltert wurden. So diente die Verbilligung des privaten Konsums dazu, eine Arbeitsbevölkerung ruhig zu stellen, die ohne einen sozialistischen „Gesellschaftsvertrag“ dem Staat distanziert gegenüberstand. Hinzu traten überproportional hohe unproduktive Ausgaben einerseits für die Rüstung, die vom Warschauer Pakt verlangt wurde, andererseits für den Sicherheitsapparat zur Niederhaltung und Kontrolle einer anwachsenden Opposition.

Die Achillesferse der DDR-Ökonomie

Über diese unproduktiven Belastungen hinaus war die Achillesferse der DDR-Ökonomie die Produktivitätsentwicklung als solche, die mit Ausnahme weniger Jahre nie die vorgegebenen Planziele erreichte, so dass die DDR im Vergleich mit der BRD immer weiter zurückfiel. Aus diesem Grund haben sich einige ehemalige SED-Ökonomen der marktwirtschaftlichen Kritik an der Planwirtschaft angeschlossen und

²⁷ vgl. Hoffmann 2016. Die Beiträge in dem Werk über die Wirtschaftsverwaltung in der DDR stammen von Anhängern der Marktwirtschaft und sind entsprechend kritisch geschrieben, aber die Autoren bemühen sich in der Regel um eine objektive Darstellung und geben einen umfassenden Überblick über den Apparat und die Funktionsweise der DDR-Planwirtschaft.

²⁸ Wolfgang Rauchfuß: Die Unbeweglichkeit wurde immer größer; in: Pirker u.a.: Der Plan als Befehl und Fiktion, S. S.176f. Rauchfuß war von 1965-1989 Minister für Materialwirtschaft und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats.

²⁹ Dierk Hoffmann: Lebensstandard und Konsumpolitik; in: Hoffmann, S.501

Marxismus und Ökonomie der Zeit

vertreten in unterschiedlicher Nuancierung, dass im Verhältnis von „Plan“ und „Markt“ ein künftiger Sozialismus „marktbasiert“ sein müsse.

Zwei davon sind Klaus Steinitz und Dieter Walter, beides Wirtschaftswissenschaftler aus der Staatlichen Plankommission der DDR. Sie sehen es heute als grundlegenden Konstruktionsfehler der Planwirtschaft an, dass „die objektiv notwendige Funktion des Markts für die Anerkennung der verausgabten Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit ... faktisch negiert“ wird.³⁰ Die Kritik besagt, dass die Planwirtschaft prinzipiell außerstande ist, auf dem Weg über die Messung des Arbeitsaufwands eine kontinuierliche Reduzierung der im gesellschaftlichen Durchschnitt für die Herstellung der Produkte notwendigen Arbeitszeit herbeizuführen. Ihrer Auffassung nach kann dies nur der „Markt“, sprich die Konkurrenz leisten, indem die unabhängig voneinander operierenden Kapitale durch ihre Konkurrenz für die stetige Verwohlfeinerung der Waren sorgen und so die Produktivität vorantreiben. Dazu gehört, dass auch die Arbeitskraft (wieder) als Ware fungieren muss.

Marx entwickelte im „Kapital“, dass im Kapitalismus die Wertbestimmung der Waren „hinter dem Rücken der Produzenten“ erfolgt³¹ und in der Herrschaft des Werts über den Gebrauchswert die Herrschaft des Mehrwerts bzw. seiner Erscheinungsform, des Profits, steckt. Die von ihm gezogene Konsequenz war bzw. ist, dass die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzen muss, um die Produktion bewusst zu planen und nicht länger anonyme ökonomische Gesetze über ihr Schicksal entscheiden zu lassen. Ohne sich offen dazu zu bekennen, haben die Ex-SED-Ökonomen vollständig mit dem Marxismus gebrochen.

Ein unlösbarer Widerspruch

Ihre Vorschläge entspringen den Erfahrungen mit dem Scheitern der Planwirtschaft in der DDR, dessen Ursachen sie auf ökonomischer Ebene durch eine Rückkehr zu kapitalistischer Produktionsweise beheben wollen. Diese Kritik negiert, dass die mangelnde Produktivität nicht in erster Linie aus der Planwirtschaft resultierte, sondern eine Folge der fehlenden Leistungsbereitschaft der Arbeitsbevölkerung war und historisch-gesellschaftliche Ursachen hatte.

1952 war der Sozialismus über die Köpfe der Arbeiter hinweg eingeführt worden und am 17. Juni 1953 war ihr Aufstand gegen die SED-Herrschaft militärisch niedergeschlagen worden. Unter diesen Umständen waren sie nicht bereit, sich für den Aufbau des Sozialismus zu engagieren und hielten an dieser Einstellung die gesamte Geschichte der DDR hindurch fest.³²

³⁰ Steinitz/Walter S.25

³¹ MEW 23, S.59

³² Karuscheit 2021

Auf der anderen Seite schreckte die SED seit dem 17. Juni vor weiteren Eingriffen in die Arbeitsverhältnisse gegen den Willen der Produzentenklasse zurück, nachdem 1953 eine Normerhöhung den Arbeiteraufstand ausgelöst hatte. „Seit den Streiks und Unruhen 1953 hatte sich in der Arbeiterschaft das Gefühl ihrer strukturellen Macht verfestigt“.³³ Zwar versuchte die Staatsführung mehrfach, das Leistungsprinzip in der Produktion umzusetzen bzw. die vorhandenen Regelungen weiterzuentwickeln. Doch sobald der Staatssicherheitsdienst in den Betriebsbelegschaften Anzeichen von Unzufriedenheit meldete, wurden diese Versuche in Erinnerung an den 17. Juni abgeblasen.

Da aber die entscheidende Produktivkraft der Mensch ist, stand die SED-Führung als Resultat ihrer eigenen Politik vor einem unlösbaren Widerspruch: Freiwillig war die arbeitende Klasse nicht bereit, mehr als das Notwendige für die ihr aufgezwungene Ordnung zu tun, und gleichzeitig verfügte der Staat nicht über das Druckmittel der Arbeitslosigkeit, mit dem das Kapital die Leistungsbereitschaft der von ihm bezahlten Arbeiter erzwingen kann. Deshalb blieb nur der Appell an die sozialistische Arbeitsmoral, der bei einer Minderheit fruchten mochte, aber bei der Masse der Arbeiterschaft wirkungslos blieb.

Versagen des politischen Systems

So scheiterte auch das „Neue Ökonomische System“ (NÖS), das durch die Einführung von Marktelementen die Leistungsbereitschaft und Produktivität steigern sollte. „Einer der Grundgedanken des NÖS war, dass unbedingt das Leistungsprinzip verwirklicht werden und dass der Gleichmacherei der Kampf angesagt werden müsse.“³⁴ Als daraufhin einige bevorzugte Industriezweige zwar hohe Zuwächse erzielten, es in der restlichen Wirtschaft aber Liefer- und Versorgungsprobleme gab und die Stasi wachsenden Unmut in der Arbeiterschaft meldete, kippten die Mehrheiten im ZK und zwangen unter Honeckers Führung Ulbricht zum Rücktritt.

Anschließend versuchte die Honecker-Regierung, die Unterstützung der Arbeiterschaft durch den Ausbau sozialpolitischer Leistungen zu sichern, so neben der fortgesetzten Subventionierung von Lebensmitteln durch den massenhaften Neubau von Wohnungen und ihre Vermietung weit unterhalb der Erhaltungskosten. Die Konsequenz war, dass die Werktätigen einen immer größeren Anteil ihres Realeinkommens in Form von Transferleistungen aus den gesellschaftlichen Fonds erhielten, womit gleichzeitig der an die Arbeitsleistung gekoppelte Lohn relativ sank und die Produktivität weiter zurückging.³⁵

³³ Niemann, S.569

³⁴ Helmut Koziolk: Die DDR war eine Hauswirtschaft; in: Pirker, S.266. Koziolk war Professor für Politische Ökonomie und von 1965-1989 Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung.

³⁵ Marcel Boldorf: Planwirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik; in: Hoffmann, S.212f

Marxismus und Ökonomie der Zeit

In einem neuerlichen Anlauf, dem Leistungsprinzip Geltung zu verschaffen, versuchte die SED 1976, das Tarifsysteem zu reformieren, gab das Vorhaben jedoch sofort wieder auf, als es in den Betrieben Unmutsbekundungen gab. Aus Angst vor einer politischen Destabilisierung scheiterte auch das Vorhaben, die ausufernden Subventionen im Konsum- Bereich zu reduzieren und die Verbraucherpreise zu erhöhen. Honecker bemerkte dazu: „dann kann gleich das Politbüro zurücktreten und die Regierung auch.“³⁶ Stattdessen rechnete man die Statistik schön, nahm Schulden im Westen auf und marschierte sehenden Auges in den Abgrund.

Als entscheidende Ursache für das Scheitern der Tarifreform 1976 nennt Jörg Rosler das „nicht bzw. nicht mehr intakte Verhältnis der SED-Führung zu ‚ihren‘ Werktätigen“, und resümiert, dass das Ende des Sozialismus „auf das Versagen des politischen Systems der DDR zurückzuführen“ sei.³⁷ Gleichlautend erklärte der langjährige DDR-Minister Rauchfuß die DDR für „gescheitert, weil das System im Grunde genommen, so paradox das klingen mag, vom Volk gar nicht angenommen wurde. Das muss ich letztlich akzeptieren.“³⁸ In der Tat ist hier der letzte Grund für das Scheitern zu finden: Der entscheidende Grund für den Niedergang des DDR-Sozialismus ist nicht in seinen ökonomischen Mängeln zu finden. Vielmehr resultierten die ökonomischen Mängel daraus, dass „das System“ vom Volk nicht angenommen wurde, weil es sich auf keinen „contrat social“ mit der arbeitenden Klasse stützen konnte und deren Mehrheit in Betrieb und Gesellschaft sich den Anforderungen der SED verweigerte.

3. Ökonomiedebatten

Um das gestellte Thema zu vertiefen, wollen wir noch einmal an den Anfang der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgehen, als sowohl in der UdSSR als auch der DDR eine grundlegende Weichenstellung erfolgte, die das Schicksal beider Staaten bestimmen sollte. Dazu wurde einiges bereits in den AZD 92 gesagt, unter der Fragestellung der Warenproduktion im Sozialismus lohnt es sich jedoch, darauf noch einmal zurück zu kommen.

Genossenschaftliche Warenproduktion im Konsumbereich

In seiner Schrift über „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ umriss Stalin u.a. die Struktur der Volkswirtschaft und schrieb, dass „die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozess notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden“.³⁹ Nach diesen Worten fand also im

³⁶ nach Hoffmann: Lebensstandard und Konsumpolitik; in: Hoffmann, S.504

³⁷ Zeitschrift „Z“ Nr 119 (2019), S.121

³⁸ Wolfgang Rauchfuß in: Pirker u.a., S.187. Rauchfuß nennt diese Erkenntnis „paradox“, weil in der Logik seines Marxismusverständnisses bzw. in der Logik der SED-Ideologie die Arbeiterschaft per se für den Sozialismus zu sein hatte. Im Unterschied zu anderen war er allerdings bereit, die Tatsache anzuerkennen, dass die Arbeiter in der Realität das System ablehnten, so „paradox“ das für ihn auch war.

³⁹ Ökonomische Probleme, S.18ff

Konsumgütersektor überwiegend Warenproduktion stattfand, was der Autor bekräftigte, indem er darauf hinwies, dass mit der Warenproduktion und -zirkulation auch die entsprechende „Geldwirtschaft“ korrespondieren müsse.

Hauptsächlich betraf dies die Nahrungsmittelherstellung und damit das Verhältnis zur Bauernschaft, die noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachte.

Die Hauptträger dieser Warenproduktion waren keine individuellen Produzenten, sondern Genossenschaften, wie Stalin bemerkte. Auf dem Land waren dies die Kolchosen = Kollektivwirtschaften, die als Fortsetzung der russischen Dorfgemeinden ihr Agrarprodukt in Warenform als selbständige Erzeuger herstellten und dem Staat verkauften.⁴⁰ Jedoch beschränkte sich die zitierte Aussage nicht auf die Agrarproduktion, sondern bezog sich auf *alle* für die Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen „Gegenstände des persönlichen Bedarfs“, umfasste also auch die nichtagrarischen Konsumgüter, die Stalin zufolge als Waren hergestellt wurden.

Wie auf dem Land wurde auch die industriell-handwerkliche Konsumgüterproduktion wesentlich von Genossenschaften vorgenommen, was Djahov hervorgehoben hat. Das war eine andere Produktionsstruktur als im Westen, die möglicherweise mit der russischen Obscina-Tradition zusammenhing, was aber am Charakter der Produktionsweise nichts änderte.⁴¹ Wenn wir Stalins Ausführungen zum Nennwert nehmen, müssen wir also davon ausgehen, dass der Gesamtbereich der Konsumgüterproduktion marktmäßig stattfand, weshalb Stalin auch betonte, dass hier das Wertgesetz die Produktion regulieren würde.

Staatlicher Produktionsmittelsektor

Dem warenproduzierenden, privatwirtschaftlich strukturierten Sektor der Volkswirtschaft stellte die Schrift den Produktionsmittelsektor gegenüber, der vom Staat organisiert wurde. Im Gegensatz zum Konsumgüterbereich sei hier das Wertgesetz nicht Regulator der Produktion, sondern würde der Staat die „Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen“ vornehmen; über die Investitionen wurde also unabhängig von der Rentabilität gemäß der gesellschaftlichen Entwicklungsplanung entschieden. Doch müsse auch hier das Wertgesetz insoweit berücksichtigt werden, als die für die Herstellung der Produktionsmittel aufgewendete Arbeit genau berechnet werden müsste.

Stalin verwendete den Begriff nicht, aber damit war die oben angesprochene „Ökonomie der Zeit“ gemeint. Hierzu warf er den sowjetischen Ökonomen vor, dass sie in der Mehrzahl die Wertberechnung ignorierten. Anstatt sich um die „wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten“ zu kümmern, würden sie

⁴⁰ Zu den Produktionsverhältnissen auf dem Land Karuscheit/Schröder, S.197ff

⁴¹ Leider konnte der Autor keine brauchbare Untersuchung zur Struktur der sowjetischen Volkswirtschaft unter der hier aufgeworfenen Fragestellung ausfindig machen.

sich „mit Geschwätz über aus der Luft gegriffene >schätzungsweise Angaben<“ begnügen. Zur Illustration führte er aus, dass nach ihren Vorschlägen der Preis für eine dem Staat gelieferte (verkaufte) Tonne Baumwolle der gleiche sein sollte wie für eine Tonne Getreide und der Preis dafür wiederum einer Tonne Brot entsprechen sollte, obwohl die für die Herstellung jeweils notwendige Arbeit ganz unterschiedlich war.⁴²

Als Schlussfolgerung aus seinen Ausführungen wandte sich Stalin (vergeblich) gegen die verbreiteten Kommunismustendenzen in der Partei, die nach seinem Tod zur Geltung kamen, als der linke Parteiflügel mit Chruschtschow an der Spitze die Macht übernahm. Die jetzt eingeleitete Politik bedeutete neben einer Rückführung des Leistungsprinzips nicht nur die Einleitung eines „Neulandprogramms“ zur Lösung der Agrarfrage, um an der existierenden Bauernschaft vorbei durch riesenhafte Staatsfarmen die staatliche Basis für den Übergang zum Kommunismus zu legen. Sie bedeutete auch die Verstaatlichung der handwerklich-industriellen Konsumgüterproduktion, was Djahov hervorgehoben hat, illustriert durch eine Karikatur aus der Satirezeitschrift *Krokodil*.⁴³

Behrens und der DDR-Sozialismus

Parallel zur Kommunismuskussion in der Sowjetunion fand in der DDR der Übergang zum Sozialismus statt. Ökonomisch legitimiert wurde er u.a. von dem Polit-ökonom und Statistiker Fritz (Friedrich) Behrens, damals einer der anerkanntesten Wirtschaftswissenschaftler und zeitweise Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Er ist deswegen von besonderem Interesse, weil sich viele der heutigen SED-Ökonomiekritiker auf ihn berufen, und zwar nicht auf den „frühen“ Behrens, sondern auf den „späten“.

In den Anfangsjahren der DDR war Behrens, in der Tradition der Bebel-Kautsky-schen SPD stehend, von der historischen Determiniertheit des Sozialismus aufgrund der Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie genauso überzeugt wie die gesamte Parteiführung der SED. Dazu gehörte der Glaube an die unbedingte Überlegenheit der Planwirtschaft, die durch die Verstaatlichung der Betriebe die Produktivkräfte aus den Fesseln

⁴² Ökonomische Probleme S.20f. Angesichts dieses Textes ist schwer verständlich, wieso der langjährige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, Stalin eine Tonnenideologie vorwirft und behauptet, die „Ökonomischen Probleme“ hätten wegen ihrer Fixierung auf eine „Übergangsperiode zum Kommunismus“ die „Wertseite“ nicht berücksichtigt. (Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel: „Wir waren die Rechner, immer verpönt“, in: Pirker u.a.: Der Plan als Befehl und Fiktion, S.97)

⁴³ AzD 93, S.9. In der DDR ließ Honecker nach dem Abbruch des NÖS den Großteil der noch existierenden selbständigen Handwerks- und Industriebetriebe verstaatlichen. Schürer kommentierte dies 1993 so: „nicht die Plankommission hat 300 Konsumgüterpositionen zentral planen wollen; das wurde von uns verlangt, nachdem die halbstaatlichen Betriebe volkseigen geworden waren und dort die Initiative auf einmal auf dem Konsumgütermarkt weg war.“ (ebd, S.77)

des Kapitals befreien und zum Sprudeln bringen würde. Die Stellung des realen Proletariats spielte in diesem Denken keine maßgebliche Rolle.

Als überzeugter Kommunist voller Begeisterung, den Sozialismus in der DDR aufbauen zu können, referierte er im November 1952 in einem langen Vortrag an der Universität Leipzig vor einigen hundert Wissenschaftlern über Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, um damit den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu begründen. Den roten Faden seines Referats bildete die Behauptung, dass in der UdSSR „die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus erfüllt“ sei und sich gegenwärtig „immer deutlicher ... die Konturen des Kommunismus, die Ökonomik des Überflusses“ abzeichneten. Wenn jedoch in der UdSSR der Übergang zum Kommunismus auf der Tagesordnung stand, war nach der Logik dieses Gedankengangs der Aufbau des Sozialismus in der DDR überfällig.

Obwohl Stalin explizit von noch vielen Generationen gesprochen hatte, bis die Gesellschaft an den Kommunismus denken könne, erklärte Behrens seine Schrift zu einem „Aktionsprogramm“ für den Aufbau des Kommunismus und verkündete in dem Zusammenhang, dass der Sieg des Sozialismus über den „in Todeskämpfen sich windenden Kapitalismus auf der ganzen Erde in greifbare Nähe gerückt“ sei. Noch vor Ende des Jahrhunderts würde dieser „nur noch von Historikern studiert werden ... Die Völker selbst werden ihn vergessen haben.“⁴⁴ Während er auf diese Weise den Sinn der Ausführungen ins Gegenteil verkehrte, pries er gleichzeitig die Genialität des Textes und seines Autors.

Eine spätere Abrechnung

Weil Behrens' Spezialgebiet die Arbeitsproduktivität war, gilt er als Vordenker des »Neuen ökonomischen Systems« der 60er Jahre.⁴⁵ Er selber entfernte sich immer weiter von der SED und seinen früheren Positionen, wurde Ende der 50er Jahre wegen „Revisionismus“ kritisiert und bald darauf kaltgestellt.

In einer Reihe von Manuskripten aus den 1970er Jahren, die erst Anfang der 1990er Jahre posthum erscheinen konnten, rechnete er mit der SED ab und warf ihr u.a. vor, mit administrativen Zwangsmethoden einen bürokratischen Obrigkeitsstaat errichtet zu haben. Als Alternative zur SED-Herrschaft trat er für eine sozialistische Produzentendemokratie ein, die auf genossenschaftlich organisierten, selbstverwalteten Betrieben basieren sollte, und plädierte für eine Verbindung des Marxismus mit dem Anarchismus, um das erneute Entstehen einer Bürokratie zu verhindern. Marx und Engels unterstellte er, sie hätten einem Denken Vorschub geleistet, wonach die Geschichte wie

⁴⁴ Ökonomische Probleme S.97f, 123, 140ff

⁴⁵ Hierzu Jörg Roesler: Demokratische und technokratische Wirtschaftsreformer in der DDR. Die politischen Schicksale von Fritz Behrens und Wolfgang Berger; in: WeltTrends Nr.18/1998, S.115ff = https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/1054/file/18_sp_roesler.pdf

Marxismus und Ökonomie der Zeit

ein Naturprozess ablaufe, in dessen blindem Geschehen das Handeln der Menschen kausal determiniert sei; es gebe aber kein historisches Gesetz, das zwingend zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus führen würde.⁴⁶

Die vorgebrachte Kritik stellt in vielen Punkten eine zutreffende Abrechnung mit dem SED-Bürokratismus dar, der eine unvermeidliche Folge der fehlenden gesellschaftlichen Fundierung des DDR-Sozialismus war. Aber mit den Gründen für diese Entwicklung beschäftigte Behrens sich nicht näher. Er begriff nicht, dass die Politik der SED auf dem von Kautsky und Bebel geprägten mechanisch-ökonomistischen Revolutionsverständnis der II. Internationale beruhte, mit dem die KPD-SED nie abgerechnet hatte und das er anfangs selber geteilt hatte. Stattdessen suchte er den Fehler bei Marx und Engels, obwohl diese sich stets gegen eine deterministische Interpretation ihrer Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zur Wehr gesetzt hatten.⁴⁷

Seinen eigenen Beitrag zu der Sozialismuseinführung 1952 thematisierte er nicht. Während er seinerzeit die Genialität Stalins gepriesen hatte, schrieb er jetzt alle Fehlentwicklungen dem „Stalinismus“ zu.

4. Für eine freie Assoziation der Produzenten

Bei ihrem Erscheinen 1952 mit Lobeshymnen überschüttet, landete Stalins Schrift über „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ wenige Jahre später, nachdem der Autor zur „persona non grata“ erklärt worden war, auf dem Index der verbotenen Bücher und hat die Schmutzdecke bis heute nicht verlassen.

Wäre es nach mehreren Jahrzehnten nicht an der Zeit, sich unvoreingenommen mit dem Text auseinanderzusetzen? Schließlich wurden seinerzeit mit den Themen von Warenproduktion und Wertgesetz, Plan und Markt dieselben Fragen aufgeworfen, die uns gegenwärtig wieder begegnen. Sollte man nicht darauf eingehen, wenn man heute über das Verhältnis von Plan und Markt im Sozialismus schreibt? Man muss ja nicht die blutigen Säuberungen der 30er Jahre befürworten und zum Stalin-Verehrer werden – aber was besagte es, dass Stalin den gesamten Konsumgüterbereich der Warenproduktion zuordnete? Und wäre es nicht aufschlussreich, über die seinerzeitigen Kontroversen hinaus die Realität der sowjetischen Wirtschaftspolitik der damaligen Zeit zu untersuchen, darin eingeschlossen die Veränderungen, die mit der Kommunismuspolitik in den 50er Jahren einher gingen?

Aber obwohl der Sowjetstaat inzwischen ebenso wie die DDR Geschichte geworden ist, greift keiner der hier erwähnten Autoren die Debatte Anfang der 50er Jahre auf. Mancher Kirchenbann wirkt offenkundig über den Untergang der Heiligen Inquisition hinaus ...

⁴⁶ Behrens 1992; nach den Beiträgen anderer Autoren zu Behrens finden sich ab S. 147 seine Originalmanuskripte.

⁴⁷ vgl. AzD 92, S.46

Vom Determinismus zur Marktwirtschaft

In seiner jüngst erschienenen Geschichte der SED bekennt sich der SED-Historiker Niemann zu demselben deterministischen Geschichtsverständnis, das die SED-Führung dazu brachte, 1952 den Sozialismus als notwendige Folge ökonomisch-historischer Gesetzmäßigkeiten einzuführen und von dem Behrens sich später distanzierte. Von diesem Ansatz aus rechtfertigt er den Umgang der SED mit der Arbeiterschaft noch im Nachhinein unter Berufung auf den Philosophen Peter Sloterdijk, weil bei „unreifen Populationen“ auch „extreme Erziehungsdiktaturen“ notwendig seien, um das historisch vorgegebene Ziel zu erreichen.⁴⁸

Dieses autoritäre Politikverständnis teilen die Ex-SED-Ökonomen nicht. Sie argumentieren nicht auf der Ebene von Gesellschaft und Politik, sondern befassen sich nur ökonomisch mit der DDR. Auf dieser Ebene sind ihre Schlussfolgerungen unvermeidlich: nachdem die Planwirtschaft versagt hat, soll es jetzt der Markt richten. Wollten die einen durch den offenen Zwang der Staatsmacht zum Sozialismus gelangen, streben die anderen dieses Ziel durch den stummen Zwang der kapitalistischen Ökonomie an.

Jenseits dieser Unterschiede weisen beide Varianten eine charakteristische Gemeinsamkeit auf: So wie die SED 1952/53 glaubte, den Sozialismus aufbauen zu können, ohne nach der Überzeugung und Bereitschaft des realen Proletariats zu fragen, ist auch für die Kritiker die arbeitende Klasse nur eine Staffage. Sie wird nicht als Subjekt des Handelns und Trägerin einer neuen Gesellschaftsordnung begriffen, sondern als unmündige Adressatin der eigenen Theorie.

Eine freie Assoziation der Produzenten

Eingangs haben wir mit Marx festgestellt, dass das Kapital keine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen, weshalb der Marxismus auch wesentlich nicht als Lehre von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu begreifen ist, sondern als Gesellschaftstheorie, deren Gegenstand die bürgerlich-kapitalistische Sozialordnung ist, mit dem Ziel, an deren Stelle eine Gesellschaft ohne Klassen zu errichten.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die arbeitende Klasse nicht nur die Staatsmacht erobern. Sie muss sich zugleich in den Stand setzen, den bis dato vom Kapital organisierten Gesamtproduktionsprozess der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen, um die Produktion gemäß der Ökonomie der Zeit zu organisieren und die ersten Schritte zu einer kommunistischen Gesellschaft zu machen. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um

⁴⁸ Niemann 2020, S. 11, 730; hierzu die Rezension in AzD 92, S.46ff

Marxismus und Ökonomie der Zeit

seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Notwendigkeit, weil die Bedürfnisse [sich erweitern]; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ (MEW 25, S.828)

Welche Gestalt die zukünftige freie Assoziation der Produzenten annehmen wird, in welchen Formen die gemeinschaftliche Produktion zu organisieren ist und in welchen Bereichen und in welchem Umfang sinnvoller Weise noch Warenproduktion stattfinden sollte, wird die Zukunft zeigen. Eines allerdings bleibt festzuhalten: Die Befreiung der Arbeiterklasse von der Herrschaft der Bourgeoisie wie von den Hinterlassenschaften der alten Gesellschaft kann auf jeder Stufe der Entwicklung nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.

Literatur

Behrens, Fritz (Friedrich): »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...« Texte von und über Fritz Behrens, hrsg von Günter Krause und Dieter Janke; VSA: Hamburg 2010 = www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Behrens_Marxist_Inhalt.pdf

Hoffmann, Dierck (Hrsg): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis = Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917-1990, Band 3; de Gruyter: Berlin-Boston 2016

Karuscheit, Heiner: Sozialismus ohne Basis. Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR; Verlag am Park: Berlin 2021

Karuscheit, Heiner und **Schröder, Alfred**: Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus. Aufsätze über die Klassenkräfte an den Wendepunkten der russisch-sowjetischen Geschichte; VTK: o.O. 1993

Niemann, Horst: Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch; Verlag am Park: Berlin 2020

Ökonomische Probleme des Sozialismus: Texte von Josef Stalin, Fritz Behrens, Jürgen Kuczynski und G.M. Malenkov = Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus, Band 1; Zusammenstellung Roter Druckstock, Frankfurt/M. 1972

Pirker, Theo / Lepsius, M.Rainer / Weinert, Rainer / Hertle, Hans-Hermann: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen; Westdeutscher Verlag: Opladen 1995

Steinitz, Klaus / Walter, Dieter: Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen; VSA: Hamburg 2014 = www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Steinitz-Walter-Plan-Markt-Demokratie.pdf

Heiner Karuscheit

Das Ende des DDR-Sozialismus

(überarbeitetes Referat vom 11. Februar 2022 im Marx-Engels-Zentrum Berlin)

1. Sowjetische Deutschlandpolitik

Wenn man sich mit der Entwicklung des Sozialismus in der DDR beschäftigt, ist es unvermeidlich, mit der sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945 zu beginnen.

Zum Umgang mit dem besiegten Deutschland gab es in der sowjetischen Führung wesentlich zwei unterschiedliche Positionen (die uns auch in den kommenden Jahren noch begegnen werden). Die eine Richtung wollte im Schwung des Sieges über den Faschismus zu einer sofortigen Sozialismuspolitik übergehen.

Dagegen hielt die andere Richtung mit Stalin an der Spitze eine solche Politik für verfrüht bzw. verfehlt. Stalin hatte bereits den Krieg gegen den Überfall Nazi-Deutschlands als „Großen Vaterländischen“ geführt, d.h. als nationalen Verteidigungskrieg und nicht als „sozialistischen“ Krieg (was andere Teile der sowjetischen Führung wollten). Dieselbe Zurückhaltung legte er auch gegenüber dem besiegten Deutschland an den Tag, was sich im Umgang mit der KPD zeigte.

2. KPD-SED

Diese KPD taucht nach 12 Jahren und schweren Verlusten 1945 wieder aus der Illegalität auf - und dabei knüpft die Masse ihrer in Deutschland gebliebenen Mitglieder wieder dort an, wo man 1933 aufgehört hat. D.h. man will sofort zum Sozialismus übergehen (wie auch ein Teil der Sowjetführung).

Ende des DDR-Sozialismus

Dagegen wird in Moskau von der *Exilführung der KPD* eine ganz andere Programmatik verabschiedet, die unter Beteiligung (besser: Anleitung) der sowjetischen Kommunisten erarbeitet worden ist. Stalin nahm persönlich mehrfach an den Sitzungen teil, wie Tagebucheintragungen Dimitroffs belegen.

Das Ergebnis ist ein Aufruf, mit dem die KPD am 11. Juni 1945 an die Öffentlichkeit tritt. Zentraler Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, dass in Deutschland *die bürgerliche Revolution zu Ende geführt werden muss*, mit der Schlussfolgerung: a) es wäre falsch, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, d.h. den Sozialismus einzuführen, b) stattdessen steht die Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk an. Das ist das Gegenteil von dem, was die Mehrheit der KPD-Mitglieder in Deutschland will.

Diese Demokratiepoltik wird in der SBZ auch umgesetzt. D.h. es wird eine antifaschistische, bürgerlich-demokratische Ordnung aufgebaut, die auch fortgesetzt wird, als 1949 die DDR als Reaktion auf die Staatsgründung der BRD gegründet wird.

Was ist hieran u.a. bemerkenswert? Der demokratische Aufruf von 1945 stellt einen vollständigen Bruch mit der Sozialismusstrategie dar, die die KPD bis dahin verfolgt hat, angefangen von Rosa Luxemburg bis zu Ernst Thälmann. Anstatt eine revolutionär-demokratische Strategie zur Durchsetzung der bürgerlichen Revolution zu verfolgen, ist der Spartakusbund in der Novemberrevolution mit einer Sozialismusstrategie vollständig gescheitert. Und anstatt dem aufkommenden NS mit einer demokratischen Strategie entgegenzutreten, ist die Thälmann-KPD 1933 mit derselben Sozialismusstrategie noch viel folgenreicher gescheitert.

Jetzt wird auf einmal die bürgerliche Revolution als unvollendet bezeichnet und eine Demokratiepoltik realisiert. Was aber passiert, um diese Aufgabenstellung zu vertiefen? Nichts! Die KPD-Führung setzt die im Aufruf angekündigte Politik um, aber es gibt keinerlei Diskussion über die weitergehenden, damit verbundenen Fragen.

Weder wird das Problem der bürgerlichen Revolution in Deutschland vertieft, das sich insbesondere mit Blick auf die Novemberrevolution 1918/19 stellt, erst recht nicht wird über die Fehler der Weimarer KPD diskutiert. Damit zeigt sich bereits in der ersten Stunde ein Muster, das die gesamte Geschichte der KPD/SED durchzieht: Linienänderungen – auch grundlegende – werden beschlossen und verkündet, aber es gibt keine Diskussion und Aufarbeitung der vorangegangenen Fehler. Nicht einmal der Untergang der DDR hat diese Regel gebrochen.

3. Die Militärblöcke entstehen

Damit zurück zur Geschichte: Um 1950 ändern sich die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend: zum einen siegt die chinesische Revolution 1949 unter Mao-Zedong, außerdem kommt es zum Korea-Krieg, den die USA nicht in der Lage sind zu gewinnen. Schon zuvor haben die USA begonnen, in Europa ein Militärbündnis gegen

die Sowjetunion zu schmieden, die 1949 entstandene NATO, der die Bundesrepublik Deutschland 1955 beitrifft.

Wie soll die SU darauf reagieren? Stalin stellt dazu in einem Interview mit der Prawda fest, dass die sowjetische Wirtschaft nicht in der Lage ist, ein Wettüsten aufzunehmen; der Staat würde dadurch in den Bankrott getrieben (10 Jahre später verkündet Chruschtschow einen Systemwettbewerb, den die SU sowohl ökonomisch und politisch als auch militärisch gewinnen würde).

Um die Überforderung zu verhindern, legt die sowjetische Regierung im März 1952 die sog. Stalin-Note vor, die zwei Kernpunkte enthält: a) das Angebot einer Wiedervereinigung Deutschlands bei freier Wahl der Gesellschaftsordnung, sowie b) unter der Voraussetzung der Neutralität des wiedervereinigten Deutschland (dasselbe wie in Österreich). Damit soll die Einkreisung der Sowjetunion aufgebrochen werden bzw. gar nicht erst zustande kommen, denn Deutschland ist das Schlüsselland für die Einkreisung der SU.

4. Die Reaktion der SED

Der Parteiführung unter Walter Ulbricht ist klar, dass eine Wiedervereinigung bei freier Wahl der Gesellschaftsordnung nicht unter sozialistischen, sondern unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen stattfinden würde. Damit hätte man keine Möglichkeit mehr, in der DDR irgendwann den Sozialismus aufzubauen und dessen Überlegenheit über den Kapitalismus unter Beweis zu stellen.

Für das SED-Politbüro stellt das Wiedereinigungsangebot einen Ausverkauf der DDR dar, den man nicht hinnehmen will. Um das zu verhindern, lässt das Politbüro im Juli 1952, unterstützt von einem Teil der sowjetischen Parteiführung, durch die II. Parteikonferenz den Aufbau des Sozialismus in der DDR beschließen. Das ist vorher nicht angekündigt worden und kommt auch für die Delegierten völlig überraschend. Erst hat vorher keine gesellschaftliche Diskussion über den Übergang stattgefunden.

Der Grund für die Geheimnistuerei liegt auf der Hand: die Einführung des Sozialismus in der DDR konterkariert das drei Monate zuvor gemachte Wiedervereinigungsangebot, und deshalb muss man möglichst vollendete Tatsachen schaffen. Die Konsequenzen werden im Westen auch sofort benannt: Die Stalin-Note wird als bloße Propaganda abgetan, das Wiedervereinigungsangebot nicht ernst genommen. Oder anders ausgedrückt: der Sozialismusbeschluss kommt Adenauer und den USA mehr als gelegen, denn damit wird der Weg zur Westbindung der BRD gesichert – das Bündnis mit den USA und die spätere NATO-Mitgliedschaft werden zur Staatsräson der Bundesrepublik.

Jenseits dieser außenpolitischen Implikationen ist der Sozialismusbeschluss von 1952 mit einer folgenschweren innerpolitischen Weichenstellung verbunden, die für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR maßgebend ist: die Arbeiterschaft ist an der Entscheidung nicht beteiligt – sie wird vorher nicht gefragt, da keine Debatte

darüber stattfindet; es wird nicht einmal der *Versuch* unternommen, sie von dem folgenreichen Schritt zu überzeugen. Stattdessen wird der Sozialismus der Klasse, die die neue Gesellschaftsordnung tragen muss und überhaupt nur tragen kann, einfach aufoktroziert.

5. Der 17. Juni 1953

Die Quittung erhält die SED ein Jahr später, im Juni 1953. Die mit der Sozialismuseinführung verbundenen Folgen (Verstaatlichungen etc) stürzen die Wirtschaft der DDR in eine tiefe Krise, zu deren Behebung die SED u.a. beschließt, die Arbeitsnormen zu erhöhen.

Das bringt das Fass zum Überlaufen. Nach vorherigen Protestaktionen kommt es zu einem Aufstand, an dem sich, von Ostberlin ausgehend, Arbeiter aus allen Industrievieren Mitteldeutschlands beteiligen, d.h. aus den Industriegebieten, die bis in die 30er Jahre ein Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung waren. Die erhobenen Forderungen beschränken sich nicht auf die Rücknahme der Normerhöhungen; vielmehr wird nun der Rücktritt der SED-Regierung und die Wiedervereinigung gefordert.

Das Eingreifen der sowjetischen Armee am 17. Juni 1953 beendet den Arbeiteraufstand und entscheidet gleichzeitig den Machtkampf, der in der sowjetischen Führung nach Stalins Tod ausgebrochen ist. Die zu der Zeit von Malenkov und Berija geführte Regierung hatte Anfang Juni 1953, also kurz vor dem Aufstand, die SED-Führung aufgefordert, den Sozialismusbeschluss rückgängig zu machen und stattdessen den Kurs auf eine deutsche Wiedervereinigung unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen umzusetzen, dieser Teil der Führung wollte also die Politik nach den Maßgaben der Stalin-Note fortsetzen.

Dagegen steht eine andere Fraktion in der Partei mit Chruschtschow an der Spitze. Sie will den Sozialismuskurs in der DDR auf jeden Fall beibehalten (und lässt wenige Jahre später den Übergang zum Kommunismus in der SU beschließen). Diese Fraktion geht ein Bündnis mit der Armeeführung ein (die die DDR aus militärischen Gründen als Vorposten im Westen erhalten will), und entscheidet so den Moskauer Machtkampf am 17. Juni für sich. Berija wird wegen seiner Position in der deutschen Frage als Agent des Imperialismus hingerichtet (für jeden erkennbar, richtet sich seine Verurteilung gegen die mit der Stalin-Note eingeschlagene Politik). Zugleich macht Malenkov einen politischen Salto rückwärts und distanziert sich von Berija und seiner vorherigen Position. Damit hat sich nicht nur Chruschtschow die Macht gesichert, gleichzeitig ist die SED-Führung und mit ihr der gerade eingeführte Sozialismus gerettet – zumindest bis 1989.

6. Mauerbau und NÖS

Trotz aller Wirtschaftshilfe aus der UdSSR entwickelt sich die DDR-Ökonomie nicht in dem Ausmaß, das nötig ist, um mit der BRD mithalten. Die Folge ist, dass ein regelmäßiger Strom von Menschen den Staat Richtung Westen verlässt. Als

Reaktion darauf wird 1961 die sog. Mauer gebaut, die die DDR vom Westen abschließt. In die Sprache der Ökonomie übersetzt bedeutet dies, dass die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums nunmehr mit stummer Gewalt dazu gebracht werden sollen, den Sozialismus aufzubauen.

Auf diesem Boden führt Ulbricht, von einer Gruppe von Ökonomen beraten, bald darauf das sogenannte Neue Ökonomische System NÖS bzw. NÖSPL ein. Kernpunkt ist, dass die Wirtschaft nicht mehr administrativ, sondern ökonomisch gesteuert werden soll, indem die Betriebe größere Selbständigkeit erhalten, marktwirtschaftliche Elemente praktizieren und vor allem das Leistungsprinzip durchsetzen sollen.

Gleichzeitig werden bestimmte Schlüsselindustrien besonders gefördert und soll die Kybernetik Einzug in die Ökonomie halten. Parallel dazu geht Ulbricht daran, das Verhältnis zur BRD zu verbessern, um von ihr die notwendige fortgeschrittene Technik zu erhalten. Auf diese Weise, so ist er überzeugt, wird es mit Hilfe des NÖS möglich sein, die Produktivkräfte binnen kürzester Frist sprunghaft zu entwickeln, die BRD zu überholen, dadurch den Westen von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen und auf dieser Basis die deutsche Einheit unter sozialistischem Vorzeichen wiederherzustellen. Das ist Ulbrichts „Masterplan“. Gleichzeitig zeigt sich wieder dasselbe Muster des Sozialismusaufbaus: der Übergang zum NÖS wird dekretiert, ohne dass es vorher eine gesellschaftliche Debatte darüber gegeben hat.

Tatsächlich werden in ausgewählten, besonders bevorzugten Industriezweigen auch erhebliche Produktivitätsfortschritte erzielt. Gleichzeitig bleiben andere Industriezweige jedoch umso weiter zurück; in der Wirtschaft als Ganzer nehmen die Disproportionen zu und mit ihnen vergrößern sich die Versorgungsschwierigkeiten. Als es deswegen in der Bevölkerung zu wachsenden Unmutsbekundungen kommt, steht auf einmal wieder das Gespenst des 17. Juni vor der Tür des Politbüros. Die Angst davor lässt die Mehrheiten in Politbüro und ZK 1971 umschlagen. Ulbricht wird zum Rücktritt gezwungen und Honecker tritt an seine Stelle.

7. Honecker: Sozialpolitik und Leistungsprinzip

Die neue Führung lässt als erstes die ökonomischen Disproportionen beheben, so dass sich auch die Versorgungslage verbessert. Um die Massen ruhigzustellen, lässt Honecker darüber hinaus ein umfangreiches Sozialprogramm auflegen, u.a. durch den massenhaften Bau neuer Wohnungen, aber auch durch die Verbesserung anderer Leistungen – es gibt eine sog. „zweite Lohntüte“ (politökonomisch betrachtet wird dadurch das Leistungsprinzip entwertet, weil die Sozialleistungen leistungsunabhängig gewährt werden).

Wie die restliche Führung weiß jedoch auch Honecker, dass dadurch der Rückstand zur BRD nicht aufzuholen ist. Vielmehr muss auf jeden Fall die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erhöht werden, und deshalb fassen die Parteitage der SED

regelmäßig Beschlüsse, in denen die notwendigen Produktivitätssteigerungen genau berechnet und vorgegeben werden.

Um sie umzusetzen, wird ebenso regelmäßig versucht, das Entlohnungssystem umzugestalten, um dem Leistungsprinzip mehr Geltung zu verschaffen, weil allen Beteiligten klar ist, dass hier der Schlüssel für die Produktivitätsentwicklung liegt. Doch alle diese Versuche gehen aus wie das Hornberger Schießen, nämlich ergebnislos, und zwar jedes Mal aus demselben Grund: sobald aus den Betrieben Anzeichen von Unzufriedenheit unter den Beschäftigten gemeldet werden, werden die Versuche sofort wieder eingestellt. D.h. es gelingt nicht, mit der Durchsetzung des Leistungsprinzips zugleich die notwendigen Produktivitätsfortschritte zu erzielen.

Marx schreibt im „Kapital“, dass die produktive Entwicklung der menschlichen Gesellschaft im letzten Grund nicht auf Maschinerie und Technik beruht, sondern dass die entscheidende Produktivkraft der Mensch selber ist. Aber während das Kapital die Steigerung des Leistungsvermögens der von ihm kommandierten Arbeitskräfte durch die Drohung mit Entlassung und Arbeitslosigkeit erzwingen kann, ist dieser Weg dem Sozialismus versperrt. Er ist angewiesen auf die Bereitschaft der produktiven Klasse, Hirn, Nerven und Muskelkraft für den Aufbau einer neuen Gesellschaft einzusetzen, und das ist in der DDR nicht der Fall. Die Arbeiterschaft hatte weder an dem Übergang zum Sozialismus noch an dem Übergang zum NÖS Anteil – in der Konsequenz ist sie nicht bereit, sich für die ihr aufoktrojierte Gesellschaftsordnung zu engagieren, weder politisch noch ökonomisch.

8. Der Untergang der DDR

In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wird der Niedergang der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers immer offenkundiger.

In der DDR entsteht zu der Zeit, größtenteils im Umkreis der ev. Kirche, eine Oppositionsbewegung von Angehörigen der Intelligenz vor allem aus dem Kulturbereich. Sie führt zunächst in Leipzig und bald auch in anderen Städten die sog. „Montagsdemonstrationen“ durch, die bald immer mehr Zulauf erhalten. Die Träger dieser Bürgerbewegung sind nicht gegen den Sozialismus, sie sind gegen die SED-Herrschaft und für einen besseren, einen demokratischen Sozialismus.

Es gelingt dieser Bewegung auch – ab einem bestimmten Zeitpunkt mit Unterstützung eines „Reformflügels“ in der SED, grundlegende Änderungen herbeizuführen. Am 18. Oktober 1989 wird Honecker von Egon Krenz abgelöst, und drei Wochen später wird eine sog. Reformregierung unter Hans Modrow gebildet, die führende Rolle der SED wird aus der Verfassung gestrichen und freie Wahlen werden angekündigt.

Damit sind faktisch die Ziele der Bürgerbewegung erreicht. Wie aber soll es mit der Wirtschaft der DDR weitergehen, die in einem desolaten Zustand ist? Die Bürgerbewegung hat dazu kein Konzept; denn sie hat sich immer auf demokratisch-politische Forderungen beschränkt. Dagegen versucht die Regierung Modrow, binnen kürzester

Zeit ein ökonomisches Sanierungskonzept zu erstellen (was nicht so einfach ist). Das Ergebnis knüpft in vielen Punkten an das NÖS der 60er Jahre an, jetzt nur erheblich erweitert und vertieft.

Kernpunkt ist, die bisherigen Staatsbetriebe in die Selbständigkeit zu entlassen, sie sollen Produktion und Preise künftig frei gestalten können, unter Aufsicht des Staats und bei Wahrung der sozialen Rechte der Beschäftigten. Gleichzeitig setzt man auf die BRD, von der man sich großzügige Wirtschaftshilfen erhofft. Das Ergebnis soll eine „sozialistische Marktwirtschaft“ sein bzw. ein „marktwirtschaftlicher Sozialismus“. Propagiert wird dies als „besserer Sozialismus“ in einer selbständig bleibenden DDR.

Wie reagiert nun die Arbeiterschaft auf diese Entwicklung? Sie ist bis dahin weitgehend abwartend geblieben - die Demokratiebewegung ist eine Bewegung der Intelligenz, nicht der Arbeiter; bestenfalls finden sich Arbeiterjugendliche bei den Montagsdemonstrationen ein. Jetzt aber geht es ans Eingemachte, nämlich an die Ökonomie, und da muss die Arbeiterschaft reagieren.

Im Prinzip will sie keinen Kapitalismus (das ergeben Befragungen in den Betrieben, die zu diesem Zeitpunkt frei stattfinden können). Dann jedoch erfolgt binnen weniger Wochen ein Umschwung, und zwar als direkte Reaktion auf die Wirtschaftspläne der Regierung Modrow.

Die Arbeiter begreifen nämlich (völlig zu Recht), dass die von der neuen Regierung angekündigte Wirtschaftsordnung auf nichts anderes als den Kapitalismus hinausläuft, allerdings nur halbherzig und gewunden, sozusagen mit dem Rücken voran und als besserer Sozialismus deklariert.

Wenn dem aber so ist, wenn die Zukunft also auf jeden Fall kapitalistisch sein wird, dann will man sofort an den positiven Seiten dieses Kapitalismus teilhaben, sprich an dem Lebensstandard, den der Westen bietet. Dafür wiederum gibt es einen einfachen Weg – nämlich die deutsche Einheit, und das bedeutet, die nationale Frage zu stellen.

Im Laufe des Monats November erfolgt so eine erdrutschartige Verschiebung in der Arbeiterschaft, an deren Ende ihre große Mehrheit schließlich zur Verwirklichung ihrer sozialen Interessen die Wiedervereinigung so schnell wie möglich fordert.

Ablesbar ist dies an den Montagsdemonstrationen in Leipzig, die ein untrüglicher Seismograph sind. Anfang November noch lautete die zentrale Parole noch „Wir sind das Volk“, dagegen hat die Montagsdemonstration am 27. November eine ganz andere Zusammensetzung mit anderen Parolen: „Eine Masse von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern, in der Mehrzahl ‚kleine Leute‘, darunter viele Jugendliche aus den Betrieben, auch das Gros der Restgeneration der Alten war es, die sich über alle politische Konvention und Tabus auf beiden Seiten der Mauer hinwegsetzten und dieses Deutschland einig Vaterland hinausschrien“. (Sozialismus ohne Basis, S.130)

Ende des DDR-Sozialismus

Die Volkskammerwahl im März 1990 dokumentiert die Verschiebung anhand des Stimmzettels. Dabei zeigt sich eine deutliche soziale Scheidung: Die sog. „Intelligenz“ unter Einschluss der verbliebenen SED-Anhänger stimmt für Parteien, die an der Selbständigkeit der DDR festhalten. Dagegen stimmt die Mehrheit der Arbeiterschaft und damit der Wahlbevölkerung für Parteien, die für die schnelle Wiedervereinigung eintreten. Die Wahlforschung hat dieses Verhalten als „rational choice“, als rationale Wahl bezeichnet: „Die Arbeiter hatten von der Verlängerung der jetzigen Verhältnisse am meisten zu befürchten, nämlich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen zu sein. Von der raschen Übernahme bundesdeutscher Regeln glaubten sie, am meisten erhoffen zu können, nämlich am Wohlstand des westdeutschen Alltags auf schnellstem Wege teilzuhaben. Die Allianz für Deutschland bot hier die glaubwürdigste Alternative.“ (ebda, S.133)

Auf diese Weise besiegelt die Wahl das Ende der DDR.

9. Schlussbemerkung

Damit kommen wir zum Schluss, nämlich der Frage, worin der letzte Grund für das Scheitern des Sozialismus in der DDR zu suchen ist.

Wenn man mit Marx davon ausgeht, dass der Sozialismus-Kommunismus als Assoziation freier Menschen nur möglich ist auf Basis eines freiwilligen Zusammenschlusses der produzierenden Klasse zur Errichtung einer neuen Gesellschaft, liegt die Antwort auf der Hand:

Angefangen mit ihrem Beschluss von 1952 hat die SED versucht, eine sozialistische Gesellschaftsordnung ohne und gegen die arbeitende Klasse zu errichten. Geleitet von der Überzeugung, damit eine ökonomische Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung zu vollstrecken, hat sie die Massen, als deren Avantgarde sie sich selber deklarierte, nicht als Subjekt der eigenen Geschichte, sondern als Objekt ihrer Politik behandelt.

Dieser Versuch ist vollständig gescheitert, und damit ist zugleich die revolutionäre Theorie, der Marxismus, in eine tiefe Krise gestürzt worden. Umso dringender stellt sich deshalb die Aufgabe, eine grausam-gründliche Kritik und Selbstkritik des eigenen Scheiterns vorzunehmen, wie Marx das im „18.Brumaire“ von proletarischen Revolutionen gefordert hat. Ohne eine solche Analyse wird auch jeder neue Anlauf hin zu einer freien, nichtkapitalistischen Gesellschaft zum Scheitern verurteilt sein.

Alfred Schröder

Corona-Politik und die Schande der Linken

Die Corona-Politik der regierenden staatstragenden Parteien – einschließlich der Links-Partei (Thüringen) – führte zu einer zuvor kaum vorstellbaren Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte, zur sozialen Degradation der abhängig Beschäftigten durch Kurzarbeit, Reallohnsenkung und Verstärkung der bereits galoppierenden Inflation durch Ausdehnung der Staatsverschuldung und Nullzinspolitik der EZB. Es wurden die Staatskasse und die sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherungen) im Interesse der Pharma- und Krankenhauskonzerne sowie zwielichtiger Coronatest-Produzenten, die ihre vielfach untauglichen Produkte selbst lizensieren durften, geplündert. Die selbstständigen Mittelschichten wurden trotz Alimentierung aus Steuermitteln den Interessen des großen Versandhandels und der Supermarktketten geopfert und die Ruinierung des ÖPNV (3-G-Pflicht) zugunsten der kränkelnden Automobilindustrie betrieben. Begleitet wurde dies von der Aushebelung der allgemeinen Schulpflicht und der öffentlichen Kinderbetreuung, "abgefedert" von einem teilweise verpflichtenden Home Office, das die Frauen zurück in den Haushalt und die Kinderbetreuung zwang („Talibanisierung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse).

Die Linke an der Seite der Herrschenden

Jegliche Kritik an dieser Politik wurde bis Anfang dieses Jahres (2022) aus den Medien verbannt, entsprechende Internetkanäle gesperrt, den Kritikern ihre wissenschaftliche Reputation abgesprochen, soweit irgend möglich wurde ihre wirtschaftliche Existenz untergraben, ihre Bankverbindungen und Mietverträge gekündigt, ihre Arbeitsverhältnisse wo möglich aufgelöst und die Steuerfahndung mobilisiert. Dies alles wurde von der Linken mitgetragen.

In den vergangenen zwei Jahren wurde die der BRD von den Alliierten oktroyierte Form der parlamentarischen Demokratie in der speziellen und reaktionären Gestalt des Föderalismus vermittels des „Infektionsschutzgesetzes“ durch eine in dieser Form in der Verfassung nicht vorgesehene faktische Notstandregierung ersetzt, bestehend aus einigen wenigen Bundesministern und den Ministerpräsidenten der Länder, die entsprechend den Ratschlägen einer Handvoll von der Regierung selbst ausgewählter „Experten“ die Verfassung weitgehend außer Kraft setzten. Der bisher letzte Streich war die Übertragung der legislativen Rechte an nachgeordnete Staatsinstitutionen (RKI und PEI) zur weiteren Einschränkung der Bürgerrechte (Genesenenstatus). Der „Vorzug“ des Föderalismus bestand in der Praxis darin, dass die Verordnungen von Bundesland zu Bundesland in Details variierten und so die Bevölkerung noch zusätzlich schikaniert und verunsichert wurde.

Corona-Politik: Schande der Linken

Die Bundeswehr wird im Inland zur vermeintlichen Seuchenbekämpfung eingesetzt, die Versammlungsfreiheit der Bevölkerung aufgehoben, die Bewegungsfreiheit aller Bürger eingeschränkt, die bürgerliche Presse sowie der sog. „öffentliche Rundfunk“ ebenso wie die Privaten gleichgeschaltet (siehe den Ringier-Skandal in der Schweiz, wo die Anweisungen des CEO Marc Walter öffentlich wurden, die Absetzung von Reichelt als Bild-Chef, der Ausschluss Reitschusters aus der Bundespressekonferenz etc.). An die Stelle des ehemaligen Maskierungsverbotes für Demonstranten trat die Maskenpflicht für Alle im öffentlichen Raum, ein aktueller „Gessler-Hut“ als Test für obrigkeitshörige Untertanentreue.

Die deutsche Linke hat diesen Test mit Bravour bestanden. Sie hat, von der sog. „Antifa“, die schon seit längerem Claqueur der Merkel-Politik war, über DKP, MLPD, Rotfuchs bis hin zur Linkspartei (mit Ausnahme von Wagenknecht und Lafontaine), diese Politik nicht nur mitgetragen, sondern wiederholt auch weitergehende Einschränkungen der Bürgerrechte gefordert (Null-Covid, Impfen ist Liebe). Dies alles im Namen der „Solidarität“ und der „Wissenschaft“.

"An der Seite der Wissenschaft"?

Für diese reaktionäre antidemokratische Politik hat die Linke die zwei gerade angeführten ideologischen Begründungen vorgebracht: Die "Wissenschaft" und die Notwendigkeit des "solidarischen Handelns". Das mit der "Wissenschaft" geht direkt auf Merkel zurück. Es ist die „Wissenschaft“ der ehemaligen Kanzlerin – die unter Berufung auf ihr Studium (Physik) meinte, ihrer Coronapolitik ein wissenschaftliches Fundament attestieren zu können, dann aber in einer Bundestagsprechstunde nicht einmal den CT-Wert erklären konnte.

Diese Argumentation hat die Linke übernommen. *"DIE LINKE steht an der Seite der Wissenschaft und fordert deshalb einen Lockdown sowie eine allgemeine Impfpflicht für Volljährige als Mittel zum Kampf gegen die herrschende Sars-CoV-2-Pandemie"*, so heißt es in dem Beschluss des Parteivorstandes der Links-Partei vom 30. November 2021. Aber welche Wissenschaft wird dort verteidigt? Jene „Wissenschaft“ der "modellierenden" Regierungsexperten, die sich alle zwei bis drei Monate später als fehlerhafte Panikmache erwiesen hat? Oder jene „Wissenschaft“, die in den letzten zwei Jahren ebenfalls in diesem Rhythmus stets neue Ziele der „Pandemiebekämpfung“ vorgegeben hat, um die fortwährenden Einschränkungen der Bürgerrechte begründen zu können? Ist es Wissenschaft, wenn man sich weigert, zwischen einem offiziell zugelassenen und mehrjährig geprüften Impfstoff und einem nur mit einer „Notfallzulassung“ versehenen Gen-Präparat zu unterscheiden, für den der Hersteller jede Haftung verweigert? Und auf welchen Daten beruht diese "Wissenschaft"? Auf die Daten des RKI, der DIVI (Vereinigung der Intensivmediziner) oder der Krankenkassen? Die Daten der einen Institution widersprechen denen der anderen. Selbst die bürgerlichen Parteien kritisieren mittlerweile die fehlende seriöse Datenlage der genannten Institutionen, allen voran des RKI. Um die "Wissenschaft" als Grundlage der

linken Politik ist es daher schlecht bestellt. Sie hat keine weitergehenden wissenschaftlichen Fakten vorzuweisen als jene der alten und neuen Bundesregierung, die auf den Prognosen der von ihnen selbst berufenen "Experten" aus dem Bereich der Pharmakonzerne und der panischen Modellierer, die bisher immer falsch lagen, stammen. Auch hier: Die Linke fest an der Seite der Herrschenden.

Solidarisch mit wem?

Und wie sieht es mit der „Solidarität“ aus? Im oben zitierten Beschluss des PV heißt es: *"Wir fordern: Erstens, eine solidarische Notbremse. ... Zweitens, für uns ist klar: Impfen ist ein Akt der Solidarität. Um die hiesige Impfquote zu erhöhen, sollten alle noch existierenden Hürden abgebaut werden."*

Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte war und ist - so die Linkspartei – solidarisch, aber unzureichend. Es gilt, sie weiter auszubauen: *"Um die hiesige Impfquote zu erhöhen, sollten alle noch existierenden Hürden abgebaut werden."* Diesen Satz gilt es nicht zu vergessen. Die Linke fordert Solidarität mit jenen Teilen der bürgerlichen Parteien, die eine noch weitere Einschränkung der demokratischen Rechte fordern.

Die werktätige Bevölkerung und die selbstständigen Mittelschichten (außer Ärzten und Apothekern) waren die Leidtragenden dieser Politik. Solidarität also mit wem? Mit der Automobil- und der Pharmaindustrie, dem „Gesundheitswesen“, den großen Versandhändlern und Banken, die allesamt von der beschriebenen Politik und der Plünderung der Sozialkassen profitiert haben?

Die Spaziergänger

Die weitgehende Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte (Stand Mitte Februar 2022) hat dazu geführt, dass wachsende Teile der Bevölkerung ihr Demonstrationsrecht als Spaziergang verkleidet wahrnehmen müssen. Die Linke steht dabei am *Straßenrand* – um im Auftrag der staatstragenden Parteien die demonstrierende Bevölkerung als Nazis, Antisemiten und „Schwurbler“ zu beschimpfen. Jeder, der an solch einem Spaziergang oder an einer der wenigen erlaubten Demonstrationen teilgenommen hat (erlaubt natürlich nur, wenn man den Gessler-Hut durch das Tragen der Maske grüßt), weiß, dass dort die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft demonstriert (was auch dem Verfassungsschutz nicht entgangen ist). Diese Protestbewegung wird den Zerfall der bisherigen Parteiendemokratie weiter vorantreiben.

Noch ist diese Protestbewegung bürgerlich demokratisch und sind ihre Anliegen (Weg mit dem Infektionsschutzgesetz, Weg mit der Corona-Impfpflicht, Wegfall aller freiheitseinschränkenden Maßnahmen) fortschrittlich. Die einzige parlamentarische Opposition, die diese Protestbewegung unterstützt, ist die **völkisch-nationalistische** AfD. Die Linke dagegen steht fest an der Seite der Herrschenden. Dies ist eine Schande für die gesamte Linke.

Fritz Gött

Interessante wissenschaftliche Neuerscheinungen

I. Evolutionsbiologische Fragestellungen und Antworten

Evolutionsbiologische Fragestellungen und Antworten schaffen es selten in die linke Publizistik. Dabei illustrieren die Ergebnisse doch den ewigen Wandel und die Veränderbarkeit des Daseins. Im Folgenden stelle ich Neuerscheinungen zu verschiedenen Schwerpunkten vor.

1. Die Evolution des Lebendigen ist eine Tatsache. **Evolutionstheorien** hingegen sind der *zeitbedingte* Versuch des Menschen die Triebkräfte, Mechanismen und Ergebnisse der (biologischen) Evolution zu beschreiben und zu verstehen. Ein offener Erkenntnisprozess, der viele Akteure und Leuchtfeuer kennt, so: Jean-Baptiste de Lamarck (1744-1829) und Charles Darwin (1809-1882). Heute deuten sich im tradierten Theoriegebäude der Evolutionswissenschaften (in der sogenannten „Synthetischen Theorie“) neuerliche Modifikationen und Umbrüche an. Neues Wissen hat sich aufgehäuft, das der Einordnung und Bewertung bedarf. Einblicke in die durchaus kontrovers geführten Diskussionen vermitteln da die Arbeiten:

* Neil Shubin: Die Geschichte des Lebens. Vier Milliarden Jahre Evolution entschlüsselt. (2020) Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, 2021

* Diethard Tautz: Biologie. Evolutionstheorie auf dem Prüfstand. in: Spektrum der Wissenschaft, Nr. 5/2021, S. 12 - 19

2. Die „Epigenetik“ als Fach- und Forschungsrichtung ist eine junge Disziplin. Im Cover des hier angezeigten Buches von Isabelle M. Mansuy (u.a.) heißt es: „Die Epigenetik lehrt: Erfahrungen und unser Lebensstil steuern unser Erbgut. Stress, Traumata, Ernährung und Umwelteinflüsse entscheiden darüber, ob unsere Gene aktiviert oder deaktiviert werden, und bestimmen so unser Schicksal und das unserer Kinder und Enkel.“ Vieles ist dabei jedoch noch aufzuklären. Schon in der Vergangenheit gab es gute populärwissenschaftliche Arbeiten zum Thema, so Bernhard Kegel, 2009 und Peter Spork, 2009/2017. - Das folgend angezeigte Buch der Autorin führt den Reigen weiter, auch inhaltlich, da die Autorengruppe gleichfalls zu den Mechanismen, der Behandlung und der Beseitigung von psychischen Traumata arbeitet.

* Isabelle M. Mansuy /J.M. Gurret / A. Lefief-Delcouet: Wir können unsere Gene steuern. Die Chancen der Epigenetik für ein gesundes und glückliches Leben. München: Berlin Verlag, 2020

3. Männer und Frauen sind zu gleichen geistigen Leistungen fähig. Doch ihre Körper ticken auch unterschiedlich. Zwar gibt es die Kinder- und Frauenheilkunde um dieser Tatsache zu entsprechen. Doch in vielen Physiologie- und Medizinwerken dominiert in der Betrachtung eine Standardnorm des gesunden, jungen und weißen Mannes.

Dem widerspricht u.a. die sogenannte „**Gendermedizin**“, die zu Recht eine „**Geschlechtssensible Medizin**“ anstrebt: „Frauen und Männer erkranken und genesen anders. Selbst bei gleicher Krankheit sind Risikofaktoren, Symptome und das Ansprechen auf Medikamente nicht immer identisch. Warum ist das so? Welche medizinischen Unterschiede lassen sich eindeutig belegen?“, heißt es im Cover des nun angezeigten Buches. Das Werk stammt aus der Feder von Vera Regitz-Zagrosek (u.a.). Es ist der Versuch die „Gendermedizin“ lehrbuchartig und dennoch praktisch anwendbar zu fassen. Als Rezensent teile ich nicht jede Auffassung der Autoren. Ich teile aber ihr Anliegen die „Schulmedizin“ entsprechend den objektiven Fakten zu reformieren. Blicke in das Buch lohnen sich.

* Vera Regitz-Zagrosek / Stefanie Schmid-Altringer: Gendermedizin. Warum Frauen eine andere Medizin brauchen. München: Scorpio Verlag, 2020

4. Evolutionsbiologische Faktoren finden sich - neben dem Sozialen und Gesellschaftlichen - auch **in Gesundheit und Krankheit**: „Seitdem Svante Pääbo, Paläogenetiker vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, das Erbgut des Neandertalers entziffert hat, wissen wir, dass immer noch Gene dieses Frühmenschen in uns schlummern. Im vergangenen Jahr stieß seine Arbeitsgruppe auf einen überraschenden Zusammenhang: Bestimmte Genvarianten des Neandertalers sollen das Risiko für eine schwer verlaufende Corona-Erkrankung erhöhen. Was steckt dahinter?“, heißt es im Vorspann zu:

* Svante Pääbo (Interview): Paläogenetik. „Jeder besitzt Erbgut vom Neandertaler.“ in: Spektrum der Wissenschaft, Nr. 5/2021, S. 30 – 35

II. Back to the roots

Mit dem Denken und Bewusstsein haben sich bereits die marxistischen Klassiker befasst:

* „Das Bewusstsein ist ... von vornherein ... ein gesellschaftliches und bleibt es, solange überhaupt Menschen existieren.“ (K. Marx)

* „... unser Bewusstsein und Denken, so übersinnlich es scheint, das Erzeugnis eines stofflichen, körperlichen Organ, des Gehirns, ist.“ (F. Engels)

* „...in Wirklichkeit bleibt noch eingehend zu untersuchen, wie die angeblich überhaupt nicht empfindende Materie sich mit einer Materie verbindet, die aus den gleichen Atomen (oder Elektronen) zusammengesetzt ist, zugleich aber eine klar ausgeprägte Fähigkeit des Empfindens besitzt. Der Materialismus stellt klar die noch nicht gelöste Frage, wodurch er auf ihre Lösung und weiter Experimentalforschung hindrängt.“ (W.I. Lenin)

Moderne Forschungen

1. Wer das Thema „**Bewusstsein**“ angeht, kann es aus verschiedenen Blickwinkeln tun. Eine wissenschaftliche Psychologie z.B. hat mit zu ergründen, wie die Natur das Bewusstsein hervorgebracht hat. Nicht jedes Lebewesen hat Bewusstsein im Sinne von bewusstem Sein. Wahres Bewusstsein hat nur der soziale Mensch: Eine These, die zu beweisen wäre. Ursprung und Entwicklung des Bewusstseins in der Evolution des Menschen müssen aufgezeigt werden sowie die Entwicklung des Bewusstseins im heutigen Individuum. Alles in allem ist das kein leichtes Unterfangen.

Einer, der vorhandenes Quellenmaterial durchgearbeitet und verschriftet hat, der sich zudem in der aktuellen Diskussion zum Bewusstseinsproblem positioniert, ist Joseph LeDoux, ein US-amerikanischer Psychologe, der am Center for Neural Science an der New York University unterrichtet, unverkennbar mit einer Neigung zum modernen, aufgeklärten Behaviorismus.

Zur Intention der unten angezeigten Studie schreibt der Autor: „*Bewusstsein - die ersten vier Milliarden Jahre* handelt von der Evolution des Verhaltens. Dabei geht es nicht nur um das Verhalten des Menschen oder anderer Säugetiere, nicht einmal nur um das von Tieren. Es geht darum, dass Verhalten schon anfang, sobald die allerersten Organismen entstanden waren. Diese einzelligen Mikroorganismen, Vorfahren der Bakterien und unsere Mitbewohner auf der Erde, mussten bereits vieles tun, was auch wir tun, um zu überleben - Beschädigung vermeiden, Nährstoffe aufnehmen, Flüssigkeitshaushalt und Temperatur regulieren, und sich fortpflanzen. *Bewusstsein - die ersten vier Milliarden Jahre* zeichnet nach, wie spätere Organismen ihr Überleben sichern, indem sie genau diese grundsätzlichen Anforderungen über ihr Verhalten erfüllen. Aber natürlich ergeben Ähnlichkeiten nur dann einen Sinn, wenn man auch die Unterschiede in den Blick nimmt; so soll dieses Buch vor allem auch herausarbeiten, wodurch wir uns von allen anderen Lebewesen am meisten unterscheiden: Sprache, Kultur, unsere Fähigkeit zu denken und unsere Vernunft zu gebrauchen sowie unsere Fähigkeit zur Selbstreflexion. Das alles ist neu – doch die Wurzeln reichen zurück bis an die Anfänge des Lebens.“

Man muss nicht gleich jede Schlussfolgerung des Autors teilen, um das Buch (mit dem Wort des Nobelpreisträgers für Medizin Eric R. Kandel) „außergewöhnlich“ zu finden. Reichlich Stoff zum Nachdenken, Nachschlagen und Weiterdenken bietet es allemal:

*Joseph LeDoux: *Bewusstsein. Die ersten vier Milliarden Jahre.* (2019) Stuttgart: Klett-Cotta, 2021

2. Der Mensch denkt und handelt vermitteltst seines Gehirns. Das ist als Feststellung beim heutigen Kenntnisstand eigentlich banal. Jedoch sind keineswegs alle Fragen an die „Hardware“, „Software“, und an die Programmierung des Gehirns geklärt. Doch immer neue Techniken und Experimente erlauben ,**Fenstereinblicke‘ ins arbeitende Gehirn**: Pionierarbeit ohne absehbaren Endpunkt.

Dennoch: Die Motive der Akteure unterscheiden sich. Dem einen geht es um Erkenntnisgewinn und Dienst am (kranken) Menschen, dem Geschäftemacher hingegen um Vorteile im Reibach-Machen. Dazu berichtet ein Buch von John-Dylan Haynes (u.a.). Zum Inhalt des Buches heißt es im Cover: „Wie entstehen Gedanken? Sind sie vor Zugriffen von außen sicher oder wird man irgendwann per Gehirns scan unsere Wünsche, Lügen und Gefühle erkennen können? Wird das Marketing unsere Hirnprozesse gezielt beeinflussen, um ein Verlangen nach bestimmten Produkten zu erzeugen? Haben wir überhaupt einen freien Willen? Wieso kann man Entscheidungen im Gehirn schon sehen, bevor sich jemand bewusst entscheidet? ... (die Autoren) gehen diesen Fragen nach und liefern spannende Einblicke in die Möglichkeiten und Grenzen der Hirnforschung.“

Wer sind die Autoren der Schrift? Haynes steht dem modernen Materialismus nahe, ist ein akademisch lehrender und experimentell arbeitender Psychologe und Neurowissenschaftler, sein Co-Autor M. Eckoldt ein mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftsjournalist. Auch wenn die angezeigte Arbeit populärwissenschaftlich gefasst ist und im Stil flott daher kommt, ist sie anspruchsvoll und verlangt Aufmerksamkeit im Studium. Doch auch dieses Buch hat seinen Kritiker. So Stephan Schleim unter der Überschrift „Was zeigt der Blick in das Gehirn?“. (FAZ, 3. Juli 2021, S. 10) Wer sich das anregende Buch von J.D. Haynes vornimmt, sollte auch in diese negative, abwertende Rezension blicken. Man kann die Widersprüche und Sichtweisen der Autoren ja durchdenken und vergibt sich dabei nichts:

* John-Dylan Haynes / Matthias Eckoldt: Fenster ins Gehirn. Wie unsere Gedanken entstehen und wie man sie lesen kann. Berlin: Ullstein, 2021

3. Die Gattung Mensch ist besonders. Ihre biologische und gesellschaftliche Stammesgeschichte hat einen einzigartigen physischen und psychischen **Leistungskatalog der Spezies** hervorgebracht. Das Ergebnis unterscheidet uns von unseren nächsten tierischen Verwandten, den Menschenaffen. Auch die individuelle und psychologische **Herausbildung des menschlichen Kleinkindes** erfolgt anders als beim affischen Jungtier und dementsprechend mit anderen Resultaten, doch immer im gesellschaftlichen/sozialen Kontext: „Die moderne Evolutionstheorie betont, dass Organismen ihre Umwelt ebenso erben wie ihre Gene: Ein Fisch erbt nicht nur Flossen, sondern auch das Wasser. Menschenkinder erben einen soziokulturellen Kontext voller Artefakte, Symbole und Institutionen, ohne den ihre einzigartigen Fähigkeiten sich nicht entwickeln könnten.“ - heißt es bei Michael Tomasello. Der Autor war Jahrzehnte lang Co-Direktor am Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig. Von ihm stammt das unten angezeigte Werk, das interessante Arbeitshypothesen zum angesprochenen Themenkomplex enthält. Einerseits greift der Autor auf das vielfältige theoretische, empirische und experimentelle Material seines Instituts zurück, also auf das Vergleichsmaterial von Menschenkindern und Schimpansen, Bonobos usw.; andererseits bezieht sich der Autor auf ältere Überlegungen des sowjetischen Pädagogen/Psychologen und Publizisten marxistischer Couleur Lew S. Wygotski (1896 -

Wissenschaftliche Neuerscheinungen

1934), einem der Gründungsväter der „Kulturhistorischen Schule“ in der Sparte Psychologie der Sowjetwissenschaften. – Wer sich auf die Arbeit Tomasellos einlässt, hat eine spannende, jedoch keineswegs leichte Lektüre zur Ontogenese vor sich. Der Stil ist arg akademisch, die Materialfülle beachtlich, ein Fremdwörterbuch beim Lesen ist angezeigt. Wer durchhält, gewinnt viel:

*Michael Tomasello: Mensch werden. Eine Theorie der Ontogenese. Berlin: Suhrkamp, 2020